

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne sechs oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerbliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Letzte Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Anrufnummer: Amt I, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Bentsch-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 18. September 1900.

Expedition: SW. 19, Bentsch-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Das Wahlrecht in Oestreich.

—st— Wien, 14. September.

Ein komplizierteres und unsinnigeres Wahlrecht als das Oestreichische giebt es nicht, und kann es nicht geben. Es ist eine Sammlung von Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten schlimmster Art. Der Oestreichische Reichsrat zerfällt bekanntlich in Herrenhaus und Abgeordnetenhaus; trotzdem also die konservativen Ideen an der Hälfte der gesetzgebenden Gewalt einen mächtigen Stützpunkt haben, ist doch das Abgeordnetenhaus zum größten Teil aus Privilegien aufgebaut. Es wird vielleicht interessieren, das so krause Privilegien-Wahlrecht gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu vergleichen.

Das Abgeordnetenhaus besteht aus 425 Mitgliedern, von denen 72 in der „Allgemeinen Wählerklasse“, also vom allgemeinen Stimmrecht gewählt werden. In dieser sogenannten fünften Kurie ist das Wahlrecht nur an das vollendete 24. Lebensjahr und an eine halbjährige Sehabilität gebunden. Natürlich sind die Wahlbezirke extrem groß, und ein Abgeordneter vertritt ungeheure Wählermassen. Der kleinste Bezirk ist das ganze Land Vorarlberg mit 34 000 Wählern. Der allergrößte Bezirk ist ein galizischer Wahlkreis, der Bezirk Sanok. Der Abgeordnete dieses Bezirks vertritt eine Bevölkerung von 520 000 Menschen mit 89 000 Wählern! Aber es giebt Bezirke mit noch größeren Wählerzahlen: der wählerreichste Bezirk ist der von Kolomea in Galizien, der nicht weniger als 108 000 Wähler zählt. In dieser fünften Kurie ist der Fall nicht selten, daß ein einziger Abgeordneter ein ganzes Land „vertritt“. Neben Vorarlberg haben nur einen einzigen Abgeordneten folgende Kronländer: Krain (mit 497 000 Einwohnern), Kärnten, Salzburg, Görz und Gradiska, und Triest. Wie dürftig das Wahlrecht ist und mit welcher gewaltigen Mühe die Agitation — das können die bloßen Zahlen freilich nicht sagen! Wenn der Abgeordnete von Krain jeden Tag eine Wählerversammlung abhielte, so brauchte er, um sich allen seinen Wählern zu zeigen, über zwei Jahre! Tausend Ortschaften sind für jeden Wahlbezirk die Regel; man kann sich also vorstellen, wie in diesem Wahlrecht der Zusammenhang zwischen Wählern und Gewählten beschaffen ist.

Aber damit ist die Entschlichkeit dieses Wahlrechts nicht erschöpft. Das Wahlrecht wird in der allgemeinen Wählerklasse überwiegend indirekt, mittels Wahlmänner ausübt. Von den 72 Abgeordneten gehen nur 15 aus direkter Wahl hervor. Es sind das die fünf Wiener und die vier niederösterreichischen Mandate, dann die Mandate der Städte Prag, Brünn, Triest, Graz, Krakau und Lemberg — wobei allerdings festzuhalten ist, daß mit den Städten auch die agrarische Umgebung mitwählt. Diesmal wird auch das eine Mandat für Krain direkt wählen. Die Verwandlung des indirekten Wahlrechts ins direkte geschieht nämlich durch einen der merkwürdigsten Prozesse, die ein Staat für seine Verfassungsgesetzgebung überhaupt erfinden kann. Die Umwandlung kann nämlich nicht im Reichsrat geschehen. Sondern wenn ein Land das Wahlrecht zum Landtag — also im Wege eines Landesgesetzes — direkt gestaltet, so wirkt diese Umwandlung auch auf das Wahlrecht zum Reichsrat zurück; das Wahlrecht fürs Abgeordnetenhaus ist also von dem Wahlrecht zu den Landtagen abhängig. Hat man jemals eine ähnliche Tollheit gesehen? Von dieser Verfügung haben bis jetzt nur Niederösterreich und Krain Gebrauch gemacht, so daß auch in diesen Wahlen die überwiegende Mehrheit der Wähler indirekt wählen müssen wird. Von den 4 1/2 Millionen Wählern, die in der fünften Kurie wahlberechtigt sind, wählen nur etwa 400 000 direkt; allen übrigen ist die Dual des indirekten Wahlrechts aufgehalbt.

Natürlich — denn nichts ist natürlicher in Oestreich als der Plöbbsinn — kennt das Oestreichische Wahlrecht auch die öffentliche Wahl. Auch die hängt von der Landesgesetzgebung ab, und da ein großer Teil der Landesordnungen noch die im Jahre 1861 octroiierten sind, so ist für zehn Länder die mündliche Wahl die Regel. Nicht weniger als 2 1/2 Millionen Wähler sind der Freiheit der Wahl beraubt, müssen die Wahlmänner „nennen“, wie das Gesetz so hübsch dumm bestimmt! Man vergegenwärtige sich erstens die riesigen Wahlbezirke, in denen die Industrie-Orte von der bäuerlichen Bevölkerung einfach erlösen werden, das indirekte Wahlrecht mit seinen enormen Schwierigkeiten, und dazu noch die öffentliche Wahl; und man hat eine schwache Vorstellung davon, was das heißt, in Oestreich agitieren, in Oestreich Wählerfolge zu erringen! Gegenüber diesem dürftigen Wahlrecht stehen nun 353 Abgeordnete des Privilegiiums. Wohlgeremt: die bevorrechteten Schichten, die diese vier Fünftel der Mandate besitzen, haben auch das Wahlrecht in der „allgemeinen Wählerklasse“ — sie haben also eine Pluralität der Stimme und eine der Vertretung! Diese 353 Abgeordneten sind das alte Abgeordnetenhaus, an das die fünfte Kurie ganz mechanisch angeleimt wurde. Sie werden in vier Kurien gewählt: Großgrundbesitz, Handelskammern, Städte und Landgemeinden. Unter dem Großgrundbesitz ist beileibe keine bestimmte Größe des Grundbesitzes zu verstehen, sondern die Wahlberechtigung steht gleichsam am Objekt: den Gütern der Adelligen, die in die Landtafel eingetragen sind. Der Bauer, wenn er auch obviel Grundsteuer zahlt, als zur Wahlberechtigung erforderlich ist, hat trotzdem kein Wahlrecht

in dieser Kurie der Klasse. Es giebt in Oestreich 5280 solcher Großgrundbesitzer, die 85 Abgeordnete wählen; im Durchschnitt entfällt also auf 62 Wähler ein Abgeordneter. Man betrachte die zwei Kurien: 5280 Wähler wählen 85, 4 1/2 Millionen Wähler 72 Abgeordnete. Dort ein Abgeordneter auf 62 Wähler, hier einer auf 63 000 Wähler! Aber es giebt unter dem Großgrundbesitz noch besondere „Elitebezirke“. So bilden die 40 Großgrundbesitzer in Böhmen, die mit dem Fideikommißbände besetzt sind, einen eignen Wahlkörper, der fünf Abgeordnete wählt. Von diesen vierzig Wählern gehören unzweifelhaft die Hälfte schon dem Herrenhause an. Die sogenannte Pfaffenkurie in Tirol, bestehend aus den Präbosten und Keblen dieses pfaffenreichen Landes, wählt gleichfalls einen Abgeordneten. Die Wähler dieses Abgeordneten sind neun Mann! Der großartigste Wahlbezirk ist wohl der erste Wahlkörper des Großgrundbesitzes der Bukowina; er umfaßt die Mitglieder des bischöflichen Konsistoriums und die Vorsteher dreier Klöster, insgesamt acht Mann! Im Oestreichischen Abgeordnetenhaus giebt es also Abgeordnete mit acht Wählern und Abgeordnete mit 100 000 Wählern. Und da wundert man sich noch, daß ein solches Parlament nicht leben kann!

Es würde zu weit führen und sicher das Entsetzen der an das allgemeine gleiche Wahlrecht gewöhnten Leser dieses Blattes unheilvoll steigern, wenn alle Absurditäten dieses absurden Wahlrechts geschildert werden sollten. Wir heben also nur noch hervor, daß die 21 Abgeordneten der Handelskammern von den Mitgliedern der Handelskammern gewählt werden, also eine unverhüllte Vertretung des Kapitals darstellen. Die 118 Abgeordneten der Städte und die 129 der Landgemeinden werden vom Census gewählt, der seit dem Jahre 1896 mit vier Gulden festgesetzt ist. Da sich aber das Reichsrats-Wahlrecht auf das Gemeindevahlrecht aufbaut, so fällt die niederste Stufe sehr oft unter dem Census, freilich hängen natürlich nicht zusammen, das heißt, die städtischen Orte, die einen Wahlbezirk bilden, sind von Gebieten durchschnitten, die einem andern Bezirke angehören. Auch eine recht geistreiche Erfindung! Fügen wir bei, daß die Wahlen in den Landgemeinden gleichfalls indirekt und mündlich sind, so haben wir die wichtigsten Daten beigebracht, die zur Beurteilung dieses lobföhrigen Wahnsinns nötig sind.

Das Oestreichische Wahlrecht beruht auf dem Grundsatz der Hierarchie. Von den Großgrundbesitzern ausgehend wird das Wahlrecht immer schwächer, geringwertiger, und das Wählen immer mühsamer. Wir wollen den „Geist“ dieses Gesetzes an einem Beispiel darthun. Die Wähler der fünften Kurie müssen zuerst Wahlmänner wählen, und zwar mündlich; diese Wahlmänner müssen dann eine Reise antreten, denn die Zahl der Wahlorte ist äußerst beschränkt — kurz das Wählen ist eine wahre Qual. Den acht Pfaffen der Bukowina und den elf von Tirol teilt aber der Statthalter schriftlich mit, daß die „Wahl“ aberaunnt sei und sie schicken ihm den Stimmzettel durch Post! Während sich die dreiten Massen abquälen und mühen müssen, um nur ihr bißchen Recht durchzusetzen, wählen die Privilegierten der Privilegierten von ihrem Zimmer aus! So geht es durch das ganze Wahlverfahren; jede einzelne Bestimmung ist vom Kostengeist erfüllt.

Wer sich die entsetzlichen Schwierigkeiten eines solchen Wahlrechts vergegenwärtigt, der wird der Oestreichischen Socialdemokratie den Hölle des Respekts nicht weigern, die selbst diesem steinigten Boden Erfolge abzugewinnen verstanden hat!

Die chinesische Nachrichten-Ebbe

dauert noch immer fort. Man erfährt weder Sicheres über die Vorgänge in Peking vor der Befreiung der Gesandten, noch über die jetzigen Pläne der Mächte. Die einlaufenden Nachrichten heben vielfach eine die andre auf oder entbehren jeder Gewähr der Glaubwürdigkeit.

Prinz Tsching befindet sich seit Anfang September in Peking, um mit den Mächten zu verhandeln. Ebenso bemüht sich Li-Sung-Tschang, Verhandlungen zu beginnen. Die Mächte aber, obgleich sie ebenfalls erklären, möglichst baldige Friedensanbahnung zu wollen, scheinen die beiden chinesischen Würdenträger zurückzuweisen. So wird den „Times“ aus Shanghai gemeldet — allerdings nur mit Vorsicht aufzunehmen —:

„Auf Veranlassung des deutschen Auswärtigen Amtes telegraphierte der Berliner chinesische Gesandte an Li-Sung-Tschang, er müsse seine Accreditive dem deutschen Gesandten in Shanghai unterbreiten, welcher sie dem Kaiser Wilhelm vorlegen und Instruktionen erteilen werde. Es heißt, Dr. Mumm äußerte Schöng gegenüber, obgleich die Mächte der Teilung Chinas abgeneigt seien, würde jeder Versuch Chinas, zu verhandeln, dieses Resultat herbeiführen helfen. Deutschlands große Truppenmacht sei gerüstet, auf unbestimmte Zeit das Land zu occupieren, bis ein befriedigendes Arrangement abgeschlossen sei. Li telegraphierte daher Hinglu, alles daran zu setzen, eine private Audienz bei der Kaiserin zu erlangen und sie und den Kaiser zu überreden, nach Peking zurückzukehren und Prinz Kuan und dessen Umgebung zu entfernen.“

Weder ist anzunehmen, daß Li-Sung-Tschang seinem Kaiser zumutet, nach Peking zu gehen, so lange es von großen europäischen Truppenmassen besetzt ist. Noch ist die angebliche Erklärung des neuen deutschen Gesandten glaubwürdig; denn vorläufig sind vom Verzug der Verhandlungen mehr die Mächte als China schuld. Immerhin wäre es angebracht, daß die deutsche Regierung Nachenschaft gäbe, ob ihr Gesandter so herausfordernde Reden geführt habe, wie die „Times“ ihm unterstellen.

Nicht aufklärender als jene „Times“-Meldung aus Shanghai sind die Peking Nachrichten bezüglich der Verhandlungen mit dem Prinzen Tsching. Dem Reuterschen Bureau wird aus Peking vom 7. September telegraphiert:

„Die fremden Gesandten haben heute eine Versammlung abgehalten, in der sie sich dahin schlüssig machten, daß sie keine Vollmacht hätten, mit dem Prinzen Tsching zu verhandeln. Auch die Generale der Verbündeten sind der Ansicht, daß sie nicht mit ihm verhandeln können.“

Von demselben Tage wird aber den „Times“ telegraphiert: „Als Prinz Tsching heute die Gesandten besuchte, empfing ihn der italienische Gesandte in der Ahnenhalle der Dynastie, einem geheiligten Gebäude, das bisher nie von einem Fremden betreten wurde, und in dem jetzt die italienische Gesandtschaft sich befindet. Prinz Tsching schien unfähig, sich die Lage seines Landes klar zu machen, hat um die Erlaubnis, daß die chinesischen Beamten ihre Funktionen in Peking wieder aufnehmen dürfen und ist der Ansicht, alle beteiligten Mächte seien durch eine Schadenersatzleistung zu befriedigen.“

Somit wird noch über die Verhandlungsangelegenheit in einer über London gekommenen Meldung der „Köln. Ztg.“ ausgeführt:

„Gegen die, wie es scheint, nachträglich von China beabsichtigte Ernennung Jung-Lus zum dritten Bevollmächtigten werden sehr schwerwiegende Bedenken geltend gemacht. Wie sich jetzt herausstellt, haben sich nämlich die Truppen Jung-Lus nicht nur an den Angriff auf die Gesandtschaften beteiligt, sondern es ist dies auf Weisung Jung-Lus erfolgt, der sich dann später allerdings den Fremden günstig zeigte. An dem Angriff auf die Gesandtschaften waren auch Truppen des Prinzen Tsching beteiligt, die sein Banner trugen, doch fehlt in diesem Fall ein bestimmter Anhalt, ob dies mit oder ohne Einwilligung Tschings geschehen ist. Bei der sonst freundschaftlichen Haltung des Prinzen wird das letztere angenommen.“

Nicht einmal über den jetzigen Aufenthalt Li-Sung-Tschangs herrscht Klarheit. Nach einer Tientsiner Meldung ist er bereits in Taku angelangt. Aus London dagegen wird berichtet, er sei noch immer in Shanghai.

Der russische Abzug.

London, 16. September. Aus Peking wird vom 11. September gemeldet: General Benewitsch teilte den übrigen Truppenbefehlshabern mit, daß der größte Teil seiner Truppen in Tientsin überwintern werde.

General Schilisma trifft hier Vorbereitungen für die Winterquartiere der Japaner.

London, 16. September. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Die allmähliche Verminderung der russischen Truppen in Peking hat begonnen. Fünf Regimenter sind bereits zurückgezogen, drei marschieren nach der Mandchurie, von 100 kaiserliche Nachrichten eingetroffen sind. Die in Peking anwesenden Russen sind jetzt noch 8000 Mann stark, die gesamte fremde Garnison zählt 70 000 Mann, von denen 22 000 Japaner sind. Der japanische Gesandte ist für die Zurückziehung von 15 000 Japanern, die aber von Japan in Reserve zu halten wären. Auf keine Truppenkörper wurden zwischen Tientsin und Peking-Ho-Hsien, wo englische und amerikanische Truppen stehen, verschiedene Angriffe gemacht, wobei viele Vögel gefallen sind.

Salbung Americas.

Washington, 15. September. Guten Vernehmen nach wird in der Antwort der Vereinigten Staaten auf den Vorstoß Russlands bezüglich der Räumung Pekingens keineswegs die Versicherung erteilt, daß die amerikanischen Truppen sofort nach dem Rückzug der Russen die Stadt räumen würden. Die Beurteilung der Lage würde einfach von dem Staatsdepartement auf den General Schaffee übergehen, welcher mit den übrigen Befehlshabern über die Einzelheiten des Rückzugs der amerikanischen Truppen zu beraten haben würde.

In Peking und Peshik.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Peking vom 11. September gemeldet: Ein amerikanisches Kavallerie-Regiment geht morgen nach den Bergen im Westen ab, wo die Sommerwohnungen der Gesandten liegen. — Die Truppenbefehlshaber hielten heute eine vierstündige Beratung und zwar hauptsächlich über die zu ergreifenden Maßregeln, um die Chinesen zu bewegen, wieder an ihre Arbeiten zu gehen. Es wurde beschlossen, daß der Plünderung Einhalt geboten werden soll und daß die Postagenten-Abteilungen von einem Offizier begleitet werden sollen, welcher für alle Fourage, die genommen wird, Empfangscheine anschieben soll.

Sir Robert Hart hat den Generalen mitgeteilt, sie sollten sich auf bevorstehende Feindseligkeiten vorbereiten. Die chinesischen Truppen zögen sich zusammen und bedrohten die Verbindungslinien. Er glaube, daß im Lauf des November weitere Zusammenstöße zu erwarten seien.

Vom 14. d. M. wird demselben Bureau aus Tientsin gemeldet: Eine Kompanie amerikanischer Infanterie geriet in ein heftiges Gefecht mit 2000 Bogern bei Matou und westlich von Tschungau. Die Amerikaner leisteten tapferen Widerstand, bis eine Abteilung bengalischer Lanzenreiter ihnen zu Hilfe kam. Die Lanzenreiter zersprengten den Feind, griffen einen Karabos an und töteten 200 Bogern.

Deutsche Operationen.

Peking, 11. September. 1500 Mann deutsche Truppen mit einer Feldbatterie unter Führung des Generals von Söpfner marschierten gestern von hier in südlicher Richtung ab, wo Bogern versammelt sein sollen.

Shanghai, 17. September. Nach amtlicher deutscher Meldung aus Tientsin wurde am 11. d. M. Liang von den deutschen Seebataillonen erobert und niedergebrennt. Hierzig bengalische Langenreiter hatten sich den deutschen Truppen angeschlossen. 500 Boger wurden getötet. Die in der Stadt Liang gewesenen regulären chinesischen Truppen, etwa 100 Mann, waren vorher entflohen. Auf deutscher Seite ein Toter und fünf Verwundete.

Kettlers Mörder.

Dem „Neueren Bureau“ wird aus Peking vom 11. September gemeldet: Die japanische Gesandtschaft glaubt nicht, daß der Mann, der sich als Mörder des Reichers von Kettler bekannte, der wirkliche Schuldige sei. Sie glaubt vielmehr, daß er von Leuten bezahlt sei, die darauf ausgehen, den Prinzen Tsching zu verdrängen. Die Japaner begünstigen den Prinzen Tsching, die Russen Li-Hung-Tschang.

Auf dem Yangtschiang.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet vom 16. September aus Shanghai: Der dritte russische Angriff auf die Peitang-Forts wurde zurückgeschlagen. Die Offiziere des „Centurion“ erzählten, daß, als sich gestern die Peitang-Forts zum Gefecht ansetzten, der „Centurion“, der fertig war, um in Tätigkeit zu treten, dem deutschen Geschwader signalisierte; dieses machte für alle Fälle die „Schwalbe“ bereit, nach Hankau zu gehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. September.

Europäische Humanität in China.

Im Jahre 1898 besuchte Herr v. Korff, ein reicher, welt-erfahrner Baron, auf einer Reise um die Welt auch Japan und China. Während er in seiner 1898 erschienenen Reisebeschreibung mit großer Anerkennung von der Liebenswürdigkeit der Japaner und ihren großen Fortschritten in der Technik und modernen Staatswirtschaft spricht, hat er an den Verhältnissen in China keinen Geschmack gefunden. Er hat zwar nur einige Hafenstädte besucht: Sankow, Shanghai, Hongkong, Macao und Kanton, aber die Eindrücke, die er hier erhalten, haben ihn nicht veranlaßt, seinen Aufenthalt wie in Japan zu verlängern. In dem englischen Hongkong sah er die englischen Behörden bis zum englischen Hausknecht herab mit den Chinesen nur per Kaufschuß und Kaufschellen verkehren. Als die „Gera“ Shanghai anfuhr, erzählt er, wären fast ein paar Dote überfahren worden. Es scheint aber, als ob ein solcher Zwischenfall hier nicht von großer Bedeutung wäre. Noch vor zwei Jahren mußte ein Matrose, der im Streit einen Chinesen erschossen hatte, 3 Jahre Strafe zahlen, und jetzt ist ein Matrose eines andern norddeutschen Schiffs, der in Shanghai einen Chinesen erschossen hatte und arretiert war, hier auf der „Gera“, um nach Bremen zurückzufahren.“ Dann erzählt v. Korff weiter über die Eindrücke, die er in Hongkong gehabt hat: „Heute ist Sonntag, und wo ein Chinese mit Waren unter dem Arm sich sehen läßt, haut ihn Ihrer Majestät Konstabler über den Kopf. Kein Chinese darf ein Establishment der Engländer und selbst nicht einmal die Konzertgärten betreten. Ueberall sieht man die Europäer mit Stöcken und Regenschirmen auf die Leute dreinschlagen; es scheint die einzige Sprache zu sein, welche Polizei und Militär mit diesen Leuten redet, und ich kann mir nicht denken, daß ein solcher Schlag, der im Augenblick vielleicht verläßt wird, nicht eine able Auslast sein sollte, die noch einmal schlechte Früchte tragen wird. Wenn die Frau Konig getragen wird, geht ein Polizist voraus und haut mit dem Knüttel ohne ein Wort zu sagen rechts und links auf alles, was ihm begegnet. Hinter dem Palatin geht ein Soldat, um sofort einzuschreiten, wenn ein Chinese sich nur darüber wundern sollte. Es ist wiederlich das anzusehen. Aber jetzt verstehe ich alle die Grausamkeiten und Schaulichkeiten, die da zu Tage treten, wo der Chinese glaubt, der Stärkere zu sein.“ Statt von Droschken lassen sich die besser Situierten in China in einer Art Sänfte, Palatin, tragen. Diese Palatin-Kuli versuchen in Macao gegen Korff, was in Berlin Droschkenfahrer auch zuweilen Fremden gegenüber versuchen. Aber das bekam den Kuli, die den ganzen Tag einen Trägerlohn von ca. 30 Pf. erhielten, schlecht. „Mit ihrem Verlangen thäten die armen Leute nicht klug, denn am Hotel bekamen sie die Tage und statt des Trinkgelds eine Praxid von der Polizei.“ Die Engländer üben die Justiz, um nicht zu sagen die Gerechtigkeit, so aus, daß in jedem Fall, welcher es auch sei, im Streit eines Chinesen gegen einen Europäer der Chinese nicht allein grundsätzlich unrecht bekommt, sondern auch bestraft wird, weil er sich unterstanden hat, das Gesetz anzurufen. Erst ganz neterdings ist es vorgekommen, daß einmal ein Chinese recht bekommen hat, worüber die ganze Chinesenstadt sehr stolz ist.“ Es ist wirklich merkwürdig, wie unklug die Engländer mit den Chinesen verfahren; es ist aber eine solche unübersteigliche Klüft zwischen ihnen, daß sie sich nicht einmal zur Belehrung herbeilassen.“ So fand Korff die Behandlung der Chinesen seitens der Engländer in Hongkong und seitens der Portugiesen in Macao. Aber auch da, wo die Polizei nicht englisch oder portugiesisch, sondern chinesisch ist, erlauben sich die Europäer ungestraft die ärgsten Rücksichtslosigkeiten gegen die Chinesen. Als das Dampfboot, auf dem Korff Kanton besuchen wollte, sich auf dem Tschang-Kiang näherte, war derselbe dicht mit kleineren und größeren chinesischen Fahrzeugen bedeckt. Die Strömung ist 13 Knoten in der Stunde, und da das Dampfboot durchaus keine Rücksicht auf die andern Fahrzeuge nimmt, wurden sofort zwei in Grund gefahren, mehrere schlugen um und andre werden so heftig gegen das Schiff getrieben, daß die ganze Besatzung teils ins Wasser, teils auf das Dampfboot springt.“ Niemand lacht, niemand sieht zufrieden aus, und wenn auch niemand thätlich wird, so hat man doch den Eindruck, daß jeder Einzelne im Herzen die Fremden haßt und verachtet.“

Diese Reise machte Korff 1893 und 1894 und seine Beschreibung derselben ist 1896 erschienen. Er hat sich ja nur einige Wochen in China aufgehalten und nur einige Seiten des Verhaltens der Europäer den Chinesen gegenüber kennen gelernt, die Missionare hat er zum Beispiel nicht kennen gelernt, aber seiner warnenden Stimme achteten die europäischen Regierungen nicht. Das Deutsche Reich hatte damals noch kein Pachtland an der Sonne. Aber glaubt man, daß die Kollegen der Zeit, Wehlan und Krenberg später mit den Chinesen in dem deutschen Pachtlande anders verfahren sind, als sie es bei den Engländern sahen? Und als dann der durch die geschickten Brutalitäten erzeugte und täglich neu genährte Jingoismus der chinesischen Bevölkerung auf einmal mit roher Gewalt losbrach, als die von Korff vorausgesehenen Früchte der üblen Auslast reiften, da sollten es auf einmal die bösen Chinesen sein, die die frommen Europäer nicht in Frieden leben lassen und nun dafür von den europäischen Kulturträgern nach Gummennart gequält werden sollen.

Gegen die Byzantiner wendet sich die „Köln. Volkszeitung“; sie wendet sich namentlich gegen einige deutsche Blätter, welche es für ihre Pflicht halten, alle regierenden Fürsten und Familien mit ihren Schmeicheleien zu verfolgen. Mit Recht höhnt sie über die aufdringlichen Lobhudeleien des „Moffe-Blatts“, welches früher einmal von einem italienischen liberalen Blatt in folgender treffender Weise charakterisiert worden sei: „Das Berliner Tageblatt“ ist ein progressivstes Organ, das jeder Prinzessin zu ihrem Geburtstag gratuliert.“ Natürlich, so heißt es in dem rheinischen Centrumsorgan weiter, haben die Blätter jener Kategorie auch nicht veräumt, den neuen König von Italien in den Himmel zu erheben. Diese Schmeicheleien äpfelten in der Entzückung über die Thakraft und Entschlossenheit des jungen Königs. Die Sucht der Bewunderung verflieg sich dazu,

Vorbilder unter den lebenden Monarchen zu nennen, denen Victor Emanuel von Italien nachstrebe. Daß der König die vom Ministerpräsidenten ansgerbeitete Thronrede zurückgegeben und selbst eine andre ausgearbeitet habe, hatte die Korrespondenten entzückt. Es nimmt sich wie eine Satire aus, wenn ein andres Blatt vor ein paar Tagen ganz ernsthaft meldete, daß der Ministerpräsident wegen jener Thronrede „fogar“ an Nichttritt gedacht, sich aber doch lieber mit seinen Kollegen zu der nach künftigen Begriffe beinahe demütigenden“ Neuerung verstanden habe, ihre Dekrete dem König drei Tage vor der Unterfertigung zur Prüfung einzusenden.

Die weiteren Ausführungen des Blatts machen sich in berechtigtem Spott über die „eigene Schablone“ lustig, die sich für die Anrede der künftigen Personen bereits herausgebildet habe.

Bei Kronprinzen findet man regelmäßig ein wunderbares Talent, eiserne Arbeitstrenge und Pflichttreue sowie ideale Ziele; das Ganze berechtigt zu der bestimmten Erwartung, daß sie es später den größten Monarchen, welche die Geschichte kennt, mindestens gleich thun werden. Andre Prinzen haben mindestens eine Specialität, in der sie Großes leisten; der eine wird ein großer Feldherr, der zweite ein bedeutender Dichter, der dritte ein gelehrter Forscher werden. Bei fürstlichen Frauen trifft man als Alerculminendes Kennzeichen eine nicht zu überbietende „Herzengüte“, die sich in einer fabelhaften Weise im Drange nach wohlthätigen Stiftungen äußert. Je höher die Dame ist, desto mehr Herzengüte hat sie; die Königin übertrifft darin die einfache Prinzessin um ein Uebliches; das geht eben streng nach der Hofrangordnung. Außerdem haben die fürstlichen Damen ausnahmslos einen ausgeprägten Sinn für ideale Bestrebungen; die Musik, Malerei, Dichtkunst oder sonst etwas verstehen sie aus dem ff; ihre Leistungen gehen dann regelmäßig „weit über Dilettantenarbeit hinaus“. Sehr beliebt ist in Bezug auf fürstliche Personen die Mitteilung kleiner aneddotenhafter Anekdote, die bei den Herren von ihrer Genialität oder Arbeitskraft, bei den Damen von ihrer Herzengüte, bei allen von ihrem Wohlthätigkeitssinn ein bis zu Thränen rührendes Zeugnis ablegen. Man könnte man noch verstehen, wenn die Anhänglichkeit an das eigene Herrscherhaus sich in dieser elocosten Weise äußerte; aber es werden grundtätlich alle Mitglieder fürstlicher Häuser der ganzen Welt in dieser schwärmenden Weise abgehandelt, und wenn es auch nur eine Prinzessin von Marocco ist. Neben gewissen „liberalen“ Blättern zeichnet auch die „parteilose“ Presse sich ganz besonders durch solche Knechteligkeit aus; die konservativen benehmen sich viel zurückhaltender und weniger aufdringlich. Aber derartige Uebertreibungen schaden dem monarchischen Gefühl mehr, als daß sie ihm nützen, denn schließlich meckert der Leser die Absicht, und er wird verstimmt.“

Die brauchen kaum hinzu zu fügen, daß wir den Ausführungen des Centrumsblatts vollaus beipflichten. Der Artikel ist in der Sonntagsnummer enthalten, am Sonnabend scheint man in der Redaktion nach ganz anderer Meinung gewesen zu sein. Dort finden wir eine Polemik gegen einige Blätter, welche die Meinung ausgesprochen haben, daß in der Chinapolitik Halt gemacht werden müsse. Die „Köln. Volksz.“ ist anderer Meinung; sie verlangt, daß des Kaisers Programm verwirklicht werde. Das Blatt schreibt:

Wir fragen jeden Politiker, welcher Partei er auch angehört, ob es möglich ist, daß die deutschen Truppen sich jetzt im Gefolge der russischen Kolonnen ohne Sang und Klang zurückziehen, nachdem sich in den Verhältnissen nichts Wesentliches geändert hat, seit der Kaiser seinen Truppen sagte, sie sollten die deutschen Fahnen fleigreich auf Peking's Mauern pflanzen“, er wolle eine „Mache nehmen, wie sie die Westgeschichte noch nicht gesehen“, China solle zu „Boden geworfen“ werden, bis die Chinesen „auf den Knien um Gnade flehen“, der jetzige Zeitpunkt sei für ein „historischer Augenblick“ und ein „Marstein in der Geschichte unseres Volks“. Das sind des Kaisers weigere Worte, und die „Hamb. Nachr.“ werden sich selbst sagen, welcher Eindruck es im deutschen Volk und der ganzen Welt machen würde, wenn von einem so laut und feierlich proklamirten Programm auch nicht ein Quästab in Erfüllung ginge.“

Der „Patriot“ hat nach dem rheinischen Organ zu erwägen, ob nicht eine „empfindliche Schwächung des monarchischen Ansehens“ die Folge wäre, wenn der Krieg nicht fortgesetzt wird.

Also nicht, weil es politisch klug, nicht, weil es kriegstechnisch oder sonstwie notwendig wäre, muß all das den Chinesen Angebrochte verwirklicht werden — einen solchen Beweis zu führen versucht das Blatt gar nicht — sondern lediglich deshalb muß weiter gekämpft werden, weil der Kaiser seine Worte verpändert hat. Ein Monarch darf sich nicht irren, seine Worte müssen erfüllt werden.

Das rheinische Centrumsblatt scheint den Hyganismus nur zu belämpfen, wenn er sich dem italienischen „Stornia“ gegenüber breit macht, dem der Mexikalismus aus wohlbelannten Gründen nicht recht wohl will; in der Heimat pflegt es ihn selbst.

Das Schweigegebot. Die „Post“ bringt jetzt ihre Mitteilung zur Sprache, daß den aus China heimgekehrten Soldaten ein militärisches Schweigegebot über ihre Erlebnisse auferlegt worden ist. Daß die „Post“ auf diesem Verbot Besatz ihenten würde, war zu erwarten; wir erwähen ihre Polemik nur, weil sie die von einigen Blättern bezweifelte Nichtigkeit unserer Meldung bestätigt.

Die Beratungen des Bundesrats werden demnächst wieder aufgenommen. Zunächst finden nur Ausführungen statt, während die nächste Plenarsitzung erst am 4. Oktober anberaumt ist. Unter den Beratungsgegenständen, die dem Bundesrat zugegangen sind, befindet sich auch, wie verlautet, ein Entwurf für Etsch-Vorbringen, betreffend die Verwaltung der Landesschulden. Ferner liegen dem Bundesrat die Ergebnisse des Heereergänzungs-geschäfts für 1899 vor.

Zur Frage der Kohlennot. Die bairische Regierung hat, wie Münchener Blätter berichten, die Generaldirektion der bairischen Staatseisenbahnen ermächtigt, im direkten Verkehr mit den preussisch-bessigen Staatsbahnen und den sonst auf der Tarifmaßnahme sich beteiligenden Staats- und Privatbahnen für Steinkohlen, Braunkohlen, Coals, Briquets, Torf und Torfbriquets im Versand von den deutschen Seehäfen und den deutschen binnenländischen Umschlagplätzen mit sofortiger Gültigkeit auf die Dauer von zwei Jahren die billigeren Frachttätze des Kohlen-Tarifs auf den bairischen Staatsbahnen anzuwenden.

Die Knappschäfts-Versicherungsgesellschaft sahte auf ihrer Generalversammlung, die am 16. September in Dresden abgehalten wurde, einige allgemein interessierende Beschlüsse. So wurde zum neuen Unfallversicherungsgesetz unter anderem beschlossen, von den fakultativen Bestimmungen, betr. die Versicherung gegen Kaspipflicht und die Einrichtung von Rentenzufschuß- und Pensionskassen, keinen Gebrauch zu machen. Dagegen wurde bestimmt, in Zukunft statt der anrechnungsfähigen die wirklich verdienten Arbeitslöhne der Umlageberechnung zu Grunde zu legen, denn wie Geheimrat Jense-Essen mitteilte, ist nach den bei den Eisen- und Stahl-Versicherungsgesellschaften gemachten Erfahrungen das Endergebnis ungefähr dasselbe, dagegen wird aber den Betriebsunternehmern durch die Einführung dieser Neuerung eine nicht unerhebliche Arbeit erspart und es wird dadurch eine unanfechtbare Lohnstatistik erstellt. Die Versicherung der Organe, Vertrauensmänner, Vorstandsglieder usw. gegen Unfälle im Dienste der Versicherungsgesellschaft soll diese für die Folge selbst übernehmen.

Die berichtigte Gewerbe-Ordnung. Durch die am 1. Oktober in Kraft tretende Novelle zur Gewerbe-Ordnung wird ein Kuriosum aus der Geschichte unfer Gesetzgebung nunmehr in verfassungsmäßiger Weise geregelt. Es handelt sich um den letzten Absatz des § 188 a der Gewerbe-Ordnung, der im Jahre 1891 geschaffen wurde. Dieser bestimmt die Fälle, in denen die untere Verwaltungsbehörde die Beschäftigung von Arbeiterinnen, soweit sie über 16 Jahre alt sind, kein Hauswesen zu besorgen haben und keine Fortbildungs-

schule besuchen, an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen nach 5 1/2 Uhr abends gestatten kann.

Beabsichtigt war, solche Ausnahmen in den Fällen der Ziffern 3 und 4 des § 105e Abs. 1 zuzulassen. Infolge der eifertigen Hast der Beschäftigungskommission des Reichstags, der es nur darum zu thun war, möglichst viele Ausnahmen von den Arbeiterbeschäftigungsvorschriften zu schaffen, wurde aber thätlich aus Versehen beschlossen, die Ausnahmen für die Fälle der Ziffern 2 und 3 zuzulassen. Dieser Beschluß kam in aller Form und durchaus verfassungsmäßig zu stande und wurde in dieser Form auch verfassungsmäßig publiziert. Demnach waren diese Ausnahmen zulässig:

2. Für Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur.

3. Zur Bewachung der Betriebsanlagen; bei Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eignen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, sowie bei Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebs abhängig ist.

Sieben Jahre lang galt das unbestritten; da wurde plötzlich im „Reichs-Anzeiger“ und im „Reichs-Gesetzblatt“ (9. März 1898) völlig anonym, ohne jede Unterschrift, eine „Berichtigung“ veröffentlicht, wonach nur verfassunglich die Worte „Ziffer 2 und 3“ „bekannt gemacht“ worden wären, während es in Wirklichkeit heißen mühte: „Ziffer 3 und 4“.

Nach Ziffer 4 sind die Ausnahmen auch zulässig bei „Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind“.

Der große Nachteil, der darin für die Arbeiterinnen liegt, geht aus einer Vergleichung der Ziffern 2 und 4 ohne weiteres hervor: während die Fälle der Ziffer 2 in der Regel nur jährlich an ein oder zwei Sonnabenden wiederkehren, können die Fälle der Ziffer 4 an alle Sonnabende eintreten.

Zu einer gerichtlichen Prüfung der Zulässigkeit einer solchen Abänderung eines verfassungsmäßig zu stande gekommenen Gesetzes im Wege einer Druckfehler-Berichtigung, die höchstens von dem einen der beiden Gesetzgebungsfaktoren ausgegangen ist, von diesem aber nicht einmal gezeichnet ist, ist es untrös Wissen nicht gekommen. Jetzt hat nun der Reichstag in verfassungsmäßiger Weise die Berichtigung vorgenommen und der Bundesrat hat dem zugestimmt. Vom 1. Oktober ab sind die Ausnahmen zulässig in den Fällen der Ziffern 3 und 4.

Der Mülhauser Ordnungsbret in Gärung. Aus Etsch-Vorbringen wird uns geschrieben. Die Siegesstimmung der „Ordnungsbret“ Parteien Mülhausens, deren Reichstags-Wahlerfolg vom 5. Juli d. J. der gesamten bürgerlichen Presse des Reichs den Anlaß zu Ausbrüchen des Jubels über die Niederzwingung der Socialdemokratie gegeben hatte, hat, wie vorausgesehen war, nicht lange vorgehalten. Längst ist derjenige Teil ihrer Anhängererschaft, der, obwohl den handarbeitenden Volksschichten angehörig, bei der Entscheidung zwischen dem eingewanderten Klassengenossen Emmael und dem einheimischen Socialdemokraten Schumbe dem letzteren zum Siege verholpen hatte, zu der Einsicht gelangt, wie wenig eine derartige Verkennung der vitalen Klasseninteressen den Geboten der politischen Klugheit entspricht. Aber auch die rein bürgerlichen Elemente des damaligen Kartells der Socialdemokraten waren nicht über den Siegessturz in der Kandidatur Schumberger verlorperten Mülhauser Localpatriotismus hinaus zusammenzubalten, und bereits jetzt, nach nur wenigen Wochen, tritt die centrifugale Tendenz des aus den heterogenen Elementen zusammengesetzten Parteienkonglomerats in augenfälliger Weise in die Erscheinung. Der einflussreichste liberal-merikal Mülhauser Ordnungsbret war dem doch von vornherein zu sehr mit dem Ferment der schlimmsten politischen Korruption durchsetzt, als daß er nicht alsbald in schäumende Gärung hätte geraten müssen.

So bietet heute, im Angesicht der demnächst stattfindenden Bezirksstimmwahlen, die bürgerlich-politische Schaubühne der oberelassischen Industrie-Metropole, deren Vorbereitungen vor kurzem noch von der gesamten Ordnungspresse des Reichs in über-schwänglichster Weise als unübertreffliche Vorbilder einer erfolgreichsten und vielversprechendsten Ueberwindung der Socialdemokratie, als ein elementarer „Durchbruch des Reichsgedankens“ gefeiert worden waren, ein Bild der jämmerlichsten Verfallens- und Mitleidigkeit, indes die längst totgelegte Mülhauser Socialdemokratie aus der ihr durch eine an Zahl überlegene feindliche Alliance bereiteten Niederlage frisch gestärkt, mit umgedrehtem Mut und neuer Siegeszuversicht hervorgegangen ist. Die Mülhauser, mit der ihre Genossen in Mülhausens nach dem überaus glücklichen Erfolg des 5. Juli ihre reorganisatorische Thätigkeit aufgenommen haben, und die Energie und Entschlossenheit, mit der sie jetzt bei ihrem erstmaligen Erscheinen auf dem Kampffeld der Bezirksstimmwahlen, den Gegner von vornherein in die Defensive drängend, in ihre Positionen eingedrückt sind, waren auf die Koalition der Bürgerlichen von demnach verblüffender Wirkung, daß diese alle guten Vorläge von der jüngsten Reichstagsberatswahl her vergahen und einander schände im Stich ließen. Dem einflussreichsten liberalen Parteiführer Winterer stattten die Liberalen Mülhausens jetzt den wohlverdienten Dank für seine entscheidende Unterstützung des protestantischen liberalen Schumberger dadurch ab, daß sie dem erneut zum Bezirksstimmwahlen kandidierenden liberalen Bürgermeister Ruff, einem guten Freunde Winterers, ihre Wahlhilfe verweigern, selbst auf die Gefahr hin, dadurch dem socialistischen Bewerber zum Siege zu verhelfen. Mit der vielgerühmten „Ernennung“ des Bürgermeisters ist es also auch in Mülhausens nicht, und man vergleiche es mit dem nach der Wahlentscheidung des 5. Juli in der deutschen, besonders der Berliner Ordnungspresse angestimmten Jubel über die Vernichtung der oberelassischen Socialdemokratie, über den Sieg des „Reichsgedankens“ und das Verständnis der Mülhauser Wählererschaft für die weltmachtspolitischen Bestrebungen der Reichsregierung“, wenn das Organ der beiden einflussreichsten liberalen Reichstags-Abgeordneten Delfor und Haug, der „Etschische Volksbote“ in Straßburg, zu den bevorstehenden Wahlen in Mülhausens schreibt:

Die Socialdemokraten bereiten sich vor auf die Bezirksstimmwahlen im Kanton Mülhausens-Süd. Sie werden ganz sicher den Kampf ebenso heftig führen, wie bei der Reichstagswahl, aber, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit mehr Erfolg. Der Kanton Mülhausens-Süd hat eine äußerst zahlreiche Arbeiterbevölkerung, die größtenteils zu der Socialdemokratie hält, und da der socialistische Kandidat, Herr Joseph Ruffbaum, ein Einheimischer und dazu in Arbeiterkreisen eine bekannte Persönlichkeit ist, so ist fast vorauszusehen, daß er den Sieg davontragen wird. Während die Genossen schon recht thätig sind, hört man von den Ordnungsparteien nichts und doch sollten sie geschlossen wie ein Mann für Herrn Ruffbaum eintreten und mit ihrer Thakraft nicht mehr länger säumen. Die Ordnungsparteien haben, wie bei der letzten Reichstagswahl, wieder die Socialdemokratie wider sich, und diese gilt es auch jetzt zu belämpfen. Es wäre deshalb traurig und könnte es nicht genug verurteilt werden, wenn, wie verlautet, die Ordnungsparteien nicht einig wären. In liberalen Kreisen heißt es schon jetzt: „Was kümmert es uns, ob Ruff gewählt wird oder nicht!“ Eine solche Handlungsweise, d. h. Wahlenthaltung wäre ein Verrat an der eignen Sache; wenn die Liberalen so blind sind, daß sie dies nicht einsehen, so kann man sie nur bedauern. Die Katholiken sollten sich dessen aber doch bei der nächsten Gelegenheit erinnern und nicht mehr so gutmütig und so dumm sein, um andern die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“

Diese unumwundene Anerkennung der klügsten gebietenden Maßstellung der Socialdemokratie in den Mülhauser Industriebezirken lautet freilich etwas anders als das Gefasel von dem „verschwindenden liberalen Anhang“ unfer Partei unter der oberelassischen Arbeitererschaft, das nach der Wahl des 5. Juli in der gegnerischen Presse zu lesen war. Daß wir bei dem häuslichen Streit im Lager der weiland liberal-liberalen heiligen Alliance den lachenden Dritten spielen, werden uns die Herren hoffentlich nicht allzu sehr abelnahmen.

Den Talmühwählern, die bei uns in Deutschland allüberall ihr Wesen treiben, indem sie allenthalben Wohlthätigkeits-Vereine, „Vereine“, „Konzerte“ usw. abhalten, um angeblich den Armen zu helfen, ist durch einen Erlass des Amtshauptmanns von Chemnitz eine recht unangenehme Ueberraschung zu teil geworden. Derselbe ist interessant genug, um ihn wörtlich wiederzugeben:

Die Königl. Amtshauptmannschaft hat häufig die Erfahrung zu machen, daß öffentliche Veranstaltungen, für die behufs Verfolgung wohlthätiger oder gemeinnütziger Zwecke um Erlaubnis zur Erhebung von Eintrittsgeld nachgesucht worden ist, verhältnismäßig geringe oder überhaupt keine Erträge für die angegebenen Zwecke erbracht haben.

Die Schuld hieran liegt zumeist darin, daß viel zu hohe Summen für Requisiten, Kostüme, Noten usw. verausgabt und hievon sogar beifällige Künstler niedriger Gattung (sogenannte Couplettsänger, Komiker usw.) für minderwertige Aufführungen nicht unbeträchtliche Honorare erhalten.

Die Königl. Amtshauptmannschaft kann nicht dulden, daß in Fällen dieser Art ohne thätliche Förderung des vorgeschlagenen Wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecks die Öffentlichkeit in Form der Erhebung von Eintrittsgeld in Anspruch genommen wird, sieht sich daher veranlaßt, bei künftigen Gesuchen einen strengeren Maßstab anzulegen und wird die erforderlichen Genehmigungen nur noch dann erteilen, wenn bei solchen Veranstaltungen die Mitwirkenden und Leiter vor allen Dingen persönlich selbst Opfer bringen und nach jeder Richtung hin die notwendigsten entstehenden Unkosten auf ein thunlichst geringes Maß herabzubringen sich bemühen, so daß für den angegebenen guten Zweck mit Sicherheit ein — nach Befinden vor der Erlaubniserteilung zu hinterlegendem — Reinertrag (von mindestens 50 M.) erwartet werden kann.

Die Gemeindebehörden des amtshauptmannschaftlichen Bezirks werden hiermit angewiesen, bei Vergünstigung bezüglicher Gesuche vorstehendes zur Richtschnur zu nehmen.

Chemnitz, den 8. September 1900.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Diese Verordnung richtet sich nur gegen die sogenannte bessere Gesellschaft, Arbeitervereine werden davon nicht betroffen, denn ihnen war es schon fast nie und nirgends gestattet, derartige öffentliche Veranstaltungen in Szene zu setzen. Es wird hier amtlich festgestellt, welcher Umfang mit den Wohlthätigkeits-Veranstaltungen getrieben wird. Die Wohlthäter müssen von Amts wegen daran erinnert werden, daß sie selbst Opfer bringen müssen. Wenn die Menschenfreundlichkeit erst aus eigener Tasche bezahlt werden muß, dürfte die Eucht, bei solchen Veranstaltungen zu prunken, bald etwas gedämpft werden.

Gesundheitszustand in Peking. Aus Kiel wird der „Post-Zeitung“ geschrieben: Die Drachmeldung eines Berliner Blatts, daß der Tod des Freiherrn v. Rheinbaben einen ganz vereinzelten Typhusfall in Peking darstelle, ist unbedingt falsch. Nach einer amtlichen Meldung des Konter-Admirals Sirchhoff vom 12. September aus Taku sind in Peking als schwer krank zurückgelassen: vom Detachement Pohl: Feuerwerksmaat Veel von „Kaiserin Augusta“, Bootsmannmaat Schröder von „Serika“, Obermatrose Waldeker und Matrose Kruse von „Krene“, Matrosen Meßberg und Feid von „Gansa“ und von dem Detachement Soden die Seejoldaten Frenzel und Kraus. Die meisten sind am Typhus erkrankt. Offenlich erfolgt bald eine amtliche Aushandlung, ob der Typhus unter den beiden von Generalmajor v. Hopfner kommandierten Seebataillonen weitere Verbreitung gefunden hat.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Oesterreichische Ausflüchter.

Ein offizielles Wiener Monatsblatt meldet, der Kaiser habe in Jaslo bei Gelegenheit der Wanderverzweigungen gemacht, die die Lage besuchten. Die erste Ausrufung lautete: „Es wird kaum besser werden, trotz der Neuwahlen.“ „Es ist der letzte verfassungsmäßige Versuch“, so lautet der zweite Ausdruck. Also die nächste Medizin für den kranken Staat soll nicht mehr auf verfassungsmäßigem Wege gebraucht und verabreicht werden. Es sollen, sobald auch der neue Reichsrat nicht aktionsfähig ist, einige Änderungen der Verfassung auf nichtverfassungsmäßigem Wege vorgenommen werden, viellecht eine Erweiterung des Wahlrechts.

Schweiz.

Bern, 14. September. (Eig. Ber.) Ueber die Ausführung des Gesetzes zum Schutz der Eisenbahnen berichtet das eidgenössische Eisenbahndepartement in Bern, daß die im Jahre 1899 beim Bahn- und Dampfschiff-Personal gemachten häufigen direkten Erhebungen eine größere Zahl von Unregelmäßigkeiten zu Tage gefördert haben, aber immerhin viel gegenüber früheren Jahren Besserung eingetreten. Bemerkenswert sind sodann folgende weitere Darlegungen: Das Departement sah sich wiederholt in die Lage versetzt, gegen die Verwendung von ungeeigneten Abkömmlingen im Bahnbewachungsdienste einzuschreiten, indem einzelne Gesellschaften, um dem regulären Personal die gesetzliche Nachtrabe zu sichern, während einiger Abendstunden Personen für die Abführung verwendeten, welche selbst nicht über die notwendige Ausrüstung verfügten. Dem Einwand der Verwaltungen, daß die Abkömmlinge nur während weniger Stunden eines Tages im Eisenbahndienste stehen, dem Arbeitsgesetze nicht zu unterstellen seien, konnte die Verwaltungen nicht abgeprochen werden; andererseits aber konnte die Aufsichtbehörde mit Rücksicht auf die Betriebssicherheit nicht zugeben, daß Personen, welche in ihrem privaten Verufe bereits ein volles Tagewerk geleistet hatten und nachgewiesenermaßen über erhebliche weniger Ruhezeit verfügten, als das Gesetz für das Bahnpersonal fordert, am Abend mit dem verantwortungsvollen Bahnbewachungsdienst betraut werden. — Das ist eine sehr richtige Auffassung, ist doch die Ursache so vieler Eisenbahn-Unfälle in der Ermüdung der Bahnangestellten zu suchen.

Frankreich.

Paris, 15. Sept. Loubet hat die Einladung zum Festmahl des Pariser Stadtrats unbeantwortet gelassen, die nationalistischen Blätter ergehen sich deshalb in wilden Drohungen gegen ihn.

Der Haushaltsausschuß der Kammer tritt heute zusammen und damit beginnt das Vorspiel zur parlamentarischen Session.

Rußland.

Die Russifizierung Finnlands wird von den russischen Machthabern mit ungeschwächtem Eifer fortgesetzt. Der stellvertretende Generalgouverneur von Finnland hat das Ersuchen der Zeitung „Vorgaoblade“ wegen eines Artikels „In den Tagen der Prüfungen“ und die Zeitung „Kotta Rbeter“ wegen eines Artikels „Die Schulen“ auf die Dauer von zwei Monaten verboten.

Äfrika.

Die Lage in Transvaal

Ist durch den Weggang Krügers wenig verändert. Der Guerillakrieg wird seitens der Boeren fortgesetzt. Der Nachfolger Krügers, Schall-Burger, der zugleich auch den Oberbefehl im Felde übernommen hat, wird als ein energischer Mann geschildert, der im Verein mit einigen andern Generalen den Guerillakrieg fortsetzen werde. Er ist aus Lydenburg und man behauptet, daß er jeden Stein und jedes Loch in der schwierigen Gegend kennt, in der sein Volk jetzt den letzten Stand macht. Kommandant Schall-Burger hat während des gegenwärtigen Kriegs in keiner der Hauptaktionen eine hervorragende Rolle gespielt, aber ebenfalls hat ihm der Bericht

der nach Einnahme von Bloemfontein veröffentlicht wurde und besagte, daß er mit Lulus Meyer nach Janse zurückgekehrt sei, unecht. Beide Lämpfen noch heute.

Die Boeren geben ihre Sache noch nicht verloren. Die Boerenregierung veröffentlicht eine Erklärung als Antwort auf diejenige Roberts. Es wird darin erklärt, die beiden Republiken seien nicht erobert; sie weigern sich, sich der britischen Herrschaft zu unterwerfen, da die Mächte ihre Unabhängigkeit anerkannt haben.

Demgegenüber kommen aus Lourenço Marques Meldungen, welche eher zu der Annahme berechtigen, als ob die Boeren, vollständig verzwiebelt, den Kampf aufzugeben im Begriff ständen. Danach seien in Lourenço Marques eingetroffen und hätten berichtet, die Boeren seien in Kesselpott untereinander in Streit geraten und verübten Plünderungen und Brandstiftung. Sie erklärten, Präsident Krüger habe sie im Stich gelassen, ihr Gold mit sich genommen und ihnen nur Papiergeld zurückgelassen. Die Gerüchte, daß die Boere Absicht hätten, sich zu ergeben, erhalten sich. — Es bleibt abzuwarten, ob bezw. in welchem Umfange sich diese, aus englischer Quelle stammenden Nachrichten bewahrheiten.

Das Schicksal Krügers scheint noch nicht entschieden. Das „Niederländische Bureau“ erfährt, daß die niederländische Regierung ihren Konsul in Lourenço Marques telegraphisch beauftragt habe, Krüger mitzutheilen, die niederländische Regierung sei bereit, ihm ein ihrer Kriegsschiffe für seine Ueberfahrt nach Holland zur Verfügung zu stellen. Wenn Krüger dieses Anerbieten annimmt, kann das holländische Schiff in 5 bis 6 Tagen in Lourenço Marques ankommen.

Die portugiesische Regierung richtete an den Gouverneur von Mozambique ein Telegramm, in welchem sie die Abreise Krügers aus Lourenço Marques nach Europa gestattet und zugleich die Beweise erteilt, daß der Gouverneur sich versichere, daß Krüger dieses Reiseziel einhalte; der Gouverneur solle alle Vorkehrungen treffen für die Sicherheit und ehrsüchtige Behandlung Krügers bis zu dessen Einschiffung treffen.

Soweit, so gut, aber es fragt sich, ob nicht England, ohne Rücksicht darauf, ob das völkerrechtlich statthaft ist oder nicht, auf das Schiff, das den ehemaligen Präsidenten an Bord hat, Jagd machen wird. Jedenfalls wird in verschiedenen Blättern diese Vermutung ausgesprochen. Auch in England wird diese Frage eifrig ventilirt. Es fehlt dort nicht an Stimmen, welche die eventuelle Gefangennahme Krügers auf neutralem Gebiet und dazu gehören auch die Schiffe neutraler Mächte — als eine Verletzung des Völkerrechts kennzeichnen. Das Londoner „Daily Chronicle“ veröffentlicht die Erklärung eines dortigen Universitätsprofessors. Dieser erklärte: „Wenn Krüger auf portugiesischem Gebiet ist, so haben wir keine Möglichkeit uns seiner Person zu bemächtigen, denn auch auf einem neutralen Schiff ist, wie der Fall Trent 1861 gezeigt hat, eine kriegsführende Person völlig unverleglich.“ Und der Geheimrat der Königin, John Besslake sagte: „Krüger ist nun vollständig frei. Es ist ja gar keine Königsfrage, ihn gefangen zu nehmen, gar keine. Er kann ohne Rücksicht auf portugiesischem Gebiete bleiben, so lange er will und auf ein neutrales Schiff gehen. Wir dürfen ihn nicht anrühren!“

Ob sich Chamberlain und seine Leute dieser vermuthungsmäßigen Auffassung anschließen oder ob sie ihren früheren einen weiteren Versuch des Völkerrechts beifügen werden?

Ueber die Stimmung in England über die letzten Ereignisse mögen nachstehende Zeugnisse Aufklärung geben.

Die „Westminster Gazette“ bemängelt die letzte Proklamation Lord Roberts und wirft derselben vor, in ganz geschmackloser Weise von der Einnahme der Großmächte in die südafrikanische Angelegenheit gesprochen zu haben. Die Großmächte, so sagt das Blatt, sind sämtlich von der endgültigen Regelung der Angelegenheit durch große Unternehmen, welche sie in Transvaal organisiert haben, interessiert, und sie werden nicht verstehen, diese Interessen im gegebenen Augenblick geltend zu machen. Jedenfalls kann die Haltung einer oder mehrerer Mächte Gegenstand einer Diskussion zwischen dem Oberbefehlshaber und dem Feinde nicht werden.

In der liberalen Vereinigung, welche dieser Tage in Ladybank versammelt war, sprach Aequith im Namen der Mehrzahl der Führer der liberalen Partei und erklärte, die Anerkennung der südafrikanischen Republiken sei unabweislich. Dieselben müßten und würden endgültig dem Reiche einverleibt werden. Der Krieg habe England die Augen geöffnet hinsichtlich der Gefahr, in welcher es sich befindet, Südafrika zu verlieren.

Ueber die militärischen Aktionen liegen nur wenige Nachrichten vor. Aus Bloemfontein wird berichtet: General Macdonald fing am 10. d. M. zwischen Windburg und dem Betsfontein eine Streitmacht von 700 bis 800 Boeren mit drei Kanonen ab und erbeutete 33 Wagen, 270 Zugochsen, sowie 65 000 Patronen und eine große Menge Vorräte. Die Boeren steckten drei andre Wagen in Brand, um deren Wegnahme zu verhindern. — Der Boerengeneral Dewet soll durch einen Sturz in die Länge tödlich verletzt und eine Stunde später gestorben sein.

Ferner liegen folgende Telegramme vor:

London, 17. September. Ein Telegramm aus Maseru meldet, die Boeren seien dort gut verproviantiert und hätten genügend Remontepferde, um den Krieg fortsetzen zu können.

Kapstadt, 17. September. General Vogel überraschte die Boeren bei Bimarabirer und machte zehn Gefangene; weiter erbeutete er etwa 2000 Oshen.

Gravob (Südafrika), 17. September. Die Garnison des Orts Schweizer Kemele, nördlich von Bloemfontein, wurde vor 14 Tagen von Boeren umzingelt. Sie hat sich stark verschanzet und ist ausreichend mit Vorräten versehen. Eine Aufsatztuppe ist von Orpburg aus unterwegs.

Lourenço Marques, 17. September. Die Boeren haben die Brücke von Staapmuiden zerstört. — Die portugiesischen Eisenbahnbahnen nehmen keine Güter zum Transport über die Grenze an.

Asien.

Eine neue politische Partei ist in Japan vom Marquis Ito begründet worden und am 15. d. M. in Yokohama ins Leben getreten. Bei diesem Anlaß hielt Marquis Ito eine Rede, in welcher er sich dagegen vermahnte, daß er die Haltung des Ministeriums mißbillige oder selbst ein Portefeuille anstrebe. Sein einziger Zweck sei, zu einer erfolgreichen Thätigkeit des konstitutionellen Systems beizutragen. Ueber 150 Mitglieder des Parlaments sind der neuen Partei bereits beigetreten.

Amerika.

Bevölkerungszunahme und Volksvertretung.

Die Censusbehörde der Vereinigten Staaten hat nunmehr die Einwohner von dreißig der größten Städte dieses Landes, welche im ganzen 13 243 515 Seelen haben, gezählt, und hofft der Censusbirektor Merriam, bis zur Einberufung des Kongresses im Dezember das vollständige Resultat der jüngsten Volkszählung unterbreiten zu können.

Sachverständige sind der Ansicht, daß der Censur vom Jahre 1900 eine Bevölkerung von 75 Millionen ergeben dürfte. Dem Censur zufolge hat sich die Bevölkerung in den 30 Städten durchschnittlich um 30 Proz. vermehrt; weim die Zunahme der Bevölkerung überall im Lande im gleichen Verhältnisse mit der in diesen Städten fortgeschritten ist, würde die Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten nahezu 80 Millionen betragen. Erweisenermaßen ist die Bevölkerungszunahme in den Städten größer, als in den Landdistrikten. So hat z. B. in New England Boston eine Zunahme von 26,07, Providence eine solche von 32,88 Proz. aufzuweisen; aber daraus folgt noch lange nicht, daß sich die Bevölkerung in den Landdistrikten durchschnittlich um 29 Proz. vermehrt hat. In den Central-Staaten, von Ohio westwärts nach Dakota, ist eine große Bevölkerungszunahme in den Landdistrikten zu konstatieren.

Die Bevölkerungszunahme während der Periode zwischen 1880 und 1890 war geradezu phänomenal. Die Einwanderung war in

diesen Jahren eine gewaltige, und ein ungeheurer Menschenstrom ergoß sich über die westlichen Staaten, welche in kurzer Zeit in industrieller Beziehung einen Aufschwung nahmen, der seinesgleichen sucht. In wenigen Jahren hatte Chicago seine Bevölkerung verdoppelt und die westlichen Städte wuchsen wie die Schwämme. Neue Staaten wurden in die Union aufgenommen und neue Territorien für Ansiedler eröffnet. Zwischen 1890 und 1900, also in einer Zeitperiode, wo der Nationalismus sich ganz besonders zu regen begann, ging die Einwanderung zurück, die Maßnahmen, um unerwünschte Gäste fernzuhalten, wurden verschärft und der Einwanderung der Chinesen wurde Einhalt geboten.

Die dreißig größten Städte sind:

Groß-New York inkl. New York und Brooklyn	3 437 262
Chicago	1 696 575
Philadelphia	1 293 697
St. Louis	575 238
Boston	560 892
Baltimore	568 957
Cleveland	381 788
Detroit	352 218
San Francisco	342 782
Cincinnati	325 902
Pittsburg	321 616
New Orleans	287 104
Detroit	285 704
Milwaukee	285 318
Washington	278 718
Newark	247 070
Jerich City	206 433
Louisville	204 731
Minneapolis	202 718
Providence	175 507
Indianapolis	169 164
Kansas City	163 752
St. Paul	163 632
Rochester	162 485
Denver	133 859
Toledo	131 822
Albany	129 306
Columbus	125 500
Omaha	102 555
Total	13 243 515

Nach dieser Liste haben die Vereinigten Staaten vier Städte (New York und Brooklyn getrennt) von über 1 000 000, drei von 500 000 bis 600 000, fünf von 300 000, zehn von 100 000 bis 200 000 Einwohnern. Der Osten steht an der Spitze mit 7 675 291 Einwohnern in New York, Brooklyn, Philadelphia, Boston, Baltimore, Buffalo, Pittsburg, Washington, Newark, Jerich City, Providence, Rochester und Albany. Chicago, St. Louis, Cleveland, Cincinnati, Milwaukee, Minneapolis, Indianapolis, Detroit, Kansas City, St. Paul und Toledo, im Westen, haben 4 563 703 Einwohner. San Francisco und Denver im äußersten Westen haben 478 641 und New Orleans und Louisville im Süden 491 935.

Der Kongress wird bei der Wiedereröffnung der Repräsentanten einen schweren Problem seine Aufmerksamkeit schenken müssen, Entweder muß er die Zahl der Repräsentanten oder das Verhältnis der Repräsentation vermehren. Gegenwärtig hat das Haus 357 Mitglieder. Wird die gegenwärtige Repräsentationsverteilung, nämlich ein Mitglied für 173 000 Konstituenten, beibehalten, wird sich die Mitgliederzahl des nächsten Hauses um 58 Mitglieder vermehren, so daß also die Zahl der Repräsentanten von 357 auf 415 steigen würde. Abgesehen von den großen Schwierigkeiten, mit welchen eine so große Körperschaft bei der Erledigung der Geschäfte zu kämpfen hätte, wäre es auch unter obwaltenden Verhältnissen fast ein Ding der Unmöglichkeit, die neuen Repräsentanten in der gegenwärtigen Kammer zu placieren.

Da jedes Mitglied des Repräsentantenhauses 5000 Dollar per Jahr Salair bezieht, würden durch die 58 neuen Mitglieder die Kosten jährlich um 290 000 Dollar vermehrt werden, von den übrigen damit verbundenen Ausgaben gar nicht zu reden. Andererseits müßte die Vermehrung des Verhältnisses der Repräsentanten auf 200 000, wonach die Mitgliederzahl etwa 366 betragen würde, die Repräsentation einzelner Staaten im Hause gefährden, ganz sicher aber würde sie die Grenzen mancher Kongreßdistrikte so verziehen, daß in vielen Fällen zwei Mitglieder des gegenwärtigen Hauses in denselben Distrikt geworfen werden müßten.

Eine andre Frage in Verbindung mit dieser Sache ist die Verminderung der Repräsentation jener südlichen Staaten, welche die Regier ihres Stimmrechts beraubt haben. Das Censusergebnis zeigt die Anzahl der stimmberechtigten Personen und eine Vergleichung mit dem Wahlergebnis giebt die Basis zu einer Schätzung der um ihre bürgerlichen Rechte betrogenen Wähler.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Diemitz bei Halle wurde bei der Gemeinderats- und Ortsratwahl ein Parteigenosse gewählt. Die Ortsratwahl war infolge eines Protestes untrer Parteigenossen angeordnet worden.

Totenliste der Partei. In Garburg verstarb nach längerem Leiden der Parteigenosse Mag. A. Kühnel. Der Verstorbene war ein stets eifrig thätiger Kämpfer. Auch in der Gewerkschaftsbewegung hat er stets seine Pflicht und wurde dafür vor mehreren Jahren zum Leiter des Gewerkschaftsklubs am Orte gewählt.

Die Genossen Eberfelds erlitten gleichfalls einen schmerzlichen Verlust durch den Tod des Textilarbeiters Peter Simon, den auch eine längere Krankheit aus seinem Wirkungskreise rief.

Der Prozeß Lütgenau gegen Genossen Eredendeb wird am 14. November vor der Strafkammer in Dortmund in zweiter Auflage verhandelt werden. Das Gericht hat bekanntlich beschloffen, den von Eredendeb angebotenen Wahrheitsbeweis zu erheben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder.

Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen. Dieses Thema beschäftigte gestern abend zwei stark besuchte Versammlungen der Buchbinder-Arbeiter und Arbeiterinnen.

In Stecherts Saal berichtete Bergmann namens der Lohnkommission, daß bereits etwa 600 Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Reihe von Werkstätten unter den neuen Bedingungen arbeiten und von den Ausgeperrten — mit wenigen Ausnahmen — niemand abtrünnig geworden ist. Die Lohnkommission legte folgende Resolution vor:

Durch das Stillschweigen der Fabrikanten unseren Forderungen gegenüber ist zu erkennen, daß die Herren nicht bewilligen wollen. — Die Vertrauensleute der einzelnen Werkstätten werden beauftragt, im Namen ihrer in der Werkstätte beschäftigten Kollegen und Kolleginnen am Dienstag früh eine blutende Erklärung ihres Unternehmers zu verlangen. — Um der Durchführung der Forderungen keine Schwierigkeiten zu bereiten, erklären sich die Anwesenden mit der Zurückziehung der Forderung: Freigabe des 1. Mai, sowie Reduzierung des Zuschlags von 10 Proz. auf 5 Proz. für diejenigen, welche schon den geforderten Minimallohn erhalten, einverstanden. — Erfolgt die Annahme der so reduzierten Forderungen nicht, so verpflichten sich die Anwesenden, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Forderungen anerkannt werden.

In der Diskussion trat Dempwolf für den sofortigen Generalstreik ein, er rief von jeder Verhandlung, namentlich von der Vermittlung des Tarifamts der Buchbinder ab. Die nachfolgenden Redner billigten dagegen die von der Lohnkommission empfohlene Taktik und aaben der sichern Erwartung Ausdruck, daß nach Lage

Der Sache ein guter Erfolg der Bewegung nicht ausbleiben könne. Gegen die Zurückziehung der in der Resolution genannten Forderung stimmte eine starke Mehrheit, die ganze Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

Auch die bei Kellner, Koppenstraße, stattfindende Versammlung war gedrängt voll. Whimonski führt in seinem Referat aus, daß, trotzdem der Kampf ein den Arbeitern aufgezwungen sei und die Polizei sich rechtliche Mittel gebe, die Bewegung zu stören, doch die so zahlreich besuchte Versammlung zeige, daß die Kollegen und Kolleginnen fest auf ihre Forderungen bestehen wollen. Große Erregung wird hervorgerufen, als der Redner bekannt gibt, daß der Verband der Buchbinder bereits eine Eingabe an das Kriegsministerium gerichtet hat, in der verlangt wird, daß Soldaten zu Streikbrechern dienstunfähig abkommandiert werden. Ferner hat derselbe Verband an das Polizeipräsidium das Ersuchen gerichtet, nicht mehr uniformierte Beamte, sondern nur noch Kriminalbeamte zur Verfolgung der Streikposten zu verwenden. Der Redner fordert dann, daß die Streiker an das öffentliche Verkehrsmittel, auch für die Buchbinder freigegeben werden und es nicht durch das Vorgehen der Polizei thatsächlich unmöglich gemacht wird, manche Orte zu passieren. Dann verliest der Referent den Paragrafen, der an die bürgerlichen Zeitungen vom Unternehmerverband verlangt worden ist und über den wir an anderer Stelle in der morgigen Nummer den „Vorwärts“ berichten. Nachdem der Redner die Firmen verlesen hat, die die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben — es sind deren 37 — wird die von der Lohnkommission vorgelegte Resolution angenommen mit Ausnahme des Passus bezw. der Ermäßigung auf 5 Proz. Der Antrag auf 10 Proz. wird mit großer Majorität ebenfalls angenommen. Ferner gelangt noch folgender Antrag zur Annahme: Jeder in Arbeit stehende Kollege verpflichtet sich, pro Woche 50 Pf., jede Kollegin 25 Pf. für die Ausgaben der Liste zu zeichnen.

Die Stut-Arbeiter hatten gestern eine zahlreich besuchte Versammlung, um den Bericht der Lohnkommission entgegenzunehmen. Beifällig erklarte diesen. Er teilte mit, daß die vereinigten Fabrikanten beschlossen hätten, eine wirkliche Arbeitszeit von neun Stunden zu bewilligen. Dagegen wollten sie für alle vorkommenden Ueberstunden nur einen Aufschlag von 25 Prozent und die Abendpause nur bei mindestens dreistündiger Mehrarbeit bezahlen. Feiertagsbezahlung werde für hinlänglich erklärt, weil angeblich Stundenlohn bezahlt werde. Der 1. Mai werde nicht anerkannt, es solle jedoch jedem freistehen, ihn zu feiern. Die Lohnkommission habe geantwortet, daß sie bestehen müsse auf die bedingungslose Bezahlung der Abendpause, sowie auf 33 1/2 Prozent Zuschlag für die ersten drei Ueberstunden und von 50 Prozent für Nacharbeit und Sonntagsarbeit. Bei dem obigen Vorschlag seien aber folgende Fabrikanten verblieben: Weber, Reichpietsch, W. Mod. Hörschbacher, Weissenborn, Kamp, Striße, Herms, Jachisch, Kachsch, Eichhorn, Wally, Tinius. — Beifällig hätten Knoll und Siegle, Flachsbaer u. Co., R. Linz, Schäfer, G. Unger. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, bei den angeführten 12 Firmen, die die minimalen Forderungen nicht bewilligt haben, von heute (Dienstag) früh ab die Arbeit ruhen zu lassen, bis die Fabrikanten den Forderungen nachkommen. Die Stut-Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter den neuen Bedingungen arbeiten, verpflichteten sich, keine Streikarbeit zu machen. Festgesetzt wurde, daß vermuthlich 100 Arbeiter und 3 Arbeiterinnen in den Streik treten werden. Bewilligt sind die Forderungen 13 männlichen, 3 weiblichen Arbeitern. — Mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung schloß die Versammlung.

In einem partiellen Streik traten am Montag die Möbel-Transportarbeiter, nachdem am Sonntag in einer Versammlung beschlossen wurde, überall da, wo die Forderungen nicht bewilligt werden, die Arbeit niederzulegen. Zum Ausstand kam es bei den Firmen Knauer, A. Schäfer und Schumacher-Friedenau. Bei allen übrigen Firmen wurden die Forderungen bewilligt, soweit die verlangten Löhne nicht schon vorher gezahlt wurden. Danach erhalten die Arbeiter nunmehr 25 M pro Woche, die Arbeiter außer der Saison pro Tag 4 M. in der Saison vom 20. September bis 10. Oktober 5 M. pro Tag bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Ueberstunden nach 8 Uhr abends werden mit 50 Pf. entschädigt. Sonntagsarbeit wird, wenn diese bis 10 Uhr dauert, mit dem halben Tagelohn, bis 12 Uhr und später mit dem ganzen Tagelohn entschädigt. In bürgerlichen Blättern wird behauptet, daß die Arbeiter das Selbstbestimmungsrecht über die Tringelger verlangen. Dies entspricht nur insofern der Wahrheit, als die Arbeiter verlangen, daß ihnen die Tringelger, welche häufig von ihren Arbeitgebern den Stunden mit auf die Rechnung gesetzt, auch voll ausbezahlt werden. Thatsächlich ist es bisher sehr häufig passiert, daß die Herren Unternehmer die für ihre Arbeiter von den Stunden vereinnahmten Tringelger in ihren eigenen Taschen verschwinden ließen. Die Firmen Schäfer und Schumacher haben im Laufe des gestrigen Tags die Forderungen bewilligt, dagegen dauert bei Knauer der Streik unverändert fort.

Die Schafmacher des Verbands Berliner Metallindustrieller haben durch Circular angeordnet, daß die Formner, Maschinenformner, Kernmacher und Sieberei-Arbeiter, welche bei der Firma Krüger u. Höfen in Hannover gearbeitet haben, bis auf weiteres nicht beschäftigt werden dürfen.

Die Metzger beschlossen in ihrer Versammlung am Freitag, auf die Vereinbarungen der Lohnkommission mit den Meistern einzugehen.

Lapezterer! Die Differenzen bei der Firma Wegeleben, Grüner Weg, sind durch Verhandlungen mit der Verbandsleitung beigelegt.

Wir machen hiermit gleich die Kollegen auf die heutigen Mitgliederversammlungen aufmerksam, in welchen über den augenblicklichen Stand der Lohnbewegung berichtet und diskutiert werden soll. In der Filiale Nord findet außerdem ein Vortrag von Frau Dr. Wehl statt über „Proletariatskinder“. Die Verbandsleitung.

Die Arbeiter des Victoria-Speichers haben durch ihre Organisation, dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, ohne Streik eine Lohnerhöhung erzielt. Die Arbeiter verlangten statt ihres bisherigen Stundenlohns von 35 Pf. einen solchen von 40 Pf. und für Ueberstunden statt 40 Pf. 50 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. In einem Schreiben erklärte die Direktion des Victoria-Speichers, außer Stande zu sein, diese Forderungen bewilligen zu können. Daraufhin begab sich ein Vertreter des Verbands persönlich zur Direktion, um, wenn möglich, eine Einigung herbeizuführen. Die Direktion erklärte sich nunmehr in sehr entgegenkommender Weise zu Unterhandlungen bereit und konnte der Beauftragte der Organisation Einsicht in die Bilanz der Gesellschaft nehmen. Aus dieser war zu ersehen, daß die Gesellschaft im Vorjahr ein Verlustsaldo von 42 678 M. aufzuweisen hat. Die Verhandlungen führten dennoch zu einem verhältnismäßig guten Resultat und wurde ein Lohn von 37 1/2 Pf. pro Stunde und für Ueberstunden 47 Pf. bewilligt bei zehnstündiger Arbeitszeit. In Betracht kommen dabei etwa 120 Arbeiter, die mit wenigen Ausnahmen der Organisation angehören.

Den Speicherarbeitern des Berliner Speditionvereins am Ostbahnhof ist auf Intervention der Organisation ebenfalls ein Stundenlohn von 37 1/2 Pf. bewilligt worden.

Deutsches Reich.

Zu einem recht sonderbaren Urteil ist das Hamburger Landgericht gekommen. Die Hamburger Bäcker hatten über ein Geschäft die Sperre verhängt, weil der Meister in einem Punkt die den Gesellen beim Streik zugestandenen Bedingungen zurückzog. Die Bäckervereinigung ließ nun jede Woche vor dem Geschäft des Bäckermessers Circulare verteilen, die das Publikum darauf aufmerksam machten, daß über das Geschäft die Sperre verhängt ist. Hiergegen lagte der Bäckermesser und forderte auf Grund § 324 des bürgerlichen Gesetzbuchs die Einstellung einer unerlaubten Handlung. Die

Strassammer gab dem Antrage statt und drohte im Wiederholungsfall eine Strafe von 100 M. an. — Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Maurerstreik in Duisburg. Da die bisher angewandten Mittel wenig erfolgreich waren, wird jetzt versucht, durch Verbreitung der Nachricht, der Streik sei zu Gunsten der Arbeiter beendet, Maurer nach hier zu locken. Demgegenüber sei bemerkt, daß der Kampf unverändert fortbauert. Die Unternehmer hoffen immer noch, mit ihrem „Herr-im-Hause-Standpunkt“ Sieger zu bleiben. Obwohl zwei Gewalten gegen das Interesse der Arbeiter zusammenwirken, werden die Streikenden doch siegen, wenn der Zugang wie bisher ferngehalten wird. Die Polizei scheint es für ihre Pflicht zu halten, dahin zu wirken, daß den Unternehmern aus der Streikbrecherliste nichts hindernd in den Weg tritt, dabei läßt man aber unberücksichtigt, wenn durch die getroffenen Maßnahmen die Interessen der Arbeiter ganz empfindlich geschädigt werden. So hielten dieser Tage ein Bachmeister und mehrere Polizeiführer, sowie eine Menge Agenten der Unternehmer am Bahnhof Wacht. Eine Firma erwartete eine Ladung Holländer. Als diese anlangen, wurden sie sofort von den Unternehmern in Empfang genommen, den Streikenden dagegen wurde verboten, auch nur mit den Leuten zu reden. Einige Maurer, die das Verbot übertraten, kamen in Haft.

Der Münchener Tischlerstreik beendet! Nach fast 16 wöchentlichen Kämpfen mähren am Sonntagvormittag die Tischler Münchens die Waffen vor der brutalen Uebermacht des Kapitals strecken. In einem außerordentlichen Generalappell wurde nach Klarlegung der Situation durch den Obmann der Lohnkommission, Reich, und dem Vorsitzenden des Hauptvorstands Alois-Stuttgart nach eingehender lebhafter Debatte mit etwa 1200 gegen 16 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Der außerordentliche Generalappell erkennt es nach Anhörung der Situation durch den Centralvorstand Kollegen Alois und der Lohnkommission für vollständig ausfindlos, den Streik unter den gegebenen Verhältnissen fortzuführen und beschließt deshalb, den Kampf vorläufig als aufgehoben zu erklären. Die Anwesenden geloben, fest und treu zur Organisation zu halten, dieselbe derart auszubauen, um jene Macht zu erreichen, die notwendig ist, um fortgesetzt Verbesserungen in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen herbeizuführen zu können.“

Die Unternehmer haben den Angriff auf die 10stündige Arbeitszeit abgelehnt, sie können sich ihres Sieges rühmen. Ob sie aber mit großer Befriedigung auf die Kämpfe zurückblicken, ist eine andere Frage. Sicher hat auch ihnen der Streik schwere Nachteile gebracht, so daß mancher in späterer Zeit daran erinnert werden dürfte.

Ausland.

Aus der Schweiz. Die Polizisten in Basel, von deren Lohnbewegung bereits im verfloffenen Frühjahr berichtet worden, haben sich nunmehr mit ihrer Eingabe, die sie damals dem Vorsteher des Polizeidepartements eingereicht hatten, der die Sache offenbar dilatorisch behandelte, an den Großen Rat (Landtag) gewandt. Sie verlangen, daß das Besoldungsmaximum schon nach 10 und nicht erst nach 15 Dienstjahren erreicht werde, Entschädigung des Nachdienstes mit 4 Fr. statt mit nur 1 Fr., Entschädigung der Postenwache mit 250 Fr., Abschaffung des Pleidienstes (Vereinschaft) für die verheiratete Mannschaft bezw. Extrabehaltung desselben, Entschädigung der Theaterwache mit 2 Fr. und der Kirchenwache mit 4 Fr., 52 Ruhetage im Jahr und jährlichen Urlaub von sieben Tagen, Abschaffung der Arreststrafe für Polizei-Angestellte oder dessen Beschränkung auf nur wichtige Fälle und endlich Gestattung des Wirtschaftsbefehls während des Nachdienstes. Das sind durchaus berechtigte und billige Wünsche. Die Socialdemokraten treten dafür ein. — Die Vereinigten Schweizerkassen (Eid in St. Gallen) haben den Werkstättenarbeitern eine kleine Lohnenerhöhung und Minimallohn gewährt, ferner die Einsetzung eines Arbeiterausschusses zugestanden. — In Rolle (Kanton Basel) sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. — Die ca. 1200 Arbeiter beschäftigende Maschinenfabrik von Saurer in Arbon am Bodensee hat davon gegen 700 wegen Mangel an Arbeit entlassen.

Sociales.

Zur Würdigung der Vertriebszahlungsergebnisse in der Landwirtschaft. In den Contrahenten Jahrbüchern (Juli 1900) wird nach amtlichen Quellen eine kleine Untersuchung über die Grundbesitzverhältnisse im Kreise Weisenheim (Regierungsbezirk Coblenz) veröffentlicht, die einige interessante Zahlen über die Zerstückelung des Grund und Bodens, sowie Angaben über ihre Ursachen anführt.

Der Kreis ist 178 Quadratkilometer groß und hat in 25 Gemeinden 13 631 Einwohner (1899). Die Landwirte sind meist kleine und mittlere Bauern. Grundbesitz von mehr als 10 Hektaren bezeichnet der Verfasser (Referendar C. Schlotter) schon als ungewöhnlich. Industrie ist im ganzen Kreise nicht vorhanden.

Es wird nun nachgewiesen, daß der ohnehin seit je arg zerstückelte Boden von Jahr zu Jahr noch mehr verteilt wird. Auf der Fläche von genau 17 632, 7738 h. bestanden im Jahre 1872: 110 000 Parzellen, die sich in fortgesetzter Steigerung im Jahre 1899/1900 auf 130 801 Parzellen vermehrt hatten. Der fiskalische (Wald) Besitz sowie das Gemeindefund sind darin mit enthalten. Aus einer anderen Tabelle ergibt sich, daß die steigende Zerstückelung fast ausschließlich die ertragfähigen Parzellen in Privatbesitz trifft. Im Etatsjahr 1899/1900 betrug die Zahl der im Privatbesitz befindlichen ertragfähigen Parzellen 119 865 und ihre durchschnittliche Größe 10 Ar 71 Quadratmeter.

Als Ursache dieser fortgesetzten Bodenzersplitterung bezeichnet der in dem betreffenden Kreise amtlich thätige Verfasser hauptsächlich den in der ganzen Gegend üblichen Erbteilungsmodus, wonach das elterliche Gut stets zu gleichen Teilen an die Kinder verteilt wird. Gelbabschreibung wird nur selten angenommen, würde auch meist sehr schwierig sein, da der Realcredit sehr mangelhaft ausgebildet ist.

Eine Feststatistik ist allerdings nur für ein Jahr gegeben; danach waren im Jahre 1899/1900 (nach nicht ganz sicheren Angaben) 3886 Grundbesitzer vorhanden, auf deren jeden durchschnittlich 35,5 Parzellen (einschließlich der Hofräume und ertraglosen Parzellen) entfielen. Man kann danach die Vermehrung der Betriebe nicht zahlenmäßig erfassen, doch ist es nach den Angaben zweifellos, daß sie in ähnlicher Weise vor sich gegangen ist, wie die Vermehrung der Parzellen.

Ueber die Lage dieser Bauern gewinnt man ein ungefähres Urteil aus der Thatsache, daß massenhaft Forderungen aus dem Gebiete des Personalcredits zwecks Sicherung hypothekarisch eingetragen werden, die so klein sind, daß die Kosten der Eintragung die Hauptsomme oft übersteigen. Der Verfasser kommt denn auch nach einer Untersuchung über die Verschuldungsverhältnisse zu dem Schluß, daß eine gezielte Fortentwicklung der Landwirtschaft im Kreise nur von einer Aenderung des bestehenden Zustands zu erwarten sei.

Wir sehen also hier auf einem zusammenhängenden Gebiet nicht nur Erhaltung, sondern Vermehrung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, die, wenn sie auch in noch andern Gebieten in ähnlicher Weise konstatirt werden kann, die Gesamtergebnisse der Betriebszahlungen sehr merklich beeinflussen kann und bei der doch die Leistungsfähigkeit und Rentabilität dieser oder jener Betriebsweise gar keine Rolle spielt.

Internationale Konferenz der Gewerbegerichts-Versicherer. Von mehreren Organisationen von Arbeiterbesitzern gewerblicher Schiedsgerichte in Paris ist auf an sie gelangte Wünsche ein Komitee ernannt worden, daß die Arbeiterbesitzer der Gewerbe-Schiedsgerichte verschiedener Länder zu einer Konferenz einladen soll. Das Komitee läßt diese Einladung jetzt für den 28. und 29. September ergehen. Die Delegierten sollen die Geschäfte der Gewerbe-Schiedsgerichte ihres Landes und eine Kritik geben und dann Reformvorschläge machen. Einen nennenswerten praktischen Erfolg versprechen sich die Veranstalter bei der außerordentlichen Verschiedenheit der Rechtsverhältnisse selbst nicht von der Zusammenkunft, jedoch hoffen sie auf einen bildenden Einfluß auf die Arbeiter.

Die Konferenz soll im großen Saal der Arbeitshilfe stattfinden. Anmeldeung nimmt der Bürger Dainis, Bourse du Travail, 3 rue de Chateaux-d'Eau, Paris, entgegen.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit macht sich auch in Düsseldorf immer mehr bemerkbar, weil es in den dortigen Fabriken immer flauer wird. Auf dem Großenberger Balkenwerk werden z. B. von den Arbeitern nur drei Schichten pro Woche gemacht. Viele Arbeiter haben es natürlich vorgezogen, ihre Entlassung zu nehmen; so sind seit drei Tagen aus besagtem Werk rund 60 Arbeiter abgegangen. Da jedoch in andern Werken ähnliche Pläne herrschen, dürften viele der Leute vielleicht noch längere umherirren, ehe sie wieder lohnende Beschäftigung finden.

Parteitag.

Mainz, 17. September.

Nachmittags-Sitzung.

Den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit beschränkt Singer unter Hinweis auf den gedruckten Bericht auf eine Besprechung der eingelaufenen Anträge. Er empfiehlt Antrag 52 „als besonders notwendig in der gegenwärtigen Zeit.“ Wir nehmen es als unser Recht in Anspruch, die Antwort niemals schuldig zu bleiben. Die Schlingen des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen müssen fallen. Dagegen erklärt sich Singer gegen die Anträge 53 und 54. Ein Antrag Hinsche verlangt, daß die Namen der bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage fehlenden socialdemokratischen Abgeordneten bekannt gegeben und die Vertreffenden im Wiederholungsfalle zur Niederlegung ihrer Mandate veranlaßt würden. Der Referent bekämpft diesen Antrag. „Es bedarf nicht der Peitsche, um unsere Abgeordneten zur Pflückerfüllung anzuhalten.“ Dagegen empfiehlt er einen Antrag der Genossin Rosa Luxemburg, der die Fraktion beauftragt, die gegen den Gebrauch der polnischen Sprache in den Schulen von Posen gerichteten Maßnahmen der preussischen Regierung im Reichstag zur Sprache zu bringen und überhaupt die Behandlung der Polen als Bürger zweiter Klasse mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

In der Debatte bringen Hoffmann, Hamburg und Schmalfeld, Bremerhaven die Wünsche der Seeleute über die Gestaltung der Seemanns-Ordnung zum Ausdruck. Die weitere Diskussion bewegte sich um die Polenfrage und um Auseinandersetzungen einer Reihe Hamburg-Altonaer Genossen untereinander. Rosa Luxemburg hatte in der Begründung ihres Antrags gemeint: wir müssen den polnischen Arbeiter lehren, seine nationalen Utopien aufzugeben. Diese Bemerkung führte zu einem Zusammenstoß zwischen ihr und Haase-Berlin, der die polnisch-socialistische Partei vertrat und alte Konflikte zwischen dieser und Frau Luxemburg erörterte. In die Diskussion wurde auch der „Vorwärts“ hineingezogen, dessen Redaktion Redacteur Eisner gegen die Angriffe Haases verteidigt. Der „Vorwärts“ habe, ohne sich mit dem Standpunkt der Genossin Luxemburg zu identifizieren, keine Lust zu einer langen Polemikdebatte gehabt. Während Genosse Haase vom Genossen Merkwowski unterstützt wurde, betonte Bruns, Breslau, daß Genossin Luxemburg und Genosse Dr. Winter für die Bewegung in Posen und Oberschlesien viel im Gegensaß zu ihren Angriffern geleistet hätten.

Die Hamburg-Altonaer Auseinandersetzungen wurden durch Stube-Hamburg eingeleitet, der sich darüber beschwerte, daß bei der Zuchthausvorlage 23 unserer Abgeordneten gefehlt hätten. Mollenhauer erwidert, daß die plötzliche Erledigung der Zuchthausvorlage noch 10 Minuten vorher nicht zu erwarten gewesen sei. Könen-Hamburg ist durch diese Erklärung nicht befriedigt. Seine Reuerungen: aus Kollegialität dürfe das Fehlen der Fraktionsgenossen nicht beschönigt werden, und „Eim habe sich aus bösem Gewissen ein Vertrauensvotum in seinem Wahlkreise ausstellen lassen“, rufen v. Eim und Prohme in die Schranken. Schließlich werden die Anträge 52 und der Genossin Luxemburg angenommen, die übrigen abgelehnt. Nach 6 Uhr wird noch der fünfte Punkt: Organisation der Partei, in Angriff genommen. Euer geteilt als Referent den Entwurf der Fraktion und polemisiert gegen die in der Presse und Versammlungen erhobenen Einwände. Er bespricht heute nur die Punkte 1 bis 3 des Entwurfs. Wenn er morgen sein Referat beendet, soll nur Generaldiskussion stattfinden, nach deren Verlauf eventuell Kommissionsberatung stattfinden soll. Schluß 7 1/4 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

China. (Abelmeldung der Paris Nouvelles.) Ein hoher Beamter erklärte in einem Interview, daß die Intrigen der einzelnen Mächte, welche in China ihre eigenen Zwecke selbständig verfolgen, viel dazu beitragen, das Prestige Europas in China zu beeinträchtigen. „Ich glaube“, sagte dieser Beamte dann weiter, „daß bald jeder Gesandte in Peking auf eigene Faust Unterhandlungen einleiten will. Wenn aber der Moment gekommen sein wird, Frieden zu schließen, so werden die Chinesen ihrerseits die Eintracht der Mächte verlangen.“

Rom, 17. September. (V. S.) Massagena veröffentlicht ein Telegramm aus Tolu, in welchem es heißt, daß die italienische Kolonne, die nach Rastattung unterwegs ist, noch nicht auf Voger gestiegen ist. Fünf mit Proviant und Munition beladene Boote sind auf dem Wege gesunken; ihre Ladungen sind verloren.

Kopenhagen, 17. September. Die Große Nordische Telegraphengesellschaft und die englische Eastern extension telegraph company haben heute die Auslegung des Kabels zwischen Shanghai und Tschifu beendet, wodurch Tschifu, Tatu, Port Arthur und Weihaiwei mit der Centralstation der Großen Nordischen Telegraphengesellschaft in Shanghai in direkte Kabelverbindung gesetzt ist, unabhängig von den chinesischen Landlinien.

Wien, 17. September. (V. S.) Morgen beginnt die Klubkonferenz der Huten, in welcher über die Vorbereitungen zur Wahlbewegung beschlossen werden soll.

Triest, 17. September. (V. S.) Das große Dampfwerk-Etablissement „Economi“ ist in der vergangenen Nacht niedergebrannt. Der Schaden beträgt über 1 Million Gulden.

London, 17. September. (W. T. W.) In einem heute in Valmorat abgehaltenen Kabinettsrat unterzeichnete die Königin eine Bekanntmachung, durch welche das gegenwärtige Parlament mit dem 25. d. Mts. aufgelöst wird. An demselben Tage wird ein Reskript veröffentlicht werden, nach welchem das neue Parlament am 1. November zusammenzutreten soll.

London, 17. September. (W. T. W.) Der Offizier, welcher die von Tatu ausgehenden Transportwege überwacht, berichtet über einen schweren Unfall, der sich in Tungtschau ereignete, als eine Abteilung Arbeitssoldaten dort Pulvernorräte vernichtete. Zwei Eingeborne wurden getötet, ein weißer Offizier und 11 weiße, sowie 24 eingeborne Soldaten verwundet.

Belgrad, 17. September. (V. S.) Ein Mitglied des gewesenen Ministeriums Georgiewitsch erklärte, demnach Beweise veröffentlicht zu wollen, daß das Attentat auf Milan von einem russischen Geheimagenten für den Orient, der seinen ständigen Wohnsitz in Bukarest hat, angezettelt worden ist.

Monastir, 17. September. (V. S.) Wegen gewalttätiger Geldkontributionen für das mazedonische Komitee wurden zahlreiche Bulgaren verhaftet.

New York, 17. September. (W. T. W.) Nach einer Depesche aus Scranton feiern im Kohlenbistum I nicht weniger als 70 000 Grubenarbeiter.

Socialdemokratischer Parteitag in Mainz.

Mainz, den 16. September 1900.

Die Begrüßungsfeier.

Die Arbeiten des Parteitags wurden heute am Spätnachmittage durch eine Begrüßungsfeier eingeleitet. Die glänzende Verlesung der gewaltigen Stadthalle, die sechshundert Personen Raum bietet, war noch zu klein für die Menge der Erscheinenden. Dicht gedrängt saßen die Mainzer Arbeiter mit ihren Frauen und Töchtern in dem ungeheuren Bieder des Saals. Dicht gedrängt standen sie auf den tiefen Galerien, die den Saal an drei Seiten umgeben. Die städtische Halle, deren Erbauer, der Stadtbaurat Kreißig, ein Jugendfreund unseers Lieblnecht war, hatte socialistischen Schmuck angelegt. In der Mitte des Saals hing ein mächtiges rothes Banner von der Decke herab, das die Aufschrift trug: „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!“ Sonst war das Rot in den Relativen und Kaminen, die den schönen Raum schmückten, nur diskret verwendet. An die Entwicklungsgeschichte der Partei seit der Vereinigung vor 25 Jahren erinnerten Schilder mit den Namen aller Kongressorte seit 1875. Den reichsten Schmuck trug die weit in den Saal vortragende Tribüne. Hier standen die Büsten von Marx, Lassalle und Engels in einem Vorberbaine, während darüber unter rotem Baldachin ein großes Bild Lieblnechts herabschaute, das ein Mainzer Arbeiter gemalt hat.

Der Gramsche Socialistenmarsch leitete die Feier ein. Dann folgte ein von Baptist Weiß gesprochenes Prolog, der reichen Beifall fand. Der martige Schlussvers lautet:

„Vorwärts! Genossen, so zieht bei uns ein,
Lacht herzlich willkommen Euch heißen!
Befugnet soll Euer Wirken hier sein,
Dem Volke die Richtung zu weisen.
Es blüht im Gewölbe schon unfaun es sich nicht,
Ein Völkerrückgang will sprossen,
Der Arbeiter steite den Erdball umflucht —
Willkommen, willkommen Genossen!“

Nach ein Musikstück, dann beirat, von reichem Beifall begrüßt. Dr. David, der Vertreter von Mainz im hessischen Landtag, die Tribüne.

Dr. David:

Werte Festversammlung! Genossen und Genossinnen! Willkommen in Mainz! Diesen Gruß soll ich Ihnen im Namen der Mainzer Parteigenossen entgegenrufen; er kommt von Herzen, möge er auch zu Herzen gehen! Unser goldenes Mainz sieht ja viele Gäste in seinen Mauern; immer mehr hat sich die traditionelle Gastlichkeit, das genüßfrohe Entgegenkommen der Bevölkerung bewahrt. Aber Sie, werte Parteigenossen, die Sie als Beauftragte der Socialdemokratie hierherkommen zu gemeinsamer Arbeit, Sie dürfen sich nicht fürchten, daß Sie ganz besonders gern gesehene Gäste in Mainz sind. (Beifall.) Die große Mehrheit der Bevölkerung, sie fühlt sich innerlich mit Ihnen verbunden durch das Band gemeinsamen Denkens und Strebens. Sie sind hier nicht Fremde, Sie sind Freunde. Diese Empfindung sollen Sie haben, wo Sie sich in den Stunden, die Ihnen die Arbeit frei läßt, in Mainz bewegen, und dies Gefühl freundschaftlicher Zusammengehörigkeit, das nur zwischen den Menschen bestehen kann, deren inneres Leben den gleichen Idealen zugewandt ist, diese geistige Vertrauenshaft als Menschen und Kämpfer, sie soll auch in diesen Stunden weicherer Festlichkeit Ihr Herz erfüllen.

Schon einmal hat Mainz einen socialdemokratischen Kongress in seinen Mauern gesehen. Es war vor 25 Jahren, als die Vertreter der Eisenacher Richtung hier tagten, einige hundert Schritte von hier, im „Heiligengeist“, einer ehemaligen Kirche, die dann aber — nicht durch die böse Socialdemokratie, sondern durch andre — in einen Bierpalast verwandelt wurde. (Heiterkeit.) Dort kamen sie zusammen und berieten. Aber welche ein Unterschied in der Aufnahme seitens der Bevölkerung damals und heute! Ihre Verhandlungen wurden hinter verschlossenen Thüren geführt, noch war die Socialdemokratie eine kleine Sekte und die große Mehrheit der Bevölkerung wußte überhaupt nichts von ihr. Von denen aber, die darum wußten, gingen auch die meisten gleichgültig oder mißgütig ipötelnd an ihr vorüber. Wie ganz anders heute! Ganz Mainz neigt heute auf, alle wissen, was in diesen Tagen hier vor sich geht. Die Mainzer Parteigenossen sind stolz darauf, Sie in diesen prächtigen Räumen zu begrüßen, sie sind stolz darauf, diesen städtischen Saal Ihnen zu Ihren Arbeiten zur Verfügung stellen zu können und niemand in Mainz kann ernstlich daran denken, der Socialdemokratie diesen Saal zu verweigern. Das mag Ihnen ein Beweis sein der Macht und der Anerkennung, die die socialdemokratische Partei auch hier in Mainz gefunden hat. Und diese gewaltige Festversammlung, die zusammengeströmt ist, um die Delegierten der Socialdemokratie zu begrüßen, sie mag Zeugnis davon ablegen, daß die socialdemokratischen Ideen auch in der Bischofsstadt, auch in dem schwarzen Mainz ihre volkreichernde Kraft bewährt haben. (Lobhafter Beifall.)

Mit Freude und mit Begeisterung muß uns diese mächtige Kundgebung erfüllen, und doch fällt in dieselbe ein Tropfen Bismut: Einer, der sonst immer dabei war, ist heute nicht mehr dabei. Wilhelm Lieblnecht, dessen berebter Mund so oft auch gerade von dieser Stelle aus die Herzen des Volks bewegte, er ist nicht mehr. Wie können wir diese Stunde mit einander feiern, ohne seiner zu gedenken. Was er für die Partei gethan, was er für die Menschheit gethan, das brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Das wissen Sie alle. Lieblnechts Name gehört der Ewigkeit an. Er war ein Hesse, und wie sein Geist das Große und Größte umspannte, so lebte doch sein Herz in seiner Heimat. Es verging kein Jahr, wo er nicht Tage und Wochen in den Stätten verweilte, wo er als Knabe gespielt und als Jüngling geschwänzt hatte. In Gießen, in Offenbach, in Mainz, überall verbanden ihn Jugend-erinnerungen, freundschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen. Und wie hatte er sich gerade auf den Parteitag gefreut!

Unser Alter ist tot. Und doch, unser Alter lebt! Sein Geist lebt unter uns und es lebt sein Werk. Sie werden dieses Werk näher im Bilde dargestellt sehen, das er selbst entworfen, sein Vermächtnis, das Werk der Einigung unseer großen Bewegung. Werden wir uns in dieser Stunde dessen bewußt, was Lieblnecht die Kraft gab, sein ganzes Leben diesem Werke zu widmen: das Edelste und Größte an Lieblnecht, das was sein soziales Pflichtgefühl, tief verankert in der Liebe zum Volke, zur leidenden Menschheit, aus dieser Kraftvolle wird das Große in der Menschheit geboren. Möge sie sich auch in den Arbeiten des Mainzer Parteitags bewähren, möge das Gefühl socialer Pflicht, das unsemr Allen den Lebensweg vorzeichnete, angesichts seines Bilds in jedem Einzelnen von uns erhöhtes Leben gewinnen; in diesem Geiste auch mögen nach Schluß unseer Arbeiten die Beauftragten nach Paris gehen und gemeinsam mit den Genossen der andern Länder die große Sache der Menschheit beraten. Stimmen Sie mit mir ein in ein Hoch auf unseer gemeinsame große Sache! Die volkreichernde, die völkervereinende Socialdemokratie, sie lebe hoch!

Begeistert erhoben sich die Tausende und ein dreifaches Hoch klang dröhnend durch den Saal.

Nun sammelten sich dreihundert Sänger auf der Tribüne. Aus Darmstadt, Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mainz waren die Arbeiter-Sängervereine vereint worden, um unter der persönlichen Leitung des Komponisten W. Weichner zunächst das Heutische Liedenzug vorzutragen. Der Männerchor in Marscher Hymnen-weise fand lebhaften Beifall.

Als Redner war August Bebel angezeigt. Eine Augenentzündung machte es ihm unmöglich, zur Stelle zu sein. So trat statt seiner

Muer

an das Rednerpult und wandte sich mit folgenden Worten an die Versammelten. Verehrte Festgenossen! Als selbstverständlich erschien es, daß der Dank auf die Begrüßung unseer alter, waderer, braver, allzeit bewährter, der im Hessenland geborene Lieblnecht halten werde. Und ebenso selbstverständlich war der nächste, der an Lieblnechts Stelle treten mußte, der Genosse Bebel. Ihn hält eine Erkrankung heute von uns fern, wir haben aber die Zusage, daß er im Lauf der Verhandlungen in unseer Mitte erscheinen wird.

Auch vor 25 Jahren, als die Fraktion der Eisenacher hier in Mainz tagte, mußten diese beiden Männer fehlen, ohne deren Führung wir uns in den letzten Jahren eine deutsche socialdemokratische Arbeiterbewegung und große Aktion kaum denken konnten: aus Grund eines Hochverratsprozesses hatte die Staatsgewalt sie hinter Schloß und Riegel gebracht. Es ging auch ohne sie, bedauert wurde aber ihre Abwesenheit damals ebenso wie heute. Aber der Vergleich zwischen damals und heute ist interessant, lehrreich und für uns alle erhebend. Damals auf dem Parteitage der Eisenacher 51 Delegierte mit 74 Mandaten und ein finanzielles Jahresergebnis von 1029 Thalern an Parteibeiträgen und 1066 Thalern 27 Silbergroßen an sonstigen Fonds, alles zusammen 6257 Mark 70 Pfennige und auf der Generalversammlung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der damaligen zweiten Arbeiterpartei, die vom 22. bis 25. Mai 1879 in Berlin tagte, stellte der Vorkingende Hasenclever die Anwesenheit von 52 Delegierten fest, die 145 Mitgliedschaften vertraten, und 600 Thaler, so louchatiere er bedauernd, waren nur übrig geblieben in einem ganzen Jahre für die Agitation. So waren die Verhältnisse auch sonst: 1871 bei der ersten allgemeinen Wahl zum deutschen Reichstag ein einziger Gewählter für beide Parteien mit 109 927 Wählern; wenige Jahre später — wir wollen uns — diese Ziffern ins Gedächtnis rufen, um aus der Vergangenheit Mut, Kraft und Ausdauer für die Zukunft zu schöpfen — wenige Jahre später, im Jahre 1874, und aus den 100 000 socialdemokratischen Stimmen waren 351 000, aus dem einen Abgeordneten waren ihrer 9 geworden.

Aber der Wahlkampf von 1874 machte auch dem Mischlingstischen unter uns klar, daß der bis dahin tobende Kampf zwischen den beiden Richtungen nicht mehr weiter geführt werden dürfe. Der Gedanke, daß die Vereinigung unseer Macht und Stärke nicht nur verdoppeln, sondern verzehnfachen würde, nahm Fleisch und Blut an unter den Arbeitern, und es kam zu dem Vereinigungs-Kongress, der vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha tagte. Seitdem sind 25 Jahre verfloßen, 25 Jahre des Kampfs, der Verfolgung, aber auch gewaltigen Fortschritts. In Gotha saßen sich 127 Vertreter beider Richtungen zusammen, die 25 651 organisierte Arbeiter repräsentierten. Der Kongress wählte sich als Präsidium zwei Männer mit Namen von gutem Klang, die leider heute auch nicht mehr in unseer Mitte sind, August Seib und Wilhelm Hasenclever. Von den damaligen Schriftführern sind heute nur noch zwei, Regel und Koenigsmayer, für unseer Sache in Deutschland thätig, die übrigen sind gestorben oder ausgewandert. Vor allem hat sich der Genosse C. W. Tölke, der alte Lassalleaner, um die Einigung verdient gemacht. Um seinen Namen hat sich die Legende gebildet, als sei er der Repräsentant des brutalen, rücksichtslosen Anotentums. Nicht falscher als das. Tölke war ein überzeugter, treuer, stürmerprobter Lassalleaner, und wie jeder, der mit voller Hingabe an einer Sache hängt, sich manchmal in der Wahl der Mittel zur Verteidigung seiner Grundfälle vergraben kann, so mag aus seinem Munde hier und da ein Wort gefallen sein, das er bei ruhiger Ueberlegung nicht gebraucht hätte, aber der rohe, impetive, mit dem Anknäuel arbeitende Mann ist er nie gewesen. Tölke war es, der den ersten offiziellen Schritt zur Anbahnung der Einigung that. Und als nun die Verhandlungen fortgeschritten, da kam es wie es nicht anders kommen konnte: es wurden sachliche, es wurden persönliche Bedenken laut. Keine geringeren als unseer beiden Altmeister in London, Marx und Engels, waren es, die in dem Anbahnung der Einigung einen Comp der preussischen Polizeigewalt erblickten. Da sprach Lieblnecht das entscheidende Wort gegenüber den Einwürfen aus London. Wilhelm Lieblnecht, der schärfste Kämpfer in den Jahren des Kampfs zwischen den beiden Fraktionen, der überzeugteste Anhänger von der Notwendigkeit der Vereinigung, that den Auspruch: In allen principellen Fragen fügen wir uns bedingungslos der Einsicht und dem Rat unseer wissenschaftlichen Führer, Marx und Engels, aber in allen taktischen Fragen entscheiden wir, die wir in Deutschland leben und wirken und die Verhältnisse kennen. Dies Wort ging wie ein zündender Funke durch die Partei, und Marx und Engels gaben von dem Moment ab ihren Widerspruch auf.

Und wie war die Wirkung der Einigung? Auf dem letzten Kongress vor dem Socialistengesetz, in Gotha, 1877 waren 65 Delegierte aus 251 Orten vereinigt, die Einnahme der Partei war auf 54 217 M. gestiegen, und die Wahlen am 10. Januar 1877 liefen die Partei aufmarschieren mit der ersten halben Million. 403 000 Stimmen wurden für uns abgegeben und 12 Abgeordnete gingen als Sieger hervor. Da kam das Jahr 1878 und mit ihm die beiden Attentate, des halben Drieten Hölde, der sicher nicht davon gedacht hat, irgend jemand töten zu wollen, und des nach herostratischem Ruhm strebenden Kobiling. Die Folge war das Socialistengesetz und mit ihm eine furchtbare Verheerung der Partei. Unseer Organisationen wurden zerstört, die Gewerkschaften als angehängel unseer Partei aufgelöst, Arbeiter-Krankenkassen vernichtet, Konsumvereine aufgelöst, unseer Presse verboten, unseer Broschüren vom Licht der Öffentlichkeit wegbekehrt. Wir standen mit einem Male einer Brutalität, einer Rücksichtslosigkeit, einer absoluten Rechtslosigkeit gegenüber, es trat eine gewisse Devotion ein, und manch einer unseer früheren Führer, mancher unseer Genossen hat die Erwartungen, die auf ihn gesetzt wurden, nicht gerechtfertigt. Aber wir dürfen diesen Genossen keinen Vorwurf machen. Als jede unseer Handlungen unter Polizei-Aufsicht stand, als jeder bekante Parteigenosse von morgens bis abends seinen Spittel auf der Fesse hatte, da hörte es naturgemäß für eine ganze Reihe von ihnen auf, im Dienste der Partei noch mit Nutzen thätig sein zu können. Die Polizei konnte alle, die stigmatisiert waren als frühere Führer und Vertreter der Partei und wandte diesen ihre besondere Aufmerksamkeit zu. So blieb nicht anders übrig, als daß an Stelle der alten bekanten Vorkämpfer neue traten, und es ist ein der glänzendsten Zeugnisse für die deutsche Socialdemokratie, daß in diesem Moment der höchsten Krisis, als der Ruf an die Parteigenossen erging: „Freiwillige vor!“ sich neue Vorkämpfer fanden. Als wir dann in Wyden zusammenkamen, um unbestimmt um die preussische Polizeikontrolle über das zu sprechen, was wir für notwendig hielten, da konnten wir uns sagen: Jetzt sind die schlimmsten Wirkungen des Socialistengesetzes überwunden, jetzt ist die Zeit vorbei, wo unter den Genossen ein unberichtigtes, aber aus der Situation erklärliches gegenseitiges Mißtrauen Platz gegriffen hatte. Bei der Auflösung der Partei befanden sich nur 1000 M. in der Kasse, die bestimmt wurden für die Opfer des Kampfs. In Wyden betragen die Einnahmen 37 000 M. Wir schufen uns da eine Organisation, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht, eine Organisation, die keine Polizeigewalt zu vernichten vermag. Auf dem nächsten Kongress in Kopenhagen hatten wir bereits eine Einnahme von 95 000 M. zu verzeichnen, in St. Gallen eine solche von fast 200 000 M.

Nach 12 Jahren brach das Socialistengesetz zusammen, Bismarcks Allmacht war erschöpft, die Spottgeburt der Reaktion wurde nicht wieder erneuert. In Halle 1890 konnte Bebel über 342 204 M. seit St. Gallen quillieren. 609 600 M. haben die deutschen Arbeiter ihren Vertrauensmännern und Führern unter dem Socialistengesetz zur Verfügung gestellt, nicht gerechnet die Leistungen in den Provinzen, in den Einzelorganisationen — eine stolze Ziffer, und

1/2 Millionen Wähler mit 35 Abgeordneten, denen bald der 36. folgte, brachte die Partei zur Wahlurne angeführt des fallenden Socialistengesetzes.

Seitdem haben wir gearbeitet, und von Jahr zu Jahr sind wir fortgeschritten. Kampf nach außen ist unseer Lösung, und auch Kämpfe unter uns haben wir geführt. Sie haben böswillige oder schlecht unterrichtete Gegner und auch manche, die uns befreundet, häufig zu der Annahme geführt, es würde eine Spaltung in der Socialdemokratie eintreten. Diese Hoffnungen, diese Befürchtungen haben sich nicht erfüllt. Glaubt der eine, die eine Richtung führe zum Ziel und ein anderer, jener sei der richtige Weg, das mag wieder vorkommen, das wird und das muß vorkommen. Aber worüber bei uns noch nie Zweifel und Zwiespalt bestanden hat, das ist das Ziel. Und das wird immer sein. Und daß es so ist, dafür ist auch dieser Parteitag ein neues und glänzendes Beispiel. Sie kennen die Abrechnung unseer Parteivorstands: im abgelaufenen Jahre ist die kolossale Summe von 250 000 Mark an die Parteikasse abgeführt worden. Unseer Parteipresse hat sich gewaltig vermehrt: es stehen uns heute 70 politische Organe zur Verfügung, fernher 60 gewerkschaftliche, die gewiß nicht als Parteiorgane zu zählen sind, die aber in ihrer Art und Weise den Klassenkampf fördern und für die Aufklärung der Arbeiter sorgen; und in 22 eignen Druckereien wird ein großer Teil unseer Parteipresse hergestellt. Und ist nicht auch dieser so gewaltige Besuch dieser Versammlung ein Beweis für die Kraft und Stärke der deutschen Socialdemokratie?

Dies ist der Rückblick auf die Arbeit eines Menschenalters. Vieles haben wir erfahren, vieles erdulden müssen, aber der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Erst verachtet und verhöhnt, dann Verfolgungen der schlimmsten Art ausgefegt, heute eine Kulturbewegung, der gegenüber unseer Gegner in ohnmächtiger Wut knirschen.

Zu dem Sinne, in dem wir bis jetzt gearbeitet und gekämpft haben, wollen wir es weiter thun. Wir haben gelernt, wir haben aber nichts vergessen. Wir sind heute, was wir waren, und wir werden bleiben, was wir sind. Unser großes Ziel, es ist die Socialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft. Sie zu verwirklichen, dafür arbeiten wir auf diesem Parteitage, und in diesem Sinne werden wir auch, nachdem wir getagt, unseer Delegierten nach Paris schicken, um den Bruderparteien aller Länder aufs neue zu befehlen, daß sie sich vollkommen verlassen können auf die Töne der deutschen socialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft. Lassen Sie mich schließen, indem ich Sie auffordere zu einem Hoch auf die allzeit treu bewährte deutsche socialdemokratische Partei. Wir loben uns damit nicht selbst, wir loben und ehren damit unseer Toten und die Hunderttausende, die Millionen, die heute nicht hier mit uns sein können. Die deutsche Socialdemokratie, sie lebe hoch! Wieder brauste ein dreimaliges Hoch durch den Saal.

Als das Hoch verklungen war, gruppieren sich die Sänger wieder auf der Tribüne, um eine zweite Komposition Weichners unter der Leitung des Komponisten vorzutragen. Es war das Herwaghliche Liederlied „Wort und Arbeit“. Die von den Männerchören prächtig vorgetragene Liederkomposition gefiel außerordentlich. Der Beifall hörte nicht eher auf, als bis die Sänger sich zu einer Wiederholung entschlossen. Dem Komponisten wurde vom Genossen Conrad, dem Vorsitzenden des Festkomitees, unter herzlichem Dank ein Lorbeerkranz überreicht, dessen rote Schleife die Widmung trug: Dem verehrtesten Liederdichter der Freiheit, Wendelin Weichner — die socialdemokratische Partei von Mainz!

Den Abschluß des ersten Teils des Festes bildete ein lebendes Bild: „Die Vereinigung der deutschen Socialdemokratie“. Es war nach Lieblnechts letzten Angaben gelehrt: Die beiden Gruppen, jede noch die eigne Fahne tragend, vereinen sich unter der neuen roten Fahne, die Marx dem aus dem Grab aufsteigenden Lassalle zeigt. Marx hebt den stolz lächelnden Lassalle empor.“ So hatte sich Lieblnecht das Bild vorgestellt, so hatte er es selber noch in einem Briefe vom 1. August d. J. an das Festkomitee beschrieben, so trat es in seinen beiden Abteilungen in die Erscheinung und packte die Massen. Immer wieder hob sich der Vorhang unter den Klängen der Marschmusik.

Nach einer Pause begann der zweite, der gemüthlichen Geselligkeit gewidmete Teil des Festes.

Erster Verhandlungstag. Montag, den 17. September.

Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr 25 Minuten eröffnet

Singer

die Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Mit dem Gefühl der tiefsten Begeisterung trete ich heute an diese Stelle, um im Namen und im Auftrage der Parteileitung den Parteitag in Mainz für eröffnet zu erklären. Beißt doch heute hier der Mann, zu dem wir jahrzehntelang in verehrungsvoller Liebe und Dankbarkeit aufgeschaut haben, der Mann, der seit der Gründung der Partei ihr Führer gewesen ist, er, den wir vor einigen Wochen zu Grabe getragen haben, der sich in den Herzen der Parteigenossen ein Denkmal gesetzt hat aere perennias (dauernder als Erz): Wilhelm Lieblnecht. (Die Versammlung erhebt sich.) Unseer geliebter Lehrer, unseer Meister, er will nicht mehr unter uns sein können unseer Parteigeschäfte nicht mehr mit ihm, sondern nur in seinem Geiste vollziehen. Das Gefühl des Schmerzes und der Trauer, welches die ganze socialistische Welt bei der Nachricht seines Todes durchzittert hat, es ist noch in so lebhafter Erinnerung, daß ich nicht nötig habe, noch weiter darauf zurückzukommen. Wir würden auch nicht im Sinne und Geiste unseer verehrten Allen handeln, wenn wir uns dauernd dem Schmerze hingäben und in unseer Schmerz vergräben, was er der Partei zu thun vorgezeichnet hat. Kämpfen wollen wir, arbeiten wollen wir, streben wollen wir — damit erfüllen wir am besten das Vermächtnis unseer großen Toten, dessen Geist unseer Verhandlungen leiten wird.

Parteigenossen! Sie haben dadurch, daß Sie sich von Ihren Sigen erhoben haben, mir die Aufforderung dazu erspart. Ich stelle fest, daß der Parteitag zum unauflöslichen Andenken an Wilhelm Lieblnecht diese Kundgebung gebracht hat und ich schlage dem Parteitag vor, das demnächst zu erwählende Bureau zu beauftragen, im Namen der Gesamtpartei Deutschlands der Familie Lieblnechts eine Kundgebung der Trauer und der Teilnahme zu übermitteln. Ich stelle die Zustimmung des Parteitags fest.

Parteigenossen, wir treten zu einem Parteitag zusammen, dessen provisorische Tagesordnung uns reiche Arbeit giebt. Auf diesem Parteitag können wir feiern die 25jährige Erinnerung an den Einigungskongress, an die Einigung der Partei, die uns stark gemacht hat, die zusammen mit dem Opfermut, mit der Energie der Genossen die Partei zu dem gemacht hat was sie heute ist und die die Partei zu weiteren Erfolgen und Siegen führen wird. Wir gedenken jener Einigung am besten, wenn wir in dem Sinne, in dem sie damals vollzogen worden ist, weiter arbeiten und ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen nie vergessen, daß wir Socialdemokraten sind, daß wir Socialdemokraten bleiben wollen, und daß die deutsche Socialdemokratie nur sein wird, was sie ist. (Bravo!) Wenn sie unüberwindbar dem Ziel, das sie sich vorgezeichnet hat, entgegenstreitet, für dieses Ziel, für dieses Endziel kämpft. (Bravo!)

Wir feiern aber noch ein andres Jubiläum in diesem Jahr, die zehnte Wiederkehr des Jahrestages der Beseitigung des Socialistengesetzes. 1878 über die Partei herein gebrochen, sank dieses Schandgesetz 1890. Das Socialistengesetz, eine ephemere Erscheinung, bestimmt gewesen, die Partei zu liebeln, existiert nicht mehr. Aber die bürgerlichen Parteien, die herrschenden Klassen, in deren Sinne und Dienste es gegeben wurde, sie

existieren noch, und wir werden uns nicht daran genügen lassen, das Sozialistengesetz vernichtet zu haben, wir werden die Vertreter des Geistes des Sozialistengesetzes, die noch mächtig genug sind, weiter bekämpfen, bis sie ebenfalls überwinden sind. So werden wir die Erinnerung an den Fall des Sozialistengesetzes nicht anders begehren können, als indem wir entschlossen sind und darüber keinen Zweifel lassen, daß wir uns stark genug fühlen, die herrschenden Mächte siegreich zu überwinden (Bravo). Unsere Arbeiten sind uns auch diesmal reichlich gesteuert; ich habe aber keinen Zweifel, daß der Eifer und der Ernst, mit dem auf unseren Parteitag gearbeitet wird, es uns auch ermöglichen wird, sie auch diesmal rechtzeitig und gedeihlich zu Ende zu führen.

Ich erkläre den Parteitag namens der Parteileitung für eröffnet und bitte um Vorschläge zur Konstituierung des Bureau's. Auf Vorschlag von Emmel-Milthausen werden zu Vorsitzenden des Parteitags Singer, Berlin und Ulrich-Offenbach gewählt.

Zu Schriftführern werden bestimmt: Ernst, Berlin, Braun-Königsberg, Frau Fiech-Hamburg, Müller-München, Eichhorn-Mannheim, Dr. Quard-Frankfurt, Schöpplin-Chemnitz, Lesche-Altona und Gewehr-Elberfeld.

Ferner wird eine Mandatsprüfungskommission gewählt, die auf Vorschlag Eichhorns folgendermaßen zusammengesetzt wird: Knitrik, Berlin, Eberhardt-Charlottenburg, Hermann-Königsberg, Wagner-Stuttgart, Leuterich-Apolda, Kühn-Rangendietel, Oldendorf-Drauschweig, Illenbaum-Elberfeld und Stübbe-Hamburg.

Die Arbeitszeit wird wie immer auf die Zeit von 9-1 und 3-7 Uhr festgelegt.

Die Geschäftsordnung wird debattelos nach dem Entwurf genehmigt.

Es wird sodann zur

Feststellung der Tagesordnung

geschritten. Hierzu liegen die Anträge 1-3 vor). Nur 1. findet genügende Unterstützung.

Singer: Ich habe einem Wünsche Bebel's, der leider nicht hier sein kann, Ausdruck zu geben. Er bittet, sein Referat über die Statistik der Partei bei den Landtagswahlen an der Stelle weit hinten in der Tagesordnung zu lassen, wo es ursprünglich vorgesehen war. Er hat bei seiner Erkrankung den Wunsch, nicht gleich rednerisch thätig sein zu müssen, sobald er hier erschienen ist. Es liegt kein Grund für uns vor, diesem Wunsche nicht nachzukommen und ich glaube, daß nach dieser Auskunft die Antragsteller des Antrags 1 nicht auf eine Abstimmung erst bestehen werden. Ich stelle fest, daß die Antragsteller dem Wunsche Bebel's nachgegeben. Antrag 1 ist damit erledigt. Da kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich die provisorische Tagesordnung für definitiv angenommen.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich eine freundliche Pflicht zu erfüllen und begrüße die Genossen, die von den ausländischen Bruderparteiern zu unseren Beratungen delegiert sind. Bisher sind wir gemeldet Genosse Bernerstorffer als Delegierter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs und Genosse Remer als Delegierter der tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Ich heiße die Genossen namens des Parteitags herzlich willkommen. (Bravo!) Wir haben vor einigen Wochen Delegierte der deutschen Sozialdemokratie zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs entsandt. Das brüderliche Verhältnis der deutschen zur österreichischen Partei wird von beiden Seiten mit Liebe gepflegt. Wir sind stolz auf unsere tapferen österreichischen Genossen. Ein heikler Wahlkampf steht ihnen bevor. Wir wünschen ihnen aus vollem Herzen den Erfolg, den ihr Kampfesmut verdient. (Bravo!) Indem ich Sie nochmals willkommen heiße, hoffe ich, daß Sie von neuem die Ueberzeugung mit fortnehmen werden, daß auch bei der Erledigung ihrer eignen Geschäfte die Sozialdemokratie Deutschlands niemals das Gefühl der Solidarität und Brüderlichkeit für die sozialistischen Parteien des Auslands verliert. (Bravo.)

Bernerstorffer - Wien:

Vor allem, Parteigenossen, habe ich Ihnen mitzutheilen, daß außer mir noch Genosse Dr. Ellenbogen delegiert ist, aber erst morgen können wir ja infolge der Auflösung des Parlaments überhaupt keinen Vertreter nach Mainz und nach Paris schicken können, aber da die Remoisen erst im Januar stattfinden, so war es uns noch möglich, unserem Herzenswunsch und unserer Pflicht nachzukommen. Für uns Oesterreicher ist es etwas ganz Eigentümliches, wenn wir über die Grenzen unseres Landes hinausgehen und namentlich, wenn wir nach Deutschland gehen. Sie kennen ja alle aus den Zeitungen die österreichischen Verhältnisse oder wenigstens bilden Sie sich ein, sie zu kennen. (Heiterkeit.) In der That aber sind diese Verhältnisse uns selbst manchmal sehr dunkel, denn Oesterreich ist das Land der totalen Konfusion, es leidet sich niemand mehr aus, und von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken giebt es nur ein Gefühl, das der Verdrossenheit und Unzufriedenheit. Seit dem Jahre 1879 weiß man, daß die gedeihliche Entwicklung Oesterreichs einzig davon abhängt, ob es gelingen wird, zwischen Deutschen und Tschechen einen vernünftigen Ausgleich herbeizuführen. Aber von diesem Ziel entfernen wir uns von Tag zu Tag mehr. Wir in Oesterreich haben es vermög unserer Verfassung und unter Geschichte mit einem Element zu thun, das ja bei Ihnen auch vorhanden ist, das aber bei uns auf jede Weise künstlich gefördert wird: mit dem Junkertum, das insbesondere in Böhmen blüht und gedeiht und das ein Lebensinteresse daran hat, daß eine Verständigung zwischen beiden Nationen nicht erfolgt. Dieser Feindhaß ist künstlich eine Macht eingeräumt, die es ihr ermöglicht, weit über ihre tatsächliche Bedeutung hinaus die politischen Verhältnisse zu beeinflussen, infolge dieser Verhältnisse hat die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen keinen Fortschritt gemacht, die bürgerlichen Parteien in Oesterreich stehen heute, national getrennt, sich feindselig gegenüber als je zuvor. Sie können sich kaum eine Vorstellung davon machen, wie sie bei uns der Chauvinismus in Wäute sieht. Eine vernünftige und besonnene Erörterung politischer Fragen ist bei uns für den Augenblick überhaupt ausgeschlossen. Der Umstand, daß es in Oesterreich eine Partei giebt, die zwar den realen Verhältnissen Rechnung tragend, sich in nationalen Forderungen organisiert hat, aber doch in gemeinsamer Beratung die nationalen Schwierigkeiten zu überwinden sucht. Dieser Umstand wird von den bürgerlichen Parteien ausgenutzt, die sozialdemokratische Partei des nationalen Verrats zu bezichtigen, während doch in der That die Ratschläge der Sozialdemokraten wirklich gangbare Wege zur Lösung des Nationalitätenproblems bilden. Infolge der Verträge, von denen her die Parteien im Parlament zu terrorisieren, haben sich jene Dinge ereignet, die Sie alle kennen und die schließlich zur Auflösung des Parlaments geführt haben. Freilich hat man dabei vergessen, daß ein neu gewähltes Parlament gar keine andern Funktionen ausüben kann als das eben aufgeloßte und daß es sehr wohl möglich ist, daß das neu gewählte Parlament über seine erste Sitzung nicht hinauskommt, sondern daß sofort wieder die Obstruktion irgend einer

Partei einsetzt. Noch ist das Verständnis bei uns nicht völlig durchgedrungen, daß es zur Beilegung des Nationalitätenstreits nur ein Mittel giebt: die Einführung wirklich demokratischer Formen, vor allem die Befestigung des künstlichen Uebergewichts der junkerlichen Klotzen.

Wir kommen zu Ihren Parteitag immer in dem Bewußtsein, daß wir hier nicht Fremde, sondern Brüder sind. Sind wir doch eines Geschlechts nicht nur der physischen Abstammung nach, sondern unserer ganzen politischen und sozialdemokratischen Erziehung nach. Die österreichische Arbeiterbewegung hat unmittelbar an die deutsche angeknüpft. Ihre Bildungsbereitschaften wurden im kasselerischen Geiste gegründet. Sie waren für uns immer vorbildlich. Wir fühlen uns den deutschen Genossen gegenüber verpflichtet zur Dankbarkeit in jedem Sinne, nicht allein in dem Sinne, daß Sie uns Geist von Ihrem Geist gegeben haben, sondern auch in dem Sinne, daß Sie immer bereit waren, uns durch die That zu unterstützen; was ich damit meine, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. (Heiterkeit.) Ich will mich auch über dies Thema nicht weiter verbreiten, bitte Sie aber, in den Parteivorstand nur solche Männer zu entsenden, die gewillt sind, uns in der bevorstehenden österreichischen Aktion sehr hilfreich zur Seite zu stehen (große Heiterkeit), insbesondere mit dem Gelde kaputt es bei uns gewaltig. Mit großer Freude habe ich gestern aus der Rede von Auer gehört, wie Ihre Einnahmen gewonnen sind, für uns Oesterreicher etwas gerabegut Phantastisches (Heiterkeit), lassen Sie von Ihrem Reichthum etwas abfließen in die düren Gefilde Oesterreichs, es ist ja für die gemeinschaftliche Sache.

Meine Aufgabe ist es, Ihnen zu danken für das, was Sie für uns geleistet haben. Ihr Wirken war für uns Oesterreicher eine Aufrechterhaltung in schweren Tagen. Wenn wir Elend empfanden über die Verhältnisse bei uns, da blühten wir auf die deutsche sozialdemokratische Bewegung und wir empfanden Antrieb zu neuer Arbeit. Wir stülten mit Euch eure Leiden, wir feierten mit Euch eure Siege, und der Anblick des Kampfs, den Ihr seit einem Menschenalter führt, stärkt uns von neuem in unserem Kampf um die große Sache der Zukunft.

Wir kämpften, wir werden weiter kämpfen und wir werden der gemeinsamen Sache Ehre machen. Euch aber, Euch deutschen Sozialdemokraten, den leuchtenden Vorbildern der sozialistischen Bewegung der ganzen Welt, brüderlichen Gruß aus Oesterreich! (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Remer - Prag

überbringt die Grüße der tschechischen Sozialdemokratie: Wenn wir auch verschiedene Sprachen sprechen, so sprechen wir doch eine Rede, die Rede der Freiheit, der Brüderlichkeit des Proletariats. Das Bernerstorffer gesagt hat, das gilt auch für uns Tschechen: Euer Kampf ist auch unser Kampf, Euer Sieg ist auch unser Sieg. Wir bringen Euch ein herzlich brüderliches Radder! (Beifall.)

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten: Geschäftsbericht des Vorstands.

Singer: Ich werde wie in den Vorjahren den Bericht in einzelnen Abteilungen diskutieren lassen und zwar in den Gruppen: Allgemeines, Kassenbericht, Sonstiges geordnet. Das Wort hat der Berichterstatter.

Planmuth:

Zu der Parteipresse wurden, als die provisorische Tagesordnung für diesen Parteitag erlassen wurde, Stimmen laut, daß sie für eine Woche zu umfangreich wäre. Ich bin nicht dieser Meinung, ich glaube, wenn wir uns nicht auf weisheitsvolle Reden einlassen, werden wir diesmal in kürzerer Zeit als sonst fertig werden, es ist nur auf die Tagesordnung gesetzt worden, was unerlässlich war, wie das bei Punkt 7 durch die Ereignisse des Sommers der Fall wurde. Ich denke die Verhandlung darüber wird kurz sein können.

Ich werde in meinem Bericht mich der möglichsten Kürze befleißigen und erwarte Nachfolge meines Beispiels in Ihrer Diskussion. Die planmäßige Agitation ist das wichtigste Gebiet, das wir pflegen. An der bisherigen Agitation haben wir Aussetzungen nicht zu machen gehabt, sondern nur Vorschläge zu machen für ihren weiteren Ausbau. Daß die Parteigenossen im ganzen Reich die von der Centralstelle geleitete planmäßige Agitation mit allen Kräften unterstützen werden, ist selbstverständlich. Der Antrag, der Agitation unter dem reisenden Publikum mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wird erst näher begründet werden müssen. Bisher haben wir es, denke ich, nicht nötig, wie Hauerparteiern, Heilsarmee u. dgl. aufzutreten. Daß wir unsere Agitation, soweit es in den Kräften der Partei liegt, pflegen, erkennen auch unsere Gegner an, wenn es auch im allgemeinen nicht angenehm ist, von den Gegnern gelobt zu werden. Bebel sprach einmal das Wort: Wenn ich von den Gegnern gelobt wurde, ist es mir immer zum Bewußtsein gekommen, eine Dummheit gemacht zu haben. So muß es doch ein Gefühl der Befriedigung erregen, wenn z. B. die „Kölnische Zeitung“ unsere Organisation und unsere Agitation ihren eignen Parteigenossen zur Nachfolge empfiehlt.

Mit der Agitation eng verbunden ist die Pflege und Ausgestaltung unserer Presse. Der Gehaltsantrag des Berliner Antrags, betreffend das Centralorgan, ist bereits zu verwirklichen in Angriff genommen worden. Der Antrag auf Verlegung der „Gazeta Robotnicza“ in das oberschlesische Gebiet bezog. Errichtung einer Filiale daselbst bedeutet ein Experiment nicht nur in finanzieller Beziehung, sondern auch in personeller; denn von der Personenfrage hängt mit in erster Linie hier der Erfolg ab. Ob in diesen Beziehungen bereits die nötigen Garantien gegeben werden können, steht bis jetzt noch nicht fest, und es werden noch weitere Vorbereitungen und Auseinandersetzungen erforderlich sein.

Einheitliche Gesichtspunkte als Richtschnur für die Genossen in den kommunalen Vertretungsorganen hält auch die Parteileitung für wünschenswert. Einzelne Provinzialorganisationen sind vorläufig mit der Aufstellung kommunaler Programme vorgegangen, Brandenburg schon vor 3 Jahren, dann Sachsen, Hessen, neuerdings auch Württemberg und Baden. Ob die Sache schon so weit gediehen ist, wie es der Antrag 4 wünscht, für alle diese Fragen ein spezielles Publikationsorgan zu schaffen, will ich in diesem Augenblick weder bejahen noch verneinen, ich persönlich neige mich der letzteren Ansicht zu.

In Bezug auf die nichtperiodische Presse sind ja, wie bereits auf den früheren Parteitagen, Anträge gestellt, die dem guten Herzen ihrer Urheber alle Ehre machen, aber von einer Kenntnis der Grenzen der Nachmittage der Partei nicht Zeugnis ablegen. Wer den gesamten Reichstages der Verhandlung und die Praxis der Parteileitung kennt, wird einen Antrag, wie den auf Ausgabe der Broschüren auch in kleinen Parteien zu gleichem Preise wie bei großen Parteien, nicht stellen.

Der Passus im Vorstandsbericht von der Thätigkeit der Gewerbevereine hat der gegnerischen, insbesondere der Scharfmacherpresse, natürlich Anlaß zur Konstatierung gegeben, daß die Sozialdemokratie auch dies Institut in den Dienst ihrer Bewegung zu ziehen versucht. Wir werden uns durch diese Klagen nicht abhalten lassen, mit noch verstärkter Kraft dafür einzutreten, daß das Gewerbevereinsgesetz in einer Weise ausgestaltet wird, daß es nicht wie heute noch vielfach, ein Nest ohne Nester ist, sondern ein scharfes Instrument im Kampfe um die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Mit dem Antrage auf Errichtung einer eigenen Papierfabrik hat vorgeschien sich eine Konferenz der Vertreter der Parteipresse beschäftigt und ist zu der Erklärung gekommen, daß augenblicklich an die Verwirklichung eines derartigen Projektes nicht gedacht werden kann. Ich meine, wenn die Fachmänner ein derartiges Urteil abgeben, wird der Parteitag sich mit diesem Antrage kaum noch weiter beschäftigen können.

Die Pflege der mündlichen Agitation ist selbstverständlich eine Pflicht, der sich keine Parteileitung, möge sie heißen wie sie wolle, je wird entgegen können. Die Gegner sind von dem Grundsatz, den sie beim Fall des Sozialistengesetzes so großartig proklamirten, zurückgekommen. Man hat sich im Lauf der Jahre überzeugt, daß wie Wismar einmal sagte, die Sozialdemokratie nicht tolgerebet auch nicht totreformiert werden kann, sondern daß sie tolgeshoffen werden müsse. Das Unter-

nehmen hat den geistigen Kampf aufgegeben, mißt sich nicht mehr mit uns auf dem Podium der Volksversammlungen. Im Gegentheil versucht es uns die mündliche Agitation durch wirtschaftlichen und politischen Druck unmöglich zu machen. Wo die Verhältnisse der Partei es gestatteten und die öffentlichen Verhältnisse dazu angethan sind, wird die Parteileitung jedenfalls den Wünschen der Genossen an den einzelnen Orten nach Sachung, Erwerb oder Bau von Versammlungsorten entgegenkommen; dazu bedarf es nicht eines besonderen Fonds, soviel zu den Anträgen.

Griff

erstattet den Kassenbericht: Aus dem Kassenabzähl haben Sie gesehen, daß es in diesem Jahre nicht möglich gewesen ist, die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken. Seit dem Parteitag in Halle ist dies erst zweimal der Fall gewesen. Es war aber in Kriegsjahren, in Wahljahren, wo die Reserve in Angriff genommen werden mußte, weil an die Centralkasse außerordentliche Anforderungen gestellt wurden. Es ist diesmal das erste Mal, daß wir in einem Friedensjahre mit den Einnahmen nicht auskommen sind. Im vorigen Jahre habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, daß wir ohne die Einnahmen aus den Parteigeldern nicht auskommen können und daß wir, wenn diese Einnahmen sich einmal mindern, Defizit haben würden. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Wie der Ausweis ergibt, sind die Beiträge von der nördlichen Wasserante diesmal ausgeblieben. Der Abbruch würde aber trotzdem gut sein, wenn die Mehrzahl der großen Wahlkreise ihre Pflicht der Centralkasse gegenüber besser erfüllt hätten. Gewiß ist es in jedem Wahlkreise einmal möglich, daß er durch besondere Ausgaben in Anspruch genommen, der Centralkasse nichts schicken kann. So war es in Elberfeld, so in Chemnitz der Fall, wo durch große Umwandlungen alle Mittel am Orte selbst aufgebraucht wurden. Die Genossen dieser Kreise haben ihre Pflicht sonst immer erfüllt. Sie werden es auch später wieder thun. Aber andre zahlreiche Kreise haben diese Entschuldigung nicht. Ich will Namen nicht nennen, aber sehen Sie sich doch die tabellarische Uebersicht an. Wahlkreise mit Zehntausenden von sozialdemokratischen Stimmen sind da nicht vertreten, nicht einmal soviel haben einzelne Kreise geschickt wie die Diäten ihrer Abgeordneten aus der Centralkasse betragen. Rein, sie haben selbst diese Kosten andern Wahlkreisen aufgeschult. Offenlich ist es das letzte Mal, daß die Parteileitung einen derartigen Tadel aussprechen muß. Weiter, auch die Kreise, die Beiträge an die Centralkasse abgeliefert haben, sind mit ihren Beiträgen weit hinter dem zurückgeblieben, was sie leisten konnten. Die Decentralisation, an der wir seit Jahren krankten, macht sich recht unangenehm bemerkbar. Ich habe 14 Wahlkreise herausgegriffen, diese Kreise hatten eine Einnahme von 114 000 M., davon haben sie an die Centralkasse 9243 M. abgeliefert. Dieses an sich sehr ungünstige Verhältnis würde viel schlimmer sein, wenn von diesen 14 Kreisen nicht drei allein 7167 M. abgeliefert hätten; es verbleiben elf und zwar sämtlich gut stürzte Kreise, die bei eignen großen Einnahmen der Centralkasse den Bettelpfennig von 2076 M. zugewiesen haben. Gewiß haben diese Wahlkreise ihr Geld auch so angewendet, wie sie es für richtig hielten. Aber es ist nicht angemessen, die Centralstelle auf diese Weise trocken zu legen, und wenn man selber Geld braucht, da wendet man sich an die Centralkasse und glaubt, daß die Zehntausende ohne weiteres zu haben sind. Die 14 Wahlkreise haben aber selber dreimal so viel Geld zurückgehalten, nämlich 27730 M., als sie an die Centralkasse abgefordert haben. Das ist ein Zustand, der dauernd nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn die künftige Parteileitung nicht abschlüssend jeden Wunsch ablehnen soll. Wo nichts ist, kann niemand etwas bekommen, auch unsere ausländischen Freunde nicht. (Heiterkeit.) Es muß also anders werden.

Den Ueberblick über den Stand der Parteipresse kann ich in diesem Jahre leider nicht geben, weil die statistischen Mitteilungen bei dem frühen Stillstehen des Parteitags sehr spärlich eingelaufen sind. Nur die Tendenz der Entwicklung der Parteipresse kann ich angeben. Neun täglich erscheinende Blätter waren nicht im Stande, ihren Abonnentenstand zu behaupten, sie haben 1000 Abonnenten verloren. Demgegenüber haben zwanzig andre täglich erscheinende Blätter einen Gewinn von 16 000 neuen Abonnenten gehabt. Das ist ein Gewinn von 14 000 Abonnenten. Die übrigen Blätter haben ihren Bestand behauptet. Wenn auch einzelne Tagesblätter mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so prosperiert unsere tägliche Presse im allgemeinen doch sehr gut. Schlimmer sieht es mit den dreimal wöchentlich erscheinenden Blättern aus. Diejenigen von ihnen, die am besten florieren, sind allmählich in Tagesblätter verwandelt worden, die ungenügender gestellten sind übrig geblieben. Zudem trifft die Krise in der Textilindustrie die Blätter, die in den Textilorten erschienen. Die Zahl der Leser der dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter ist dort etwas zurückgegangen. Offenlich handelt es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung. Im allgemeinen bitte ich künftighin dafür zu sorgen, daß das Material rechtzeitig einläuft, damit wir im Stande sind, ein umfangreiches getrucktes Bild über den Stand der Parteipresse zu entwerfen.

Reißer

erstattet den Bericht der Controlreue: Es ist ein Zeichen für gesunde Parteiverhältnisse, daß wir uns bis auf einen Fall nur mit der Revision der Bücher des Vorstands zu befassen hatten. Diese Revision hat regelmäßig stattgefunden, wir haben korrekte Buchführung und geordnete Verhältnisse angetroffen. Der eine Fall, mit dem wir uns sonst noch zu befassen hatten, betrifft eine Gehaltserhöhung, die Genosse Fischer, der der Buchhandlung vorsteht, erhalten hat, nicht eigentlich auf Veranlassung des Vorstands, sondern durch die Schuld der Nürnberg, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann. Die Nürnberg beabsichtigten. Bisher als Vorstand des dortigen Geschäfts anzustellen und boten ihm ein wesentlich höheres Gehalt. Fischer glaubte das Gehalt nicht ablehnen zu sollen und erklärte, die Stellung an der Parteibuchhandlung kündigen zu müssen. Der Vorstand hielt es im Interesse der Partei nicht für gut, wenn ein höheres Stelle ein anderer träte, und sah sich in die Notwendigkeit verlegt, eine Gehaltserhöhung für Fischer eintreten zu lassen. Die Berliner Parteigenossen sämtlicher Kreise legten gegen diese Gehaltserhöhung Protest ein. Die Controlreue haben nun unter Zustimmung der Berliner Vertrauensleute mit dem Vorstand in gemeinsamer Sitzung über den Protest beraten. Das Resultat war, daß die Mehrheit der Controlreue angefaßt der wackersten Thatsache und in Anbetracht des Umstands, daß Fischer sonst benachteiligt worden wäre, da die Stelle in Nürnberg inzwischen anderweitig besetzt war, den Protest der Berliner Genossen abgelehnt haben. Die Sache wird ja hier zur Sprache gebracht werden. Das Heften aller weiteren Beschlüssen ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Parteileitung nach allen Seiten ihre Schuldigkeit gethan hat. Ich beantrage für sie die Decharge. (Bravo!)

Folgender Antrag läuft ein: Der Parteitag spricht seine Billigung über die Erledigung der Gehaltserhöhung des Leiters der Buchhandlung, des Genossen Fischer, von 4000 auf 5000 M. aus, welche Summe vom Parteivorstande bewilligt und von den Controlreuen bestätigt worden ist; der Parteitag hält eine Entlohnung von 4000 M. für diese Verwaltungsführung für angemessen. Berlin I-IV, Niederbarnim, Weiskow, Stettin, Osthavelland.

Walder-Mannasse-Berlin I:

Es ist mir, der ich zum erstenmal als Delegierter auf einen Parteitag erscheine, natürlich sehr unangenehm, das Wort zu ergreifen in einer Frage, zu der Versammlungen reden könnten, aber ich habe einen Auftrag und diesen Auftrag muß ich ausführen. Die Berliner haben einstimmig den Protest erhoben. Sie halten eine Entlohnung des Postens mit 4000 M. für ausreichend und sie sind vor allen Dingen darüber empört, daß das Gehalt sofort um 1000 M. erhöht wurde. Selbst wenn man die Gehälter nicht vom Parteistandpunkte aus ansieht, sondern wenn man die sonst im Buchhandel üblichen Gehälter betrachtet, so ist die Bezahlung von 4000 M. ausreichend. Wenn eine Stadt wie Nürnberg ein höheres Gehalt an-

*) 1. Die Parteigenossen von Köln-Stadt: Den Punkt 9 der Tagesordnung: Beteiligung an den Landtagswahlen, anstatt an 9. an 7. Stelle zu verhandeln.

2. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises, die Geschäfts-Kommission der Vertrauensmänner-Centralisation der Gewerkschaften Deutschlands und die Parteigenossen von Stettin: Die Frage der Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Politik auf die Tagesordnung des Parteitags zu stellen, und durch Ernennung eines Referenten und Korreferenten, die die beiden sich bekämpfenden Standpunkte vertreten, eine eingehende Erörterung der Frage und womöglich eine Beschlußfassung über sie zu veranlassen.

3. Parteigenosse Oskar Wund, Stettin: Für den Fall der Annahme des Stettiner Antrags: Die Frage: „Sollen die Gewerkschaften politisch oder neutral sein?“ auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen und den Genossen Legien hierzu zum Referenten zu bestimmen, den Genossen Kantsch zu dieser Frage zum Korreferenten zu bestellen.

bletet, so hat Berlin durchaus nicht nötig, diesem Beispiel zu folgen. Vergessen wir doch nicht, daß dieselben Städte, die die Gehälter so ohne weiteres erhöhen, nachher beim Vorwärtstand um Zuschüsse einkommen. Wir haben natürlich keine Angst davor, daß die bürgerliche Presse nachher über uns herfallen könnte, weil wir die schwierige Gasse hervorkehren. Etwas zu sagen, daß Richter als Schriftsteller weit weniger bekommen hat, ist doch dummer Gedanke fällt niemand von uns ein. Die Gehälter, die wir zahlen, sollen nicht die Beamten in den Stand setzen, anständig durchs Leben zu gehen, aber es dürfen keine Gehälter sein, deren Höhe abwärts von Rot und und Sorge ihnen das proletarische Empfinden kürzen könnten. Sonst könnte leicht in diesem oder jenem Kopf der Gedanke entstehen, daß man an der Bereinigung unserer Zustände unendlich viel mehr gelegen ist, als an der Anbahnung neuer. Es ist unendlich schwer, den einfachen Genossen, die treppauf, treppauf laufen, um Flugblätter zu verteilen, und die Tag und Nacht in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit thun, die Gründe für eine Gehaltserhöhung plausibel zu machen. Wenn aber schon eine Gehaltserhöhung erfolgen sollte, so hätte sie erfolgen müssen im Einverständnis mit den Berliner Genossen. Die Berliner Genossen sind durchaus frei von jeder Vorurteilhaftigkeit gegen Fischer; sie erkennen seine Verdienste durchaus an, aber es handelt sich für uns um eine prinzipielle Frage. Wenn die Berliner, die doch ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber in solchen Fragen thun, als nebenächlich angesehen werden, so ist das eine gewisse Veringschätzung. Es ist den Berliner Genossen nicht leicht geworden, diese Sache hier öffentlich zu Sprache zu bringen; es wäre uns viel angenehmer gewesen, wenn sie sich so hätte erledigen lassen. Die Controloire haben bei Abwesenheit von zweien mit 8 gegen 2 Stimmen die Erhöhung des Gehalts sanktioniert. Der Redner sagte allerdings, die Controloire waren in einer Kollage, da Fischer ja sonst ohne Stellung gewesen wäre. Das war nicht der Fall, denn wir alle hätten ihn zum alten Gehalt weiter behalten. Nach unserer Meinung haben wir die Kerner nicht einfach vom Standpunkt des Gehalts und der Entlohnung anzusehen, sondern wir sind nebenher noch Socialdemokraten, die den Gedanken des Idealismus auch in Bezug auf die eigne Person in die That umzusetzen haben. Zum mindesten aber glauben wir die Art vorzuziehen zu müssen, wie die Gehaltserhöhung erfolgte, und schon im Interesse des Verantwortlichkeitsempfindens des Vorstands wäre es wünschenswert, daß die Sache geklärt wird, und daß ein für alle Mal feste Normen für die Entlohnung unserer Parteibeamten geschaffen werden.

Wochle-Strahburg:

Ich muß auf den Ausfall der Mühlhausener Wahl eingehen, angesichts der Angriffe, die auf uns gerichtet worden sind. Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir die Verhältnisse in Mühlhausen nicht gekannt hätten. Wir sind nicht in geringstem im unklaren darüber. Die Verhältnisse in Mühlhausen sind von Anfang an keine röhigen gewesen. Man hat, statt Socialdemokraten zu erziehen, reine Professorelerzogen, und man ging von dem Grundsatz aus, die Person Wuebs einzeln und allein in den Vordergrund zu stellen. Wuebs war kein Socialdemokrat, sondern ein Professor unter der Maske des Socialdemokraten, der Geschäfte machte mit dem Appell an die niedrigsten Leidenschaften seiner Zuhörer, der sich über Parteibeschlüsse von jeder einfach hinwegsetzte. Wir wußten genau, wie wir standen, als wir dem Reichstags-Abgeordneten Wuebs sein Mandat abnahmen. Wir wußten von Anfang an, daß das den Verlust des Wahlkreises für die Partei bedeutete. Sie können sicher sein, Parteigenossen, er wäre auch verloren gegangen, wenn an Stelle Emmels ein Essfasser aufgestellt wäre. Wir haben es eben nicht mit Socialdemokraten zu thun gehabt. Als Wuebs mit seiner Forderung eines Zuschusses von 150 M. monatlich an uns herantrat, da war für uns der Moment gekommen, vorzugehen. Das konnten wir vor der Partei nicht verantworten. Ein Abgeordneter hat die Pflicht, auch agitatorisch in der Partei thätig zu sein. Wir konnten diesen Putsch auch nicht verantworten angesichts der moralischen Qualifikation Wuebs. Einem Mann, der, wie es bisher unerbört war, die Partei korrumpiert hatte, konnten wir nicht noch eine besondere Gratifikation geben. Der Erfolg hat sich bereits gezeigt. Der Wahlkreis in Mühlhausen, der zur Zeit der Reichstagswahl 80 Mitglieder zählte, hat jetzt 300. (Bravo.) Wir wollen nicht mit Mandaten haufieren ziehen, sondern eine Partei hinter uns haben. Jetzt ist reine Wahn, das einstimmige Votum des Wahlkreises der organisierten Parteigenossen nach dem Ausfall der Wahl beweist, daß unser Vorgehen vollständig richtig war und uns kein Vorwurf trifft.

Ulrich-Offenbach:

Gegen den Antrag der Controloire auf Decharge steht der Antrag der Berliner. Sie sind der Meinung, daß, weil sie vom Parteivorstand nicht recht bekommen haben, der Parteitag sich damit beschäftigen müsse und natürlich ihnen recht geben müsse. Ich muß gestehen, daß mich die Begründung des Antrags etwas merkwürdig berührt hat. In der Konsequenz müßten wir doch alle Verwaltungsstellen in der Partei eigentlich an den Mindestfordernden geben. (Sehr richtig!) Und Widersprüche! Wie leicht haben die Berliner es nicht so gemeint, aber die Verhörungen, die hier gefallt sind, fordern diese Konsequenz. Es kann sich doch nur allein um die Frage drehen: Ist der richtige Mann am richtigen Platz und würde er anderswo das, was er beauptet, auf einem solchen Platz erhalten? Und auf eine solche Frage können wir um die Antwort nicht verlegen sein, weil ja die Kärnberger, trotzdem ihr Geschäft nicht so umfangreich ist, wie die Berliner Buchhandlung, an Fischer das Angebot gemacht haben. Damit ist festgelegt worden, daß von anderer Seite seine Leistungsfähigkeit höher taxiert worden ist, als von den Genossen in Berlin. Wir haben uns zu fragen, ob wir die Berliner als kompetent für diese Frage zu erachten haben oder den Parteivorstand beziehungsweise die Controloire. Ich muß gestehen, bei aller Hochachtung für unsere Berliner Genossen sehe ich doch auf dem Standpunkt, daß sie die allerletzten sind, über die Leistungsfähigkeit eines Beamten im Buchhandlungsbereich entscheiden zu können — (Stimmen und Heiterkeit) — die allerletzten! Die Berliner spielen hier die Rolle der gekränkten Lederverwirf, (soh!) ja, sowohl weiter gar nicht; das geht aus der Begründung des Antrags deutlich hervor. Weil sie nicht gefragt sind, als die Gehaltserhöhung in Frage stand, haben sie es für notwendig gehalten, in Versammlungen Lärm zu schlagen. (Murmur und Jurats.) Sie können ja nachher reden; ich nehme für mich in Anspruch, genau so die Partei zu vertreten; wie Ihr; Ihr seid nicht die Partei allein. Gott behüte mich, wir haben mitzureden in der Provinz, versteht Ihr wohl? (Große Heiterkeit!) Ich habe mich gewundert, daß die Berliner gegen Fischer nicht die 18 M. angeführt haben, die ein Säuhmacher in Berlin in der Woche verdient, oder daß Fischer nur einen Anspruch auf den Verdienst eines Schriftsetzers mit 30 bis 35 M. habe. Sie sagen, wenn wir so gute Gehälter zahlen, so muß das proletarische Bewußtsein schwinden. Das sind allerdings merkwürdige Socialdemokraten, deren innere Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Beseitigung der heutigen Verhältnisse davon abhängt, welche momentane Stellung sie persönlich in der heutigen Gesellschaft einnehmen. Das sind überhaupt noch keine bewußten Socialdemokraten gewesen. Die heutigen Konkurrenzverhältnisse der heutigen Gesellschaft zwingen uns, sie zu beschäftigen und die Saläre danach einzurichten. Die Berliner Genossen sind der Meinung, sie hätten bei der Gehaltserhöhung gefragt werden müssen. Ich habe mich vergeblich gefragt, auf Grund welcher Bestimmungen sie diese Präsenzen erheben; (Wolmar ruft: Weil sie Berliner sind!) das mag sein, aber die Buchhandlung des Vorwärts ist kein Berliner Institut. Was jetzt sind die Berliner gottlob noch keine Behörde der Gesamtpartei, das ist der Parteivorstand und die Controloire. Gegen das Gehalt von Fischer die Flugblätterverteiler aufzuführen, das ist doch geradezu ein Appell an den Unverstand. Ich bin der Meinung, daß wir den Antrag der Controloire annehmen, dem Parteivorstand Decharge erteilen und damit den Antrag der Berliner für abgelehnt erklären.

Müller-Hensburg:

Die Hensburger vermissen die Verächtlichkeit des Stuttgarter Beschlusses über die Herausgabe eines socialpolitischen Anhangs zu dem Handbuch.

Subell-Zeltow-Beslow:

Es ist ja nichts Neues, daß die Berliner ihr Fell zu Markte tragen müssen. Bis jetzt scheint es in der Partei so zu sein, daß Berlin in erster Linie dazu da ist, die Mittel in großartigem Maßstabe für die Partei anzubringen. (Sehr richtig!) Im übrigen aber auf den Parteitag keine Anträge stellen oder begründen zu dürfen. (Heiterkeit.) Was Ulrich angeführt hat, das war die giftige Gasse, die sich wieder bei ihm gegen die Berliner angeammelt hat. (Heiterkeit.) Um was handelt es sich denn eigentlich? Nicht das ist der Grund, daß Fischer 1000 M. Gehalt mehr erhält; die Sache ist entschieden. Es handelt sich um die Art und Weise (Sehr richtig!), wie das Gehalt Fischer, dem wir es alle gönnen, festgesetzt wurde, und mit welcher Begründung seitens des Vorstands und der Controloire es geschehen ist und wie sie Ulrich jetzt gegeben hat. Wohin soll es kommen, wenn man den großen Orten ein Redacteur, ein Buchhändler sibt, der mit außerordentlichen geistigen Fähigkeiten bedacht ist und dann ein anderer Ort kommt und sagt, ich biete Dir mehr, ich biete Dir 10 000 Mark — soll da der Parteivorstand erklären müssen: Rein, Du bleibst hier, wir geben Dir 11 000? Es heißt in unserer Partei immer: Niemand ist unerfüllbar. Es ist uns gestern und heute von dieser Stelle mit tiefem Bedauern gesagt worden, daß der „Alte“ eine große Lücke hinterlassen hat, deswegen aber innerhalb unserer Partei nicht einen Augenblick Stillstand eintritt; und so sind wir der Meinung, will der Buchhändler, gleichviel welchen Namen er trägt, gehen, weil er anderwärts mehr bekommt, dann sagen wir: Gut, wenn Du gehn willst, dann muß Deine Stelle durch einen andern besetzt werden. Wenn Fischer morgen die Augen schließt, wie der Alte, was dann? (Sehr wahr!) Ist die Stelle dann unbesetzt? Geht darum die socialdemokratische Buchhandlung ein? Und hat Ulrich auch die andere Seite der Sache betrachtet? Nach der Abrechnung hat Berlin genau ein Viertel der Partei-Einnahmen gezahlt mit 62 855 M., Kärnberg und ganz Bayern hat an die Parteikasse nur 973 M. abgeführt. Ist es da den Berlinern zu verdenken, wenn sie, die in so hervorragendem Maße die Munition beschaffen, an dem Orte, wo das Institut besteht, mitreden wollen? Für unsere Viehkommission haben wir uns halbwegs die Rechte, die die Genossen in jedem Orte Deutschlands haben, erst nach langen Mühen erkämpfen müssen. Ich bekreite entschieden, daß die Berliner nicht im Stande sind, aburteilen zu können, was nicht und was nicht frommt. Sächlich genug, daß man an dieser Stelle die Berliner Genossen in Schutz nehmen muß gegen Angriffe, wie sie sich Ulrich hier erlaubt hat. Ich bin der Meinung, so wie es bisher gewesen ist, geht es nicht weiter. Wenn die Berliner es so machen wollten wie Ulrich es ihnen unterzieht, glauben Sie, es würde nicht eine Kleinigkeit für sie sein, eine eigne Buchhandlung ins Leben treten zu lassen? Die Berliner Genossen verlangen keine besondere Stellung, sie verlangen nur ihre Rechte an dem Ort, wo die Redaktion und die Buchhandlung besteht. Sie lassen sich von niemand in dieser Beziehung hindern. Auch der Parteivorstand besitzt nicht das Recht, in willkürlicher Weise 1000 M. einem Beamten mehr zu geben ohne Zustimmung der Parteigenossen und des Parteitags. (Beifall.)

Dieh-Stuttgart:

Eine Vermittlung zwischen den Berlinern und denen, die die Gehaltserhöhung bewilligt haben, besteht. Aber wodurch ist sie entstanden? Ueberall in Deutschland haben die Geschäfte eine fast ausschließlich lokale Bedeutung, nur das Berliner Geschäft macht eine Ausnahme davon. Das Berliner Geschäft gehört ganz Deutschland. Wenn man den Berliner Genossen auch gewisse Rechte in Bezug auf die Erhaltung und Verwaltung des „Vorwärts“ eingeräumt hat, so ist das nicht der Fall in Bezug auf die Buchhandlung. Denn diese arbeitet nicht für Berlin, sondern für ganz Deutschland. Dadurch sind diese exceptionellen Verhältnisse entstanden. Wie soll nun der Vorstand die Gehaltsfrage eines Leiters der Buchhandlung entscheiden? Das erste ist, daß er sich ansieht, was in bürgerlichen Geschäften gezahlt wird; und da muß ich dem ersten Berliner Redner unrecht geben. Es ist kein zu hohes Gehalt, was Fischer erhält; in ähnlichen Geschäften, die bei weitem nicht den Umsatz haben wie die Vorwärts-Buchhandlung, werden wesentlich höhere Honorare gezahlt. Und nun werfen Sie einmal einen Blick auf die Geschäftsbefahrung und die Ergebnisse der Buchhandlung, ob sie gut sind oder nicht. Im vergangenen Jahre hatte sie einen Brutto-Umsatz von 187 000 M.; alle diejenigen Genossen, die eine kaufmännische Bildung genossen und etwas Erfahrung haben in kaufmännischen Geschäften, werden zugeben, daß da ein Netto-Ertrag von 18 000 M., das sind 10 Proz., eine außerordentlich hohe Ziffer ist und um diese Ziffer zu erzielen, bei dem außerordentlich billigen Preisen, mit denen die Vorwärts-Buchhandlung arbeitet, eine ganz große Geschäftlichkeit und eine ordentliche Arbeitskraft dazu gehört. Sie müssen nicht vergessen, daß der Leiter der Vorwärts-Buchhandlung nicht allein den kaufmännischen Teil zu besorgen hat, nein, noch eine ganze Reihe anderer Geschäfte. Er muß, soweit mir bekannt ist, die Redaktion der Wochzeitung machen, die Redaktion der freien Stunden, er hat auch die ganze Verlagsredaktion nebst allen Korrekturen. Das ist eine Beschäftigung, für die Sie allein einen Mann anstellen müßten. Die Vorwärts-Buchhandlung hätte das Recht, einen Leiter zu beantragen und daneben einen Korrespondenten; diese beiden Stellen verfiel Fischer ganz allein, und nun lagern Sie darüber, daß der Mann 6000 M. Gehalt dafür bekommt. Sie haben ja auch weniger über die 5000 M. geklagt, als über die Art und Weise, wie sie bewilligt worden sind. Das ist der springende Punkt. Aber bei der exceptionellen Stellung der Vorwärts-Buchhandlung kann das gar nicht anders sein. Es war eine Art Zwangslage, das Kärnberger Geschäft war verfallen, der Eigentümer war gestorben und hatte das Geschäft in einem schmerzlichen Zustand hinterlassen. Man sah sich nach jemand um, der im Stande war, wieder Ordnung zu schaffen, und die Wahl fiel auf Fischer, der ohnehin Vater von Geburt war. Der Vorstand mußte sich fragen, wer Fischer ersetzen könnte, und da sagte er denn: was Kärnberg kann, können wir auch. Die Berliner hätten besser daran getan, dem Vorstand Vorstellungen zu machen, aber sie hätten nicht so weit gehen und an den Parteitag herantreten dürfen, in der Absicht, für die Zukunft derartige Vorkommnisse zu verhindern. Denn damit binden sie ja den Vorstand die Hände. Ich glaube, die Genossen würden heute vernünftig handeln, wenn sie das, was geschehen ist, billigen dadurch, daß sie dem Vorstand vollste Decharge erteilen. Ich kenne die Honorare, die in bürgerlichen Buchhandlungen gezahlt werden und ich kann Ihnen sagen: kein bürgerliches Geschäft würde es wagen, den Leiter eines derartigen Betriebes so gering zu honorieren. (Beifall.)

Ricfel-Berlin VI:

Es wäre mir nicht eingefallen, zu der Angelegenheit Fischer das Wort zu ergreifen, wenn nicht Genosse Ulrich den Berlinern das Urteil über die Buchhandlung abgesprochen hätte. Ich meine, Ulrich ist der Letzte, der in der Lage ist, über die Berliner zu urteilen. Er kann für sich selbst das in Anspruch nehmen, was er den Berlinern vorgeworfen hat. (Sehr richtig!) Sie haben ja in Ostfa von Auer sagen hören, daß die Einnahmen der Partei aus den übrigen deutschen Städten immer mehr zurückgehen und daß sich das voraussehen lieh. Unsere Theoretiker acht ich sehr hoch; wenn ich auch nicht allen ihren Ausführungen zustimme, so gebe ich doch zu, daß dieses davon recht aktuell ist; aber damit allein ist es nicht getan, zum Kriegsführen gehört Geld. Sehen Sie sich doch die Aufstellung der Einnahmen an, daraus werden Sie erkennen, aus welchen Orten die Gelder kommen. Gegen die Gehaltserhöhung an sich haben wir nichts einzuwenden gehabt, sondern nur gegen die Art und Weise, wie die Erhöhung vor sich gegangen ist. Würden wir so handeln, so würden wir schließlich, wenn ein anderer Ort mal 10 000 Mark bietet, ebenso viel bieten müssen. Ja, wenn wir so wenig an die Partei abführen, wie Bayern, dann könnten wir ganz andre Gehälter zahlen, dann könnten wir vielleicht 15 000 M. bieten. (Sehr richtig!) Man sollte es doch vermeiden, Parteigenossen, die mit recht ihre Mißbilligung über ein Vorkommnis hier Ausdruck geben, derartige Vorwürfe zu machen. Man hat die Berliner Genossen zu respektieren genau so wie ja auch Ulrich verlangt respektiert zu werden. Dies Recht nehmen auch die Berliner für sich in Anspruch.

Singer:

Die hier angeregte Frage ist zu meinem Bedauern zu einem Streit zwischen den Berliner Genossen und den übrigen ausgebrochen worden. Ich halte das für falsch, bin der Meinung, daß wir nicht erst nötig haben, die geradezu glänzende Opferwilligkeit und Energie der Berliner zu betonen. Wer wie wir, die wir seit Jahrzehnten in der Bewegung stehen, wer wie wir weiß, daß es die Berliner unter den schwierigen Verhältnissen immer als Ehre angesehen haben, nicht nur in ihren agitatorischen Leistungen für die Partei, sondern auch in der finanziellen Opferwilligkeit an der Spitze zu stehen, der kann begreifen, daß es den Berlinern unangenehm ist, wenn gewisse künstliche Gegensätze — und ich freue mich, daß es nur künstliche sind — zwischen ihnen und den übrigen Genossen konstruiert werden. In der vorliegenden Frage aber halte ich als Mitglied des bisherigen Vorstands mich für verpflichtet, gegen die Auffassung der Berliner Genossen Stellung zu nehmen. Ich zweifle auch nicht daran, daß die Berliner bei näherer Ueberlegung den Standpunkt verlassen werden, der hier zum Ausdruck gekommen ist, daß wer das meiste Geld zusammenbringt, auch das meiste zu sagen hat. (Widerspruch der Berliner Delegierten.) Nun, ich freue mich über ihr Kopfschütteln, aber ausgesprochen ist die Ansicht, die ich für grundfalsch halte. Die Berliner, denen wir für ihre Opferwilligkeit dankbar sind, können doch das Geld nur zusammenbringen, weil sie an einem Ort leben, wo die Quelle für diese Opferwilligkeit vorhanden ist. Man braucht die Verdienste der Berliner nicht zu unterschätzen, aber es darf nicht der Grundsatz einreifen, daß wer das meiste Geld giebt, auch am meisten zu sagen hat. (Sehr gut.) Wo bliebe da das demokratische Gefühl, wo die Gleichberechtigung? Im Gegenteil, die großen Orte müssen es sich zur Ehre machen, finanziell an der Spitze zu marschieren, aber materiell nicht ein Atom mehr zu sagen zu haben als die andern. Aber auch sachlich sind die Berliner nicht im Recht, wenn sie sagen, sie müßten bei der Besetzung der Stelle des Leiters der Buchhandlung respektiert werden. Gewiß, der Wille der Berliner muß respektiert werden, insofern er als Ausdruck der Meinungen der Parteigenossen hier auf dem Parteitag in Erscheinung tritt. Wir können aber innerhalb unserer jetzigen Organisation den Berlinern unter keinen Umständen ein größeres Recht an den der Gesamtheit gehörigen Parteigeschäften einräumen als andern. (Sehr richtig!) Die Berliner hatten das Recht, an die Controloire zu gehen, sie konnten an den Parteitag gehen, sie werden sich der Verleihung des Parteitags freuen, aber sie haben kein Recht, zu verlangen, daß die Buchhandlung vorwärts, so lange die jetzige Organisation besteht, ihrer Kontrolle unterstellt wird. Daß sie das als richtig anerkennen, geht ja aus den Anträgen hervor, die darauf hinzielen, die Leitung der Buchhandlung aus der Kontrolle der Berliner zu unterstellen. Geht dieser Antrag durch, dann gut, aber so lange das nicht der Fall ist, ist die Buchhandlung der Jurisdiction der Berliner entzogen und unterliegt der Kontrolle der Organe der Partei, also des Vorstands, der Controloire und des Parteitags. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Berliner sich mißbilligend über einen Beschluß äußern. Das ist ihr gutes Recht und der Parteitag wird ja darüber entscheiden. Daß der Vorstand so gehandelt hat, war nicht falsch. Wir wissen alle, welchen Wert die Buchhandlung Vorwärts für die Gesamtpartei hat. Nachdem nun der bewährte Leiter der Buchhandlung von Kärnberg aus in eine Situation gebracht, in der — nehmt es mir nicht übel — jeder von Euch ebenso gehandelt hätte, wenn ihm für seine Thätigkeit innerhalb der Partei bessere wirtschaftliche Existenzbedingungen geboten werden, nachdem wir, sage ich, in die Zwangslage verlegt waren, entweder den Mann zu verlieren, dem wir mit vollem Vertrauen die Leitung der Buchhandlung anvertrauen können, oder den im Verhältnis zur Sache geringen Betrag von 1000 Mark zuzulegen, da waren wir einstimmig der Meinung, daß wir den Interessen der Partei besser dienen, wenn wir den Leiter der Buchhandlung auf seiner Stelle hielten, als wenn wir entsprechend dem Grundsatz, daß niemand unerfüllbar ist, die Stelle anderweitig vergeben hätten. Gewiß, kein Mensch ist unerfüllbar, aber darf man daraus den Grundsatz folgern, daß man Leute, die man brauchen kann, wegen einer Kleinigkeit entläßt? Das ist doch keine Logik. Der Parteivorstand und die Controloire haben nach meiner Meinung pflichtgemäß die Interessen der Partei gewahrt, an Ihnen liegt es, unser Verhalten zu billigen oder zu mißbilligen. Nur wünsche ich, daß aus diesem Anlaß keine Gegensätze zwischen den Berliner und den übrigen Genossen konstruiert werden. (Beifall.)

Rosa Eugenburger:

Wenn ich mit wenigen Worten auf die Weltpolitik eingehen, so geschieht es nicht, um der Diskussion zu Punkt 7 vorzugreifen; ich will nur die praktische Frage streifen, ob die von uns unter Partei in Bezug auf den Chinesischen entfaltete Agitation zu der Tragweite des Ereignisses in richtigem Verhältnis stand. Es ist unmöglich, darauf nicht mit nein zu antworten. Freilich hat unsere Presse und, voran der „Vorwärts“, sehr viel getan, um die Abenteurer-Politik der Regierung zu brandmarken. Aber das genügt nicht. Der Schwerpunkt der Agitation dürfte in diesem Falle nicht in der Presse liegen, die nur auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung wirkt, sondern in der mündlichen Agitation, die in weite, unferne Bewegung noch fernstehende Kreise dringt; in dieser Beziehung ist aber sehr wenig geschehen. Bis jetzt haben wir es immer verstanden, auf reaktionäre Anschläge mit einer impotanten Volksbewegung zu antworten. Jetzt aber, wo Ereignisse eintreten, die an Tragweite alles von uns in den letzten 10 Jahren Erlebte übertreffen, Ereignisse, die einen Wendepunkt in der Geschichte des ganzen kapitalistischen Europa bilden, da ist keine planmäßige Agitation durch Protestveranstaltungen eingeleitet worden. Freilich forderte unsere Presse die Enttarnung des Reichstags, eine Forderung, die für uns ganz selbstverständlich ist. Sollte aber diese Forderung nicht einige Lösung sein, so könnte man wirklich sagen, daß bei der Socialdemokratie der große Berg der Weltpolitik ein lächerliches Räuschen geboren hat. Denn von diesem Reichstag, der die Flottenvorlage bewilligt hat, konnte man doch voraussehen, daß er die treueste Stütze der jetzigen Weltpolitik sein wird. Wir können deshalb die Enttarnung des Reichstags nur von dem Standpunkt aus betrachten, daß er die Tribüne unseres Proletates bildet. Nun fragt es sich aber, war es nicht tausendmal wichtiger, den Protest in Volksversammlungen zu tragen und sich direkt an die Massen zu wenden? Ich will dem Parteivorstand durchaus keinen Vorwurf machen, er hat triftige Gründe für alles, was er that; ich bringe die Frage nur deshalb zur Sprache, weil sonst leicht Mißverständnisse über die Gründe entstehen könnten. So könnten z. B. Fernstehende den falschen Eindruck gewinnen, als ob wir eine vorwiegend parlamentarische Partei wären, die die größten weltgeschichtlichen Vorgänge nicht anders als durch ein paar Reden im Reichstag zu parieren weiß, oder es könnten schlecht informierte zu der falschen Ansicht kommen, als ob unsere Partei, die doch in allen andern Fällen so impotante Protestbewegungen entfaltet hat, hier wo es sich um einen blutigen Krieg des vereinigten kapitalistischen Europa gegen Asien handelt, sich so ruhig verhält, weil sie auf den offiziellen und nicht offiziellen Chauvinismus zu viel Rücksicht nimmt, das wäre für uns natürlich fatal. Gerade weil ich weiß, daß unsern Vorstand nichts ferner liegt als eine Ueberhöhung der parlamentarischen Aktion oder Rücksicht auf den Chauvinismus. Deshalb möchte ich, daß in Zukunft zu derartigen unbegründeten Vermutungen kein Anlaß gegeben wird. (Beifall.)

Stabenreich-Oggersheim:

Die Gehaltserhöhung für Fischer hat mich zuerst auch frappiert, sie erklären mir zu springhaft. Ich dachte, vielleicht hätte auch eine kleinere Zulage genügt, Fischer in Berlin zu fesseln. Das Gutachten unseres Sachverständigen, des Genossen Dieh, hat mich zu einer andern Auffassung geführt. Ich füge mich seinem Urteil und sehe, daß den Vorstand kein Vorwurf trifft. Eine tüchtige Kraft muß festgehalten werden und die Parteioorganisation giebt dem Vorstand Vollmacht zur selbständigen Geschäftsführung in dieser Richtung. Ein Ausweg wäre etwa nur, festzusetzen, daß der Parteitag gefragt werden muß, wenn die Gehaltserhöhung einen bestimmten Prozenttag übersteigt; ob aber dann nicht manch tüchtige Kraft verloren geht, bleibt abzuwarten. Ich hoffe, daß die Berliner Genossen nach dieser Aussprache ihren Antrag zurückziehen werden. Redner

tabelt im weiteren, daß die Vorwärtsbuchhandlung Karten mit der Aufsicht des Liebesbüchsen Leihenszugs vertreibt. Ein so kouragiertes Ereignis dürfte nicht geschäftlich ausgenutzt werden. Das sei unpassend und unschicklich und gleichzeitig widerlicher Personentumult.

Hoffmann-Berlin 4:

Manasse hat den Berliner Antrag so ruhig und sachlich begründet, daß ich es nicht begreifen kann, mit welchem Recht und Taktgefühl Ulrich hier abermals über die Berliner hergefallen ist. Der Ton, den er angeschlagen hat und zu dem nicht die geringste Veranlassung vorlag, wird wirklich nicht dazu beitragen, die Opferwilligkeit der großen Masse in Berlin anzuspornen, allerdings hoffe ich auch, daß die Berliner auf Ulrichs Ausführungen nicht soviel Gewicht legen, daß sie deshalb in ihrer Opferwilligkeit erlahmen werden. Die Berliner haben gezeigt, was sie an Taten leisten können, wir können deshalb über Ulrichs große Worte ruhig zur Tagesordnung übergehen. (Zustimmung.) Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn nicht Singer gesagt hätte, bei uns herrsche die Meinung, als ob derjenige, der das meiste Geld liefert, auch am meisten zu sagen hätte. Es ist den Berlinern nicht eingefallen, solche Theorie aufzustellen, sie haben derartige Anschauungen vielmehr stets bekämpft; aber sie stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht demjenigen, der das meiste Geld einbringt, verbieten darf mitzureden. (Sehr richtig!) Darauf laufen doch schließlich Ulrichs Worte hinaus. (Sehr wahr!) Wir haben, als wir gegen die Form der Gehaltserhöhung, nicht gegen die Gehaltserhöhung als solche, protestierten, ein Recht dazu gehabt, wir haben das Recht, uns an die Controlleure und an den Parteitag zu wenden. Die Sache ist die bürgerlichen Buchhandlungen zahlen auch höhere Gehälter. Ich will darauf nicht eingehen, denn für uns handelt es sich einfach um die Frage, welche Stellung unsere Buchhandlung im Gegensatz zu anderen bürgerlichen einnimmt. In den bürgerlichen Buchhandlungen macht der Leiter das ganze Geschäft, er muß die Wege zum Absatz suchen. Bei uns aber ist es leicht, einen großen Absatz zu erzielen, weil da die Genossen das Geschäft machen. (Sehr richtig!) Die Genossen selbst sind es, die mitthätig sind, unentgeltlich mitthätig sind und ihre Arbeitskraft in den Dienst der Partei stellen. Deshalb haben wir die Pflicht, gegen eine so sprunghafte Gehaltserhöhung Stellung zu nehmen. Es wird gesagt, die Berliner haben kein Recht, da mitzureden. Was nun, wenn die Berliner sich selbst eine Buchhandlung gründen? Glauben Sie, daß damit dem Parteitag Interesse gedient wäre? Die Controlleure mögen mal aus den Büchern feststellen, welchen Anteil Berlin an dem Umsatz der Buchhandlung Vorwärts hat. Wir haben sehr wohl ein Recht mitzureden. Der Parteitag bewilligt doch sämtliche Gehälter. Warum soll nicht in Zukunft auch das Gehalt des Leiters der Buchhandlung vom Parteitag festgesetzt werden? Wenn das geschieht, dann werden solche Vorurteile wie das, gegen das wir hier protestieren, unmöglich werden. Würden wir auch nur 48 Mark an die Parteikasse abführen, dann könnten wir natürlich ganz andre Gehälter zahlen, aber wir haben ein Interesse daran, Gelder an die Partei abzuführen. Um in Zukunft ähnliche Fälle auszuschließen, sollte der Parteitag wenigstens dem Antrag zustimmen, der ja noch später zur Verhandlung kommt, wonach auch das Gehalt des Leiters der Buchhandlung hier auf dem Parteitag festgesetzt wird. Singer sprach von Kleinigkeiten, nun, 1000 M. sind doch keine Kleinigkeit. Fragen Sie mal unsere Genossen, die Bons verkaufen, ob der Verkauf von 10 000 Bons eine Kleinigkeit ist. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach:

Ich hätte mich nicht nochmals zum Wort gemeldet, wenn nicht die Berliner so empfindlich wären und sich über meinen Ton beklagten hätten. Wäre ich ähnlich empfindlich, so könnte auch ich nicht über den Ton von Jubel und Hoffmann beschweren. Aber es ist das gute Recht der Berliner, einen Ton anzuschlagen, den sie wollen, nur haben wir daselbe Recht. Die Berliner haben verlangt eine Mißbilligung dessen, was Vorstand und Controlleure gethan haben. Gegen diesen Antrag habe ich gesprochen. Ob das Gehalt des Leiters der Buchhandlung hier festgesetzt wird, er eventuell hier gewollt wird, das hat damit gar nichts zu thun. Wir müssen ein für allemal feststellen, daß nach der demaligen Organisation die Vorwärts-Buchhandlung ein Institut ist, das von der Gesamtpartei und für die Gesamtpartei gegründet worden ist, daß es total falsch ist von den Berlinern, wenn sie die Höhe der Beiträge mit der Buchhandlung in Verbindung bringen wollen. Wir würden es den Berlinern sehr gerne nachmachen, wenn wir in eben solchen Massen auf einem so kleinen Komplex zusammenstehen würden. Für mich hat das, was Sie als Hochmann gesagt hat, doch mehr Wert als die Ansichten der Berliner. Ich habe absolut kein Gift gegen die Berliner angehaucht, im Gegenteil, sie sind mir ganz angenehm, nur bitte ich zu gestatten, daß ich auch meine Meinung sage. Eine deutliche Aussprache ist doch immer besser, als wenn man die Faust im Sad macht. Die Berliner haben keinen Beweisgrund für ihre Resolution erbracht, daher lehne ich sie ab. (Beifall.)

Ich werde auf den Fall Richter nicht eingehen, er ist für uns Nürnberg erledigt. Nur die Kennerinnen Hoffmanns und anderer, als ob die Nürnberger Parteigenossen es an Opferfreudigkeit für die Partei fehlen ließen, veranlaßt mich zu einer Bemerkung. Vergessen Sie doch nicht, daß wir in den letzten zwei Jahren die Agitation für zwei Reichstagswahlen und eine Landtagswahl zu betreiben hatten. Wenn wir 15 000 Mark dafür nicht hätten ausgeben müssen, hätten wir ein hübsches Pöschchen nach Berlin schicken können. Im übrigen haben wir schon längst in Aussicht genommen, auf dem nächsten bayerischen Parteitag zu beschließen, daß von unsren Beiträgen ein ganz bestimmter Prozentsatz an die Berliner Parteikasse abgeführt werden soll. Damit will ich schließen. (Weiterkeit und Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Hoffmann-Berlin 4:

Komens der Antragsteller habe ich zu erklären, daß nachdem der Zweck des Antrags erreicht, und die Sache in der Form zur Sprache gekommen ist, wie wir es für nötig gehalten haben, und in der Hoffnung, daß der Parteitag unsere Ausführungen Rechnung tragen wird (Weiterkeit), wir den Antrag zurückziehen.

Planung

geht in seinem Schlußwort auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein. Der Fall Wed ist abgethan. Es ist nicht mehr nötig, sich mit seiner Person zu befassen. Zu dem Punkte von Müller-Fleinsburg ist zu bemerken, daß das parlamentarische Handbuch im Manuscript fertig vorliegt und in einer Form, daß es ein schnelles und in jeder Weise geeignetes Instrument für die Agitation sein wird. Es ist zugleich so eingerichtet, daß es von Jahr zu Jahr erweitert werden kann. Die Genossin Luxemburg ist die einzige, die die Thätigkeit der Parteileitung in der Agitation kritisiert hat. Sie hat in verbindlichem Ton zugegeben, daß die Parteileitung wohl wissen werde, weshalb sie etwas thue und nicht thue, aber sie hätte auch die Konsequenzen davon ziehen müssen. Wir mühten eben mit den Verhältnissen bei der mündlichen Agitation rechnen. Wir haben auch im verflochtenen Jahre größere Agitationstouren gemacht und dabei die Wünsche der Genossen bezüglich der Redner nach Möglichkeit berücksichtigt. Allen Wünschen konnte nicht Rechnung getragen werden. Da mühten wir aber die bedauerliche Erfahrung machen, daß, wenn wir einzelnen Orten Redner präsentierten, die nicht den Titel eines Reichstags- oder Landtags-Abgeordneten tragen, uns die Genossen einfach erklärten: dann verzichten wir auf die Ausführung der Agitation, solche Redner haben wir ein halbes Duzend am Orte selbst; dies zur Exemplifikation auf den Vorwurf, den uns die Genossin Luxemburg gemacht hat, wir hätten die Weltmachtspolitik in der mündlichen Agitation besser propagieren müssen. Das heißt, wir hätten ein Duzend Bedels und jetzt, wo Reichsrecht tot ist, sogar zwei Duzend Bedels haben müssen, und zwei Duzend Bollmars und zwei Duzend Singers und ein Duzend Luers und dann je nach der Qualität eine geringere Zahl. (Weiterkeit.) Ich meine aber, wir haben keine Unterlassungsstände begangen, die eine Gefahr für die Partei bedeutete. (Sehr wahr.) Die Genossin Luxemburg hat ja sonst weiter nichts an dem

Partei Vorstand auszuführen gehabt, und ich will nur sagen, daß auch auf andern Gebieten der Parteivorstand der Agitation sein Augenmerk zugewandt hat, so z. B. Erwägungen angestellt hat, eine Agitation gegen den Ausbeutezug, ja ich möchte sagen, gegen den Raubzug des Wohlensyndikats aufzunehmen. (Beifall.) Sie ersehen daraus, das die Parteileitung in dem verflochtenen Berichtsjahr nicht auf dem Ohr gelegen und geschlafen hat, sondern sich mit den Dingen, die unser wirtschaftliches und politisches Leben bewegen, in erworbener Weise beschäftigt. Die Berliner haben ja ihren Antrag zurückgezogen, es erlirbt aber deshalb nicht, noch darauf zurückzukommen. Vorstand und Controlleure haben vollkommen korrekt gehandelt. Die Berliner haben sich ja nicht über die Gehaltserhöhung an sich aufgehalten, als darüber, daß sie nicht gefragt worden sind. Wenn die Berliner sich immer so korrekt verhalten hätten, so wären Mißverständnisse nicht vorgekommen. Nach dem Organisationsstatut haben sie nicht das Recht über Entschlüsse, gefragt zu werden, die der Parteivorstand im Interesse der Partei zu fassen hat. Die Controlleure sind unfremd Beschlüssen beigetreten; es ist richtig: mit 3 gegen 2 Stimmen, aber es war damals eine gemeinschaftliche Sitzung der Parteileitung und auch die 5 Vorstandsmitglieder waren anwesend. (Weiterkeit.) Ja die haben aber nicht mitgestimmt. Ja sie hätten aber das Recht dazu gehabt (Widerpruch), nun jetzt werden wir ja das Organisationsstatut ändern. (Weiterkeit und Widerspruch.) Wir werden Controlleure und Vorstand wieder trennen. Jubel sprach mit Empörung davon, die Berliner Parteikommission habe ihre Rechte erst erkämpfen müssen; das ist doch nicht der Fall. Sie wissen, daß der Ausgestaltung des „Vorwärts“ sofort entgegengekommen ist, nur dagegen sind wir pflichtgemäß aufgetreten, daß die Berliner Parteitagbeschlüsse schon vorweg nehmen wollten. Auch jetzt sind die einleitenden Schritte zur Verwirklichung der Berliner Forderungen mit Zustimmung und unter Mitwirkung der Parteileitung erfolgt. So liegen die Dinge in Wirklichkeit und daher muß ich auch den Vorwurf Jubels, der Vorstand habe willkürlich gehandelt, entschieden zurückweisen. Die Frage der Gehaltserhöhung ist erledigt. Ein Recht, sich über die 1000 M. zu beschweren, haben gerade die Berliner nicht, denn in der Redaktion haben sie ein Gehalt von 5000 M. für nicht zu hoch gehalten. Das dürfen sie dann auch für die Buchhandlung nicht abweisen, oder sie mühten erklären, daß Richter nicht die entsprechenden Fähigkeiten und Intelligenz besitze. Ich will aber doch darauf hinweisen, daß schon der Vorgänger Richters eine Gehaltserhöhung verlangte, die über die an Richter gezahlte hinausgeht, und daß Richter doch eine ganz andre Auffassung, einen ganz andren Geist in die Buchhandlung hineinbrachte, so daß sie heute doch etwas ganz andres ist als wie er sie übernahm. Aus allen diesen Gründen sind die Angriffe der Berliner auf die Parteileitung nicht gerechtfertigt und sie haben sich ja auch der besseren Einsicht nicht verschlossen; mit der Zurückziehung des Antrags erklären auch sie sich bereit, die Decharge zu erteilen. (Weiterkeit und Beifall.)

Ulrich-Offenbach:

Die Entlassung aus der Fabrikarbeit bedeutet aber für diese Kategorie der Arbeitenden eine wesentliche Verschlechterung ihrer Lage. Offen steht ihnen die Heimarbeit, welche, wie schon oft überzeugend nachgewiesen worden ist, weit vorzuziehen ist auf das Familienleben wirkt als Fabrikarbeit. Denn wenn diese in den freien Stunden immer noch ein Familienleben zuläßt, bringt die Heimarbeit die Fabrik in das Heim selbst, paamt mit der Frau auch die Kinder in das harte Joch der rastlosen Arbeit — der Verdienst genügt ja auch dann kaum zum dürftigsten Leben. Die Schädigung der Gesundheit für Mutter und Kinder durch den stetigen Aufenthalt in der engen Wohnung ist auch ein schwerwiegendes Uebel bei dieser schlimmsten unter allen Arbeitsweisen.

Ein Argument für die Fabrikarbeit verheirateter Frauen finden wir außerdem im Hamburger Bericht angeführt, welches gleichfalls Beachtung verdient: der Einfluß, welchen die Ehefrau auf die mitarbeitenden Mädchen ausüben kann. Hier ist ohne Zweifel eine in sozialer Beziehung sehr wichtige Seite der Frage berührt. Es ist nicht zu leugnen, daß die tüchtige erfahrene Frau hier ein weites und schönes Feld der Einwirkung findet. Hat sie das Vertrauen der jungen Mädchen erst erworben, kann sie ihnen in schwierigen Lagen durch Rat und That beistehen, weit besser als andre, welche die besonderen Verhältnisse der Arbeitsstelle nicht kennen. Ist sie durch Einsicht und Erfahrung belehrt, Mitglied ihrer Gewerkschaft, wird es ihr am leichtesten sein, die jüngeren Arbeitsgenossinnen durch ihr Beispiel zur Nachfolge zu bewegen. In häuslichen und sittlichen Fragen ist sie gleichfalls die beste Beraterin, wodurch ihr anderweitiger Einfluß auch gestärkt wird.

Während sie, eingepossen in das trostlose Kleid der Heimarbeit, den Zusammenhang mit ihrer Gleichartigen nur zu leicht verliert — der Druck der überlangen Arbeitszeit lastet zu schwer auf den gebeugten Schultern —, kann sich im Verkehr der Genossinnen in der Fabrik, durch den Einfluß auch nur einer Einzigen, welche genossenschaftlich gebildet ist und politisch denken gelernt hat, ein neuer Geist entwickeln, dessen Einfluß sich bald fühlbar machen wird.

Versammlungen.

Steglich. Hier tagte am 13. d. M. eine von den Vorständen der Krankenkassen einberufene Versammlung, die sich mit der Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes beschäftigte. In einer Resolution sprachen sich die Versammelten gegen die reaktionären Pläne der Reform aus, stimmten aber der Ausdehnung der Versicherungspflicht und der Leistungen zu.

Köpenick. Am 11. d. M. fand eine Versammlung aller Gewerkschaften in Mariers Lokal statt, in der das Kartell die Jahresrechnung vorlegte. Diese weist einen Barbestand von 319,60 M. aus und wurde 100 M. für auswärtige Streiks überwiesen. Es erstattete sodann die Finanzkommission in Sachen des früheren Obmanns Loutra Kartell Bericht. In der heftigen Debatte wurde die Handlungsweise des Obmanns und die seines Stellvertreters von allen Rednern verurteilt und er nicht mehr für würdig gehalten, ferner noch Komter in der Arbeiterbewegung zu belassen. Es wurde sodann einem Antrag zugestimmt, einen Cyclus von Vorträgen über sociale Gesetzgebung im kommenden Winter zu veranstalten.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Dem Abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus: Versammlung. Vortrag des Schriftstellers Herrn Vandenauer über den russischen Dichter Dostojewski.

Verein selbständiger Fensterputzer Berlins. Dienstagabend 8 Uhr bei Pfeiffer, Wallstr. 31/32: Generalversammlung. Vorstandswahl. **Das moderne Heim und die einheitliche Weltanschauung** in der Gegenwart eines Vortrags, den in einer vom Germano Bruno-Bund besetzten öffentlichen Versammlung Dr. Rudolf Steiner am Mittwoch, den 19. September, abends 8 Uhr, in der Berliner Ressource, Romanendammstr. 57, behandelt wird. Eintritt frei.

Rummelsburg. Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei der Ritter, Goethestr. 17, eine Versprechung statt, in der die Gründung eines Arbeiter-Turnvereins am Ort erörtert werden soll. Freunde der Turnerei werden dringend gebeten, in dieser Zusammenkunft zu erscheinen.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 51. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vor zehn Jahren — Die „deutsche Wissenschaft“ hinter den Arbeitern. Von Rosa Luxemburg. — Die weibliche Lohnarbeit und ihr Einfluß auf die Sittlichkeit und Kriminalität. Ein nachträglicher Beitrag zur lex Heinze. Von Georg S. — Marie von Ebner-Eschenbach. Zum heiligsten Gedächtnistage. Von D. Bach. — Literarische Rundschau: Die deutsche Volkswirtschaft am Schluß des neunzehnten Jahrhunderts. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von Otto Kreis. — Jubiläum: Die Grundidee von Tolstoj's „Auferstehung“. Von L. Kreis. (Schluß.)

Das hungernde Rußland. Im Verlag von J. G. M. Diez ist soeben ein neues, hochinteressantes Werk über Rußland erschienen unter dem Titel: Das hungernde Rußland. Reise-Eindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. G. Veßmann und Varous.

Aus dem Prologe teilen wir nachfolgendes mit: Die im Jahre 1898 stattgehabte Hungersnot in Rußland, die auch im Jahre 1899 ihre Fortsetzung fand und drohend zu werden droht, veranlaßte den Arzt Dr. G. Veßmann in München und Varous, einen geborenen Russen, der auf schweizerischen Universitäten seine wissenschaftliche Bildung erlangt und in weiteren Kreisen Deutschlands sich einen geachteten Namen erworben hat, im Jahre 1899 eine Forschungsreise durch das Hungergebiet zu machen.

Die Ergebnisse dieser Reise sind in dem nunmehr vorliegenden Werke niedergelegt. Das Studium desselben dürfte für alle Ethnologen, Sociologen, Statistiker, Humanisten, Nationalökonomien, Kräfte und andre von großem Interesse sein; die ungeschminkte, gerade Sprachweise der beiden Autoren wird aber bei jedem einen tiefen Eindruck hinterlassen — in der Darstellung ergänzen sich Arzt und Nationalökonom.

Im Vorwort sagen die Verfasser: „Die Pariser Weltausstellung, wie schon früher jene in Chicago, gab der russischen Regierung abermals Veranlassung zu einer großartigen Reflektion. Durch ein prächtiges Arrangement ändert sie den Charakter ein Bild des Reichthums und des Ueberflusses vor. Ja das nicht die alte Kunst der Potemkinschen Dörfer?“

Seitdem man Rußland kennt, weiß man, daß es ein an Naturgütern reiches Land ist. Was aber an Rußland stets verdammernd war, wie wenig es diese Schätze auszunutzen versteht, wie arm es in seinem Reichthum ist. Soll es jetzt herbeizit anders gemessen sein? Dieses Buch zeigt die Wege, welche der Reiche: das offizielle, russische Rußland geht, sich als Rußland der Duzens — unser Buch schildert das hungernde Rußland.

Das reich illustrierte Werk umfaßt 34 Bogen. Die Ausstattung ist eine prächtige. Der Preis für das komplette Werk beträgt brutto 6 M., in englischer Binde gebunden 7,50 M.

Wiederholt ist eine Preisangabe von 6 M. veranlaßt worden, die in 16 Heften a 40 Bl. komplett vorliegen wird. Alle 14 Tage erscheint ein Heft. Sämtliche Buchhandlungen und Colporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Marktpreise von Berlin am 15. September 1900					
nach Ermittlungen des hies. Polizeipräsidiums.					
*) Weizen, gut D. 4. r.	15,50	15,48	Antoni, neu, D. 4. r.	6 —	4 —
„ mittel	15,46	15,44	Kindfleisch, Reule 1 kg	1,60	1,20
„ gering	15,42	15,40	„ do. Haus	1,20	1 —
*) Roggen, gut	14,90	14,88	Schweinefleisch	1,60	1,10
„ mittel	14,82	14,78	Rindfleisch	1,60	1 —
„ gering	14,74	14,70	Hammerfleisch	1,60	1,20
*) Gerste, gut	15,60	15,10	Butter	2,80	2,20
„ mittel	15,00	14,50	Eier	60 Stk	4 —
„ gering	14,40	13,90	Kompot	1 kg	2 —
*) Hafer, gut	15,10	15,10	Kart.	—	2,50
„ mittel	15 —	14 —	Kand.	—	2,50
„ gering	15,00	13 —	Veget.	—	2 —
Richtmaß	6,86	5,82	Porz.	—	1,80
Get.	7,20	5 —	Stiele	—	2,40
Speiseölen	40 —	25 —	Ärzte	—	1,40
Leinöl	45 —	25 —	Archie	per Schaf	20 —
Umlen	70 —	30 —			

*) ab Bahn. *) frei Wagen und ab Bahn. **Produktenmarkt vom 17. September.** Der Getreidemarkt verfuhr heute in unheimlicher Tendenz. Die höchsten Meldungen aus Amerika blieben hier ohne Beachtung, da reichlicheres Anlandungsgebiet auf dem Markt war. Auch aus Rußland sollen billigeres Oberland vorhanden gewesen sein. Das Weizenmarkt war sehr still. In der zweiten Stunde war Roggen für Oktoberlieferung 1/4 M. unter dem offiziellen Schluss vom Sonnabend. Weizen war gegen vorgestern 25 — 30 Pf. höher. Der Panikmarkt war äußerst zurückhaltend. Im Weizenmarkt liegt das Weizenmehl. Hafer war etwas feher. Rüböl jeft. 0,20 M. höher. — Spiritus unverändert, 70er loco 51 M.

Konferenz der socialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Mainz, 15. September.

Im Saale von Rothermund trat heute früh die erste Konferenz socialdemokratischer Frauen zusammen. Anwesend sind etwa 40 Personen, 25 weibliche und etwa 15 männliche Delegierte, die von Frauenorganisationen hergefaßt sind. Auch aus dem Ausland sind Gäste anwesend, so Fanny Imle aus Paris und Mrs. Kosew aus London. Im Auftrag der hessischen Regierung nimmt die Assistentin der Gewerbe-Inspektion Mainz, Fräulein Schumann, an der Konferenz teil. Von der Polizeibehörde sind Stenographen mit der Ausnahme der Verhandlungen beauftragt. Fräulein Waader-Berlin begrüßt die Anwesenden. Sie weist darauf hin, daß die Konferenz zum erstenmal die socialdemokratischen Frauen Deutschlands vereinigt. Die Konferenz ist notwendig geworden, um die deutsche Frauenbewegung fördern zu helfen, denn wir verfehlen uns nicht, daß in unserer Bewegung noch mehr als bisher geschehen muß. Die Konferenz soll natürlich keineswegs Sonderbestrebungen verfolgen, sondern im Gegenteil bewirken, daß der Zusammenschluß der Frauenorganisationen mit den allgemeinen Partei-Organisationen immer enger wird. Die Konferenz wird die auf ihr gefaßten Beschlüsse dem allgemeinen Parteitag unterbreiten und auch dort zur Verhandlung zu bringen suchen. Die geeinigste socialdemokratische Partei besteht jetzt gerade 25 Jahre. Hoffen wir, daß wir es in den nächsten 25 Jahren, vielleicht noch früher, zu einer starken, achtunggebenden Frauenbewegung bringen werden.

In das Bureau werden hierauf gewählt Frau Jettin-Stuttgart als erste Vorsitzende, Fräulein Waader-Berlin als zweite Vorsitzende, Frau Zieg-Hamburg und Frau Ledebour-Dresden als Schriftführerinnen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen“ spricht Frau Jettin: Im Interesse weiterer Agitation ist der Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen notwendig. Wir müssen auf unsere Sonderorganisationen bestehen, denn die allgemeinen Parteiorganisationen dienen unseren spezifischen Interessen nicht genug. In der Theorie sind wir Frauen ja völlig gleichberechtigt, in der Praxis aber hängt gar vieles unserer männlichen Genossen der Phylisterapost grade so im Kaden, wie dem ersten besten Epischbörger. Grade die Frauen sind aber für den Befreiungskampf des Proletariats notwendig. Durch den Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen werden mehr Frauen als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Das kann der Bewegung nur nützen. In allen Industriezentren werden Vertrauenspersonen zu wählen sein, die wiederum in der Umgebung dieser Centren weitere Vertrauenspersonen anzustellen und mit ihnen in ständiger Fühlung zu bleiben haben. Vor allem aber müssen wir verlangen, daß die Frauen als völlig gleichberechtigt zu allen Entscheidungen in der inneren Parteiorganisation hinzugezogen werden. Die innere Einheit der Partei verlangt es. Schließlich soll eine Centralvertrauensperson für ganz Deutschland bestellt werden. Diese soll Berichte über die Frauenbewegung aus allen Bezirken einfordern und zusammenstellen. Die Berichte sollen dann dem offiziellen Bericht des Parteivorstands einverleibt werden. Rednerin empfiehlt eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Resolution.

In der Diskussion stellt sich Frau Zieg-Hamburg ganz auf den Standpunkt der Frau Jettin. Man habe zwar weibliche Vertrauenspersonen aller Orten gewählt, aber doch den Ausführungen Auer in Gotha zugestimmt, der die Gleichberechtigung der Frauen bestritten habe. Die männlichen Genossen seien eben auch nicht gleichberechtigt, sondern mit allen den Fehlern behaftet wie die anderen Männer auch.

Frau Gottshausen-Düsseldorf giebt einen Bericht über die Frauenbewegung in ihrer Heimat. Die Männer wären dort noch sehr rückständig und erlaubten ihren Frauen nicht, den Organisationen beizutreten, verweigerten ihnen direkt die Geldbeiträge dazu.

Frau Jhrer-Berlin weist darauf hin, daß die vereinigte Agitation in vielen Staaten der Annahme der Jettinschen Resolution entgegenstehe. Preußen verbiete z. B. den Frauen die Mitgliedschaft an politischen Vereinen. Auer habe also nicht unrecht gehabt, wenn er sagte, die Frauen könnten in den politischen Organisationen nicht gleichberechtigt sein.

Frau Dunder-Leipzig beantragt, die Gleichberechtigung da zu fordern, wo es die vereinigte Agitation gestatten. Für Württemberg, Hamburg etc. würde das dann einen Fortschritt bedeuten.

Frau Steinbach-Hamburg hält das Verlangen der Genossin Jettin für verfehlt. Einmal stehen ihm vielfach Vereinigungen entgegen, dann aber sei weder das heutige Männermaterial noch das heutige Frauenmaterial geeignet, ideale Zustände zu schaffen. Gestehen wir es nur ruhig ein, wir haben noch ungeheuer viel zu kämpfen gegen den Indifferentismus in den eigenen Reihen. Die Annahme des Antrags Jettin würde zu Kriegszuständen führen, denn wir dürfen uns nicht verhehlen, daß jetzt in der Partei Männer die Macht haben, die diese Forderung nicht anerkennen. Hier wie anderswo handelt es sich eben um eine Machtfrage. Wandlung der Geister ist die Hauptsache. Erst dann werden wir weiter kommen.

Frau Zieg-Hamburg polemisiert gegen Genossin Jhrer, die vereinigte Agitation in allen Bezirken kenne Frau Jettin und sie selbst sehr genau. Es handele sich nicht um die Teilnahme an politischen Vereinen, sondern nur um die Teilnahme an Besprechungen von Kommissionen etc.

Fräulein Waader-Berlin spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Der Antrag Jettin bezeichne das erstrebenswerte Ziel. Lose Zusammenkünfte seien von den Vereinen nie als Verein rubriziert worden. Es läge keine Veranlassung vor, politischer zu sein als die Polizei.

Frau Greiffenberg-Berlin tritt für den Antrag Jettin ein. Frau Wengels-Berlin: Es ist schade um die schöne Zeit, die wir mit dem Antrage Jettin verbringen. Er ist unannehmbar. Wir haben nicht die notwendigen Kräfte, um mit den Männern arbeiten zu können. Wir wollen uns nicht blamieren, denn der Parteitag wird den Antrag einfach zurückweisen.

Kayenstein befragt hierauf den Antrag Jettin. Der Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen sei notwendig. An dem Dandierleben der Frauenbewegung seien weniger die Vereinsgesetze als die Männer schuld, die ihre Frauen nicht zur Organisation erziehen. Die Gewerkschaftsbewegung sei ein großer Hebel für die Frauenagitation und durch sie sei die Bewegung auch schon vorwärts gekommen, aber die Hauptsache sei, daß die in der Partei maßgebenden Männer sich für die Frauenfrage mehr interessieren. Es sei auch notwendig, daß man in der Agitation mehr die Frauen berücksichtigende Fragen erörtere. Eine solche sei die Alkoholfrage, mit deren Behandlung die Frauen besser zu gewinnen seien als mit allen Resolutionen.

Frau Gottshausen-Düsseldorf und Frau Zeise-Köln erklären sich gegen den Antrag Jettin; letztere besagt den Indifferentismus der Männer, die die Frauen in die Versammlungen nicht mitnehmen. In katholischen Arbeiterkreisen sei in dieser Beziehung viel mehr Leben.

Dr. Adolf Braun-Köln: Die ganze Debatte hat sich viel mehr um die Form gedreht, als den Inhalt berührt. Gätten wir einen Ueberblick über die deutsche Frauenbewegung, so bräuchten wir uns um die Organisation nicht zu streiten, sie würde sich von selbst entwickeln. Wir haben aber keine Frauenbewegung, sondern nur ganz schwache Ansätze dazu. Deshalb ist der ganze Streit nutzlos. Einige Genossinnen haben sich hier sehr über die Männer erbot, weil diese angeblich der Frauenorganisation feindselig gegenüberstehen. Gewiß, es giebt solche Männer, aber die All-

gemeinheit trifft dieser Vorwurf nicht mit Recht. Es hat sich viel mehr ergeben, daß die Frauenorganisationen da am stärksten sind, wo Frauen und Männer in den Werkstätten nebeneinander arbeiten. Redner führt dafür aus Nürnberg sprechende Beweise an. Bei Streiks haben sich die organisierten Frauen sehr gut, vielfach besser als die Männer gehalten. Angenommen hat hier die Alkoholfrage berührt. Der Anti-Alkoholismus ist eine sehr schöne Sache, aber er hat mit der Partei nichts zu thun, er mag Spezialisten überlassen bleiben. Redner trinkt einen Schoppen Wein. Heiterkeit.

Frau Ledebour-Dresden bittet, den Antrag Jettin anzunehmen. Für die Frauenbewegung in Dresden würde die Nichtannahme einen starken Rückschlag bedeuten. In Dresden würden die Genossen sofort mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, den Frauen ihre mühsam erworbenen Rechte wieder zu nehmen.

Frau Käthe-Frankfurt a. M. befragt den Antrag Jettin. Es sei bedauerlich, daß hier noch über die äußere oder innere Gleichberechtigung der Frauen so lange diskutiert worden sei.

Frau Jettin-Stuttgart: Es ist richtig, daß erst Ansätze einer Frauenbewegung vorhanden sind, aber gerade deshalb halte ich es für praktisch für die Organisation arbeiten. Die Vertrauenspersonen, die ich im Auge habe, sollen nicht gleichzeitig Vertrauenspersonen für die Gewerkschaften sein, aber mit ihnen Fühlung haben, ihnen Verständnis entgegenbringen. Es ist gesagt worden, es mangle uns an dem nötigen Menschenmaterial. Ja, wenn wir das hätten, dann wären wir schon am Ziele unserer Wünsche. Es ist auch gesagt worden, die Männer können nicht aus ihrer Haut. Wir müssen sie zwingen, sich zu häuten und den alten Adam abzulegen. Die Bedenken wegen der vereinigte Agitation Bestimmungen sind durch die Einschließungen der Frau Dunder erlebte. Normale Einwendungen können nur nicht mehr erhoben werden. Die Annahme unseres Antrags würde den Männern eine moralische Verpflichtung auferlegen. Ich überhänge meinen Antrag durchaus nicht, er kann nur durchgeführt werden, wo auch geeignete Kräfte mirerseits vorhanden sind. Aber es ist notwendig, unsere grundsätzlichen Standpunkte festzulegen. Vieles sind auch durchaus geeignete Kräfte vorhanden, die jetzt brach liegen. Werden diese Kräfte herangezogen, dann wird der jetzt häufige Kleinrieg aufhören. Werden die kleinlichen Streitigkeiten zwischen männlichen und weiblichen Genossen aufhören, so ist damit allein schon der Zweck des Antrags erfüllt. Hiernit schließt die Diskussion.

Der Antrag Jettin: In jeder größeren Stadt und in jedem größeren Industriezentrum haben die Genossinnen nach vorausgegangenem Verständigung mit den Genossen eine Vertrauensperson zu wählen, welche am Ort die Agitation unter dem weiblichen Proletariat planmäßig leitet.

Die Genossinnen der größeren Centren haben durch ihre Vertrauensperson die Agitation unter dem weiblichen Proletariat des umliegenden Bezirks anzuregen und weiter zu führen, so lange daselbst noch keine weiblichen Kräfte herangezogen und geschult sind, welche selbständig den betreffenden Aufgaben genügen können. In Orten des Bezirks, wo solche Kräfte vorhanden sind, haben die Genossinnen der größeren Centren dafür einzutreten, daß eigne Vertrauenspersonen aufgestellt werden, wird einstimmig angenommen, ebenso weitere Einzelbestimmungen. Streitsig ist nur der folgende Punkt:

Die Vertrauenspersonen der Genossinnen sind überall, wo die Vereinigungen es nicht hindern, von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Arbeiten und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen heranzuziehen.

Dieser Zusatz wird mit zehn gegen acht Stimmen angenommen. Die Konferenz geht zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Allgemeine Agitation“ über.

Ein Antrag von Vilh Braun-Berlin, der die Verteilung von Flugblättern mit geeigneten Artikeln aus der „Gleichheit“ verlangt, findet keine Zustimmung. Die Artikel der „Gleichheit“ seien für vorgeschrittene Genossinnen, nicht für erst noch zu gewinnende Frauen geschrieben.

Frau Zieg-Hamburg vertritt einen Antrag der Hamburger Genossinnen, den Zeitungen eine allwöchentlich erscheinende Frauenbeilage beizulegen.

Von Frau Jettin liegt folgender Antrag vor: Zur Agitation unter den Arbeiterinnen sind, wie es schon der Parteitag zu Gotha beschloffen, in bestimmten Zwischenräumen kurze, populär gehaltene Flugblätter herauszugeben, welche in knapper, kräftiger Darstellung einzelne Seiten der Arbeiterinnen-Interessen und der Frauenfrage behandeln (Wohnfrage, Arbeitszeit, Lebensunterhalt, sanitäre Bedingungen, gesetzlicher Schutz, Gewerkschaftsorganisation, Gewerbe-Schiedsgerichte, Krankenversicherung etc.). Diese Flugblätter sollen die Form kleiner Broschüren erhalten, auf gutem Papier gedruckt und geschmackvoll ausgestattet werden. Mit ihrer Herausgabe wird eine Kommission betraut.

Von verschiedenen Rednerinnen wird übereinstimmend ausgeführt, daß die Presse auch für die Frauenbewegung der sicte Tropfen sein müsse, der endlich den Stein ausböhlt. Die Agitations-Flugblätter müßten jedoch besser als bisher den Bedürfnissen und der Fassungs-gabe der noch zu gewinnenden Frauen angepaßt sein.

Es tritt hierauf die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung ist Engelbert Bernerstorfer aus Wien als Gast erschienen und wird von Frau Jettin herzlich begrüßt.

Die Debatte über die Allgemeine Agitation wird fortgesetzt. Fräulein Vogel-Charlottenburg giebt der Meinung Ausdruck, daß, so lange kein populäres Frauenblatt existiert, die „Gleichheit“ etwas populärer gehalten werden müsse. Es selte, den Indifferentismus der Parteigenossen in der Frauenagitation zu besiegen. Frauen und Töchter von führenden Parteigenossen seien oft schlechter über die Parteiziele unterrichtet, als einfache Fabrikarbeiterinnen.

Frau Greiffenberg-Berlin erklärt sich entschieden gegen eine andre Redaktionsführung in der „Gleichheit“. Für die Agitation seien Flugblätter in verstärktem Maße notwendig. Für ein zweites Frauenblatt fehlten die Kräfte.

Frau Jettin bittet den Antrag Hamburg auf Gründung einer besonderen Frauenzeitung abzulehnen. Die „Gleichheit“ brauchen die vorgeschrittenen Genossinnen und auch die Genossen, die sich mit der Frauenfrage näher beschäftigen wollen.

Die Diskussion wird geschlossen. Der oben erwähnte Antrag Jettin wird einstimmig angenommen. Als es zur Wahl der in dem Antrag vorgesehene Flugblatt-Kommission kommen soll, entspinnt sich eine längere Debatte über die Zusammensetzung der Kommission und die Frage, ob die Flugblätter allgemein gehalten sein oder auf örtliche Verhältnisse Bezug nehmen sollen. Es wird beschlossen, die Kommission in Berlin zu konstituieren. Die Wahl der Personen wird den Berliner Genossinnen überlassen, die Flugblätter sollen allgemein gehalten werden. Der Antrag Braun wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Schließlich wird noch eine nachträglich eingebrachte Resolution Jhrer angenommen, der Parteitag möge die Leiter der Arbeiterblätter beauftragen, mehr als bisher auf die Interessen der Frauen und Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, wie es von einzelnen Parteizeitungen bereits geschieht.

Der Antrag Hamburg auf Herausgabe einer besonderen Frauenzeitung wird gegen nur wenige Stimmen abgelehnt. In der nun folgenden Debatte wird der besondere Wert der Kleinarbeit in der Agitation behandelt.

Frau Dunder-Leipzig macht den Vorschlag, sich von Parteigenossen die Adressen fähiger Fabrikarbeiterinnen geben zu lassen, um mit ihnen Fühlung zu bekommen.

Frau Jhrer und Frau Jettin legen ebenfalls besonderen Wert auf die persönliche Agitation.

Frau Zieg-Hamburg ist auf Grund persönlicher Erfahrungen der Ansicht, daß man den Arbeiterinnen weniger mit allgemeinen politischen Thematiken, sondern mehr mit sachlichen, die Arbeiterinnen persönlich angehenden kommen muß. Die persönliche Agitation nach einer Versammlung sei oft wichtiger als die Versammlung selbst. Rednerin legte den Frauen besonders ans Herz, ihr Wahlrecht bei den Orts-Krankenkassen auszunutzen.

Bernerstorfer-Wien: Aus den letzten Verhandlungen habe ich ersehen, daß auch in Deutschland die Frauenbewegung erst im Werden begriffen ist und noch nicht diejenige Stufe erklommen hat, die wir alle wünschen. In einem solchen Stadium aber ist die persönliche Agitation die Hauptsache. Persönliche Frauenagitation ist aber gut nur von Frauen zu leisten. Wir haben in Oesterreich den Jander-Steuer-Ammel gehabt. Die Frauen sind in Scharen in unsere Versammlungen gekommen. Nachher haben sie sich aber wieder verlaufen. Für die parteimäßige Organisation hat nichts herausgeschaut. Ich kann den Frauen nur raten, sich auf sich selbst zu stellen. Von den Männern dürfen Sie nicht viel erwarten. Die Männer kommen den Frauen nicht immer so zart entgegen, sie zuden bei aller politischen Aufklärung über die Frauen die Achseln. So ist es wenigstens bei uns, ich weiß nicht, ob sie bei Ihnen besser sind. (Heiterkeit.) Ich möchte sagen, wie der Socialismus nur siegen kann durch die Arbeiter selbst, so kann auch die Frauenbewegung nur siegen durch die Frauen selbst. (Beifall.)

Fräulein Vogel-Charlottenburg ist im Gegensatz zu Bernerstorfer der Ansicht, daß die Frauen sich jetzt noch nicht auf die eigene Kraft verlassen und die Mithilfe der Männer nicht entbehren können. Frau Steinbach-Hamburg stimmt der Rede der Rednerin zu. Freilich würden die Frauen noch warten müssen, bis die Männer noch mehr aufgeklärt seien. Der Begriff des „Weibchens“ müßte den Männern im politischen Verkehr mit Frauen erst ausgetrieben werden, ehe es besser werden könne. Die Frauen können nur durch gewerkschaftliche Organisation gewonnen werden, Voraussetzung dabei ist die Neutralität der Gewerkschaften. (Lachen.) In 30 Jahren werden wir über den Nutzen der Neutralität alle einig sein. (Erneutes Lachen.) Bernerstorfer-Wien betont, um jedes Mißverständnis auszuschließen, nochmals, daß er nicht dem Zusammenarbeiten von Männern und Frauen hinderlich in den Weg treten wolle, daß er aber der Ansicht sei, in letzter Linie könnten nur die Frauen ihre Bewegung zum Ziele führen.

Frau Dunder-Leipzig giebt die Anregung, auf den Eisenbahnen Agitation mit Druckdristen zu treiben.

Bei der nun folgenden Beratung der Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz tritt Frau Dunder-Leipzig für Erweiterung gesetzlicher Wöchnerinnenschutz der Arbeiterinnen und Sicherung materieller Unterhaltsmittel während der festgesetzten Schutzzeit durch Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes ein.

Frau Jettin wünscht in der Agitation den Schutz für alle Arbeiterinnen, nicht nur den für die verheirateten, betont zu sehen. Der Schutz der ledigen Arbeiterin sei schon deshalb notwendig, damit nicht durch kapitalistische Ausbeutung verhäufte Mädchen in die Ehe kommen und Kinder gebären. Die Agitation für den Achtstundentag und die Freigabe des Sonnabendnachmittags ist in den Vordergrund zu rücken. Die Agitation muß planmäßiger als bisher geführt werden, sonst kann kein Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeübt werden.

In der weiteren Debatte wird von verschiedenen Seiten darauf verwiesen, wie viele der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen nur auf dem Papier stehen. Gegen den von der einen Seite verlangten dreimonatigen Wöchnerinnenschutz werden sich Frau Jhrer und Frau Käthe als zu weitgehend. Adler-Kiel warnt unter andern davor, im Krankenfällengeleit zu weitgehende Belastungen vorzunehmen. Es sei auch zu bedenken, daß die Frauen nicht drei Monate vom dem geringen Krankengeld leben können. Dengegenüber verteidigt Fräulein Waader die Ansicht, daß ein guter Wöchnerinnenschutz die Krankenkassen erheblich entlasten würde, weil er viele Folgekrankheiten verhindern würde. Kayenstein hält eine Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes über sechs Wochen hinaus für bedenklich. Wichtiger sei die Erhöhung des Krankengelds für Wöchnerinnen auf die volle Höhe des Lohns. Man dürfe auch nur Forderungen stellen, die erreichbar seien.

Frau Zieg bekämpft diesen Standpunkt, der wohl für eine gezielte Körperkraft, aber nicht für die Aufstellung grundsätzlicher Forderungen in Betracht kommen könne und erklärt sich für den einmonatigen Wöchnerinnenschutz.

Nach längerer Debatte wird ein Kompromißantrag der Frau Jettin angenommen, der als Mindestmaß für Wöchnerinnenschutz verlangt ein Verbot der Arbeit vier Wochen vor der Geburt und sechs Wochen nach der Geburt, Vereinfachung der Ausnahmestimmungen, die ein früheres Arbeiten zulassen, Entschädigung des vollen Arbeitslohns, Ausdehnung der Wöchnerinnen-Unterstützung für die Frauen der versicherten Arbeiter. Der Antrag der Frau Jettin auf Verbreitung von Broschüren, in denen die Schutzforderungen für Arbeiterinnen festgelegt sind, diese Schutzforderungen auch in Versammlungs-Resolutionen auszusprechen, wird allgemein zugestimmt.

Hierauf wird noch der letzte Punkt der Tagesordnung, „Frauenbildungsvereine“ in Angriff genommen.

Die Debatte gestaltet sich sehr lebhaft. Von Frau Jhrer und Frau Dunder wird den Frauenbildungsvereinen eifrig das Wort geredet, lebhaft werden sie von Frau Steinbach bekämpft, die in ihnen nur eine zweifelhafte Spielerei erblickt. Auch Frau Zieg empfiehlt die Gründung von Frauenbildungsvereinen, wo die geeigneten Kräfte vorhanden sind. Ihr Standpunkt wird von der großen Mehrheit der weiblichen Delegierten geteilt. Bruns-Breslau erklärt sich gegen diese Vereine. Geeignete Lehrkräfte seien nicht vorhanden, auch das Material der Lernenden sei ein sehr spärliches. Die Rekrutierung für die Partei müßte die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen bleiben. Auf Anregung der Frau Käthe sagt die Konferenz in dieser Sache keinen Beschluß. Spricht aber den Bildungsvereinen ihre Sympathie aus.

Mainz, 16. September 1900.

Die Verhandlungen werden heute unter dem Vorsitz der Frau Jettin fortgesetzt.

In der Beratung des gestern unerledigt gebliebenen Punktes „Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen“ wird fortgefahren. Neben den Vorschlägen der Frau Jettin liegen Normalbestimmungen über die Aufgaben und Pflichten der Vertrauenspersonen von Frau Käthe-Hamburg vor, und zwar Regulative für die örtlichen, für die Kreis- und für die Central-Vertrauensperson.

Es wird folgendes Regulativ für die örtlichen Vertrauenspersonen aufgestellt:

§ 1. In jeder größeren Stadt haben die Genossinnen nach vorausgegangenem Besprechung mit den Genossen eine weibliche Vertreterin zu wählen, welche am Ort die Agitation und die Heranziehung des weiblichen Proletariats zur modernen Arbeiterbewegung planmäßig betreibt.

§ 2. Die Wahl muß in öffentlicher Frauenversammlung stattfinden.

Die Vertrauenspersonen werden auf die Dauer eines Jahres gewählt und sind wieder wählbar.

§ 3. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orts eines Bezirks haben miteinander, mit der Vertrauensperson des Hauptorts und der Vertrauensperson für ganz Deutschland feste Fühlung zu halten und jährlich mindestens einmal zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzutreten.

§ 4. Des weiteren haben sie dafür zu sorgen, daß die Forderungen der proletarischen Frauen und Mädchen auf allen Gebieten des sozialen Lebens mit Nachdruck vertreten werden. Sie müssen darauf hinarbeiten, daß das weibliche Proletariat an allen Kämpfen und Aufgaben seiner Klasse teilnimmt und daß hinwieder den Interessen und Bestrebungen der Proletarierinnen moralische und materielle Unterstützung seitens der organisierten Arbeiterklasse zu teil wird.

- Das soll erreicht werden, indem die Vertrauenspersonen
- Veranstaltungen veranstalten, in denen allgemeine wirtschaftliche und politische Fragen behandelt werden. Versammlungen, in denen die proletarischen Frauen vom Standpunkt ihrer Interessen aus Stellung zu den auftauchenden Tagesfragen, sowie zu allen Kämpfen der Arbeiterklasse nehmen; Versammlungen, die dem Kampf für die Forderungen dienen, welche die Proletarierinnen stellen in ihrer Eigenschaft als Glieder der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterklasse und als Angehörige des social untreuen weiblichen Geschlechts. (Siehe Beschlüsse des Gothaer Parteitags.)
 - für die Herausgabe und die Verbreitung zweckentsprechender, leichtfaßlicher Broschüren und Flugblätter sorgen;
 - darauf hinarbeiten, daß die lokale Arbeiterpresse die Auffklärung des weiblichen Proletariats mit dem gebührenden Nachdruck fördert und mit aller Energie für seine Interessen, sowie für die Bestrebungen der Genossinnen eintritt;
 - Anknüpfungspunkte suchen für die Agitation und Organisation unter den Massen der Industrie-Arbeiterinnen durch solche Mittel und Wege, welche von den lokalen Umständen als praktisch erscheinen;
 - Material über die Lage der Arbeiter sammeln;
 - für die Aufbringung materieller Mittel zu sorgen, welche für vorstehende Zwecke verwendet werden.

Als Regulativ für die Kreisvertrauensperson wird beschloffen:

Die Kreisvertrauensperson muß alle Jahre einen Situations- und Tätigkeitsbericht für den ganzen Kreis einsenden. Die Vertrauensperson des Hauptorts eines Bezirks hat die Beziehungen zwischen den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte in die Wege zu leiten und eventuell zu vermitteln, sowie eine feste Verbindung mit der Vertrauensperson der Genossinnen für ganz Deutschland zu unterhalten. Letzterer muß sie alle sechs Monate einen Situations- und Tätigkeitsbericht für den ganzen Bezirk einsenden, der in der „Gleichheit“ veröffentlicht wird.

Als Regulativ für die Central-Vertrauensperson wird beschloffen:

- Der Sitz der Central-Vertrauensperson ist Berlin. Die Wahl derselben findet auf der Konferenz statt. Die Berliner Genossinnen wählen eine Revisionskommission, bestehend aus drei Genossinnen. Vierteljährlich muß ein Revisionsbericht in der „Gleichheit“ veröffentlicht werden.
- Die Central-Vertrauensperson hat dafür zu sorgen, daß die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse zur Ausführung kommen. Sie hat im Sinne der oben angeführten Gesichtspunkte dafür zu wirken, daß die Agitation in ganz Deutschland einheitlich und fruchtbar betrieben wird. Ihr liegt es ob, durch Wort und Schrift eine systematische Agitations- und Organisationsarbeit der Genossinnen in Orten und Gegenden anzubahnen und zu sichern, wo bisher die proletarischen Frauen und Mädchen dem Kampf für die Befreiung ihrer Klasse und ihres Geschlechts verständnislos gegenüber standen. Sie hat des weiteren für die Einheitslichkeit der Aktionen zu sorgen, durch welche die Genossinnen im ganzen Reich den Kampf für diejenigen ihrer Forderungen führen, welche jeweilig in den Vordergrund getreten werden. Ein Hauptaugenmerk hat sie der Herausgabe geeigneter Flugblätter zuzuwenden, die der allgemeinen Agitation oder der Aufklärung über besondere Forderungen und Fragen dienen. Was Inhalt, Fassung und Ausgestaltung der Flugblätter anbetrifft, so hat sie thätigst die Anforderungen und Wünsche zu berücksichtigen, welche von den Vertrauenspersonen im Lande geäußert werden. Die Vertrauensperson der Genossinnen in ganz Deutschland hat auf Grund der ihr zugehenden Einzelberichte jährlich einen Gesamtbericht auszuarbeiten, welcher in der „Gleichheit“ veröffentlicht und in den Tätigkeitsbericht des Vorstands der socialdemokratischen Partei aufgenommen wird.
- Publikationsorgan ist die „Gleichheit“. Dieselbe wird den Vertrauenspersonen gratis zur Verfügung gestellt.
- Das beschlossene Regulativ ist in Druck zu geben und allen Vertrauenspersonen zur besseren Orientierung zu übersenden.

Bei dem nun folgenden Punkt „Allgemeines“ wird zunächst ein Antrag Zetkin angenommen:

Die ebenso schwierige als notwendige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist mit allem Nachdruck zu fördern. In Verbindung mit der Generalkommission und den Gewerkschaften haben die Genossinnen nach praktischen Mitteln und Wegen zu suchen, um die weiblichen Mitglieder zu reger Mitarbeit innerhalb der Organisation, insbesondere aber zur Leistung der erforderlichen, so hochbedeutenden Kleinarbeit heranzuziehen.

Ein Antrag von Sily Braun-Verlin, die Stellung zur bürgerlichen Frauenbewegung präzis festzulegen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

In der Motivierung der Tagesordnung wird erklärt, daß kein Grund vorliegt, die allbewährte Taktik der proletarischen Frauenbewegung zu revidieren. Das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Frauen in einzelnen Fällen muß dem Zeitgefühl der einzelnen Genossinnen überlassen bleiben. In der Debatte werden einzelne Fälle solcher privaten Zusammenarbeitens von Frau Thier und Frau Riech besprochen. Frau Steinbach freut sich, daß auf diesem Gebiet die Neutralität nicht so ganz von den Genossinnen verworfen werde. Genosse Ledebour-Dresden erwidert der Vorrednerin, daß das Neutralisieren der Gewerkschaften und das Hinaustreten socialdemokratischer Frauen in die bürgerliche Frauenbewegung zwei fundamental verschiedene Dinge sind. Diese Genossinnen propagieren auf einem fremden Gebiete socialdemokratische Ideen, die Neutralisten aber suchten die socialdemokratischen Ideen zu verschleiern, die rote Fahne in die Tasche zu stecken. Wenn ein roter Pfedel noch hervorgeht, so werde gesagt, es sei nur ein rotes Taschentuch (Heiterkeit), keine Fahne. Wenn es ihm ermöglicht würde, in einer christlich-socialen Versammlung zu sprechen, würde er die Gelegenheit mit Freuden ergreifen. Gegen die Leute aber, die den Socialismus propagieren wollen, indem sie das Wort Socialismus nicht aussprechen, keine Ziele verschleiern, trete er ganz energisch auf.

Nach längerer Debatte beschließt die Konferenz, auf dem Parteitag zu beantragen, daß das Vertrauenspersonen-Schema neben den Vereinsorganisationen bestehen bleibt und daß alle Delegierten zum Parteitag, wo die Vereinsgesetze es nicht hindern, in öffentlichen Versammlungen gewählt werden.

Als Central-Vertrauensperson wird Frä. Waader-Verlin gewählt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Frau Zetkin schließt die Konferenz mit dem Ausdruck der Befriedigung über die gepflogenen Verhandlungen. Die Hauptsache sei nun, die hier gefassten Beschlüsse auch in die Wirklichkeit umzusetzen im Interesse der großen allgemeinen Bewegung, des Befreiungskampfes des Proletariats. Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie gehen die Delegierten auseinander.

Gewerbegerichts-Wahlen.

Parteigenossen! Freitag von 12-9 Uhr finden die Neu- und Erftwahl der Weisiger zum Gewerbegericht statt. Agitiert in Arbeiter- und Unternehmungskreisen für die Wahl der socialdemokratischen Kandidaten. Kein in die Liste eingetragener Parteigenosse darf bei der Stimmabgabe am Freitag fehlen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Stadtverordneten-Erftwahl in Spandau. Parteigenossen! Heute wird jedem unter Euch die letzte Gelegenheit gegeben, von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen, denn heute abend wird der Wahlschliff beendet! Wer daher bis heute noch nicht seine Stimme abgegeben hat, säume nun nicht länger, sondern stehe bestimmt sein Wahlrecht aus; auch der letzte socialdemokratische Wähler muß seine Stimme für seinen Kandidaten, den Genossen Rudolf Radke in die Wahlschale werfen, denn auch unsere Gegner ruhen nicht, sondern arbeiten im Stillen um so mehr.

Als: An den Wahltag!
Das Wahlergebnis des gestrigen Tages ist folgendes: Es wurden bis gestern abend insgesamt abgegeben 388 Stimmen, davon entfielen auf unseren Kandidaten Genossen Radke 222 und auf den gegnerischen Kandidaten Nupke 176 Stimmen! Wir haben alle Kräfte anzuspannen, um unserem Kandidaten den definitiven Sieg zu sichern.

Köpenick. Diejenigen unserer Abonnenten, die am Sonntag die „Neue Welt“ nicht erhalten haben, bitten wir unter der Zusicherung, daß ihnen die Beilage heute zugestellt wird, wegen des Versehens um Entschuldigung. Die Expedition.

Charlottenburg. Die Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für Zehlendorf-Steinow-Charlottenburg ist am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Gambius-Bräuerei, Wallstr. 44, Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Victor Frankl: Aus der Geschichte des Reichstums.

Treptow-Baumfchulenweg. Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, hält der socialdemokratische Verein „Vorwärts“ seine Generalversammlung in dem Lokal des Herrn Wähler, Ernststr. 26 ab. Tagesordnung: Bericht des Vorstands, Neuwahlen und Verschiedenes.

lokales.

Unruhe-Mühe. Unsere Gegner scheinen die Zersplitterung ihrer Stimmen bei der Wahl im 6. Reichstags-Wahlkreis (sportsmäßig) betreiben zu wollen. Anders ist ein Kandidat nicht gut verständlich, die ein-Kandidaten im Norden sich Sonntag geleistet hat. Dort sind katholische Herren in der Norddeutschen Bräuerei zusammengetreten und haben den schönen Tag durch Aufstellung einer ultramontanen Sonderlandtagsliste totgeschlagen. Der Erlorner wurde als „Arbeiterkandidat“ seinem Publikum mundgerecht gemacht; er heißt, wie nebenher erwähnt sei, Weigel.

In der Zusammenkunft ist den Anwesenden von einem Herrn Federmann überdies noch folgende große Freude verkündet worden: Dieses Mal wollen die Socialdemokraten den einflüchtigen Amberg-Steinwälder-Aronson ausstellen, dem sie verpflichtet seien, weil er es seiner socialdemokratischen Bestimmung diszipliniert worden sei. Aronson sei trotzdem keine populäre Person, er sei jüdisch-illionär, was manchem socialdemokratischen Arbeiter doch etwas die Augen offen werde. Die Parole müsse lauten: hier ein jüdischer Millionär, dort ein einfacher Arbeiter! Diese Parole werde nicht ohne Wirkung bleiben.

Wie nun, wenn unsere Parteigenossen den katholischen Herren den Lort antun und den „jüdischen Millionär“ nicht ausstellen? Dann ist es mit dem Augenblick selbst bei den bescheidenen Ansprüchen der Ultramontanen Eßig. Das Prophezeien ist ein müßig Ding und Herr Federmann hätte gut, auf diesem Gebiete dem Schäfer Thomas fürberühmte Konturierung zu machen. Im übrigen gönnen wir dem Central-Komitee gern den Luxus ihrer Sonderlandtagsliste, obgleich uns mit der bürgerlichen Stimmenzersplitterung bei einem so sicheren Wahlkreis wie dem sechsten Berliner ein ganz überflüssiger Dienst erwiesen wird.

Patrioten. Ueber das Projekt der Verbreiterung des Schloßplatzes ist in der letzten Sitzung des Bundesvorstands der Berliner Grundbesitzervereine verhandelt worden. Nach dem im „Grundbesitzer“ veröffentlichten Sitzungsprotokoll handelt es sich darum, die Häusergruppe zwischen Breitestraße und Praterstraße nach dem Schloßplatz niederzulegen und dem Kaiser den frei werdenden Platz aus Anlaß der nächstjährigen zweihundertjährigen Jubelfeier des Königshauses zum Geschenk zu machen. An folgende Korporationen, nämlich die Ältesten der Kaufmannschaften, den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, den Bund der Berliner Grundbesitzervereine und die ständige Deputation des Innungsvereins ist das Ergehen gerichtet, die Durchführung des Vorhabens zu fördern und ihm ihre moralische Unterstützung dadurch zu gewähren, daß jede dieser Korporationen eine Anzahl von Delegierten zur Vorberatung der Angelegenheit entsendet. Der Bundesvorstand stellte sich dem Projekt sympathisch gegenüber, weil die gegenwärtige Bebauung der dem Schloß gegenüber liegenden Bodenfläche einen „grundhäßlichen, der Großstadt durchaus nicht würdigen Anblick gewähre“ und der Ersatz jener alten häßlichen Häuser durch einen Monumentalbau für irgend eine staatliche Behörde dem ganzen Centrum Berlins nur zur Ehre gereichen könne. Die Versammlung beschloß, ohne eine finanzielle Leistung oder irgendwelche Garantie dieser Art in Aussicht zu stellen, der Angelegenheit und dem Vorschlage, Delegierte zur gemeinsamen Arbeit mit denjenigen der übrigen Korporationen zu entsenden, näher zu treten. In der so gebildeten Kommission, die aus Berlinern jeden (!) Standes zusammengefaßt sein soll, soll das weitere in dieser Sache beraten werden. Es steht, wie es im Protokoll heißt, in ziemlich sicherer Aussicht, daß für die Aufbringung der nötigen Mittel zum Erwerb der Grundfläche eine Lotterie, ähnlich der Schloßfreizeits-Lotterie, genehmigt wird.

Der Patriotismus der Grundbesitzer könnte sich ruhig zu direkten Beiträgen für das neue Entschloß-Projekt aufschwingen. Diese Leistungen böten einen willkommenen Anlaß zu Mietspreigerungen, namentlich für kleinere Wohnungen, und sicherten so den vor Patriotismus überquellenden Hausagariern ein Bombengeschäft. Möglicherweise scheitert aber ein solcher Plan am Widerstande der industriellen Kreise, die vor einer Abwälzung der Kosten auf die Grundbesitzer sowohl wie auf die Arbeiter Respekt haben mögen; lassen sich doch namentlich bei letzteren dann deren gewerkschaftlicher Organisation Lohnherabsetzungen nicht so leicht durchführen.

Die Einführung des Bürgermeisters Brinkmann sollte nach Zeitungsnotizen am 4. Oktober d. J. durch den Oberpräsidenten erfolgen. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist in der städtischen Verwaltung davon nichts bekannt, vielmehr wird die Einführung wie bis jetzt bestimmt am 4. Oktober durch den Oberbürgermeister Köpfer erfolgen.

Vergiftung durch Schwefeldämpfe. In der Metallschmelzerei von Gustav Barwald Nachf., Chausseest. 39, hatten am Freitag beim Zusammenmelzen von Zinnsäuren auch andere Materialien Feuer gefangen. Darunter mehrere in der Nähe lagernde Säcke mit Schwefelsäure, nicht Säure, wie ein hiesiges Lokaltblatt irrtümlich berichtete. Die hierdurch entstandenen stehenden Dämpfe von schwefeliger Säure erschwerten der erschienenen Feuerwehr die Annäherung an den Brandherd sehr und obgleich die Sappeure mit

Handhelmen versehen vorgingen, erkrankten mehrere bedenklich durch das Einatmen der heißen Dämpfe. Hierbei zeigte sich das Verhalten von Gefährten mit lompontem Sauerstoff bei der Feuerwehr sehr nützlich, denn nach Einatmen desselben ließen die Vergiftungserscheinungen bald nach. Das Feuer selbst konnte in kurzer Zeit gelöscht werden.

Der Verein zur Förderung der Kunst hatte am Sonnabend im Bürgeraal des Rathauses eine Nietzsche-Gedenkfeyer veranstaltet, die einen würdigen und schönen Verlauf nahm. Das Programm eröffnete ein Harmonium-Vorspiel von Tristan und Isolde. Dann ergriff Dr. Rudolf Steiner das Wort, um eine Darstellung Friedrich Nietzsches als Philosoph und Dichters zu geben. Die interessanten Ausführungen des Redners resümierten sich kurz dahin: Jeder Beurteilung Nietzsches muß vor allen Dingen die Disharmonie seines Geistes, die Doppelgesichtigkeit des Manns zu Grunde gelegt werden, woraus sich am besten eine Erklärung dafür finden läßt, daß Nietzsche als Mensch stets das Gegenteil von seinem philosophischen Theorien war und blieb! Ferner habe man sich der Erkenntnis zu unterziehen, daß Nietzsche kein Verkünder einer neuen Weltanschauung war, wie er auch kein Prophet war und keine neuen Gedanken offenbarte. Sein Werk war es nur, bereits vorhandene Gedanken und Anschauungen zu vertiefen und zu veredeln. — Die dem Vortrag folgten dann verschiedene Recitationen Nietzschescher Dichtungen; ein Harmonium-Vortrag bildete den Schluß der Feier.

Erhöhung der Kindererblichkeit. Die hiesigen Molkereibesitzer gedenken namentlich, wie schon berichtet, eine Erhöhung der Milchpreise eintreten zu lassen. Es soll nicht nur ein Preisauflschlag auf die Kindermilch, sondern auch auf die übrigen Molkereiprodukte erfolgen. In dieser Woche noch wird eine Versammlung der Molkereibesitzer stattfinden, in der sich die Teilnehmer verpflichten sollen, vom 1. Oktober ab den Preisauflschlag eintreten zu lassen. — Alles zu Ehren der Agrarier.

Neuartige D-Jug-Wagen werden gegenwärtig hergestellt. Bei diesen befinden sich auch an den Ringleiten Thürnen, um dadurch den Reisenden in Notfällen einen direkten und schnellen Ausweg zu ermöglichen, da sich wiederholt bei Eisenbahn-Unfällen das Vorhandensein von Thürnen an den Endseiten als unpraktisch erwiesen hat. Die neuen Thürnen werden durch Klomben gesperrt werden und nur von innen zu öffnen und sollen nicht dem gewöhnlichen Verkehr dienen. Die jetzt im Verkehr befindlichen D-Jug-Wagen sollen dementsprechend umgeändert werden. Wären an den vollgepfropften Wagen vierter Klasse solche Thürnen nicht zehnmal notwendiger als an den Wagen der D-Jüge?

Der Maurer Vorch, Jossenerstr. 39, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem wegen Stillschließungsverdrehens verhafteten Maurer gleichen Namens nicht identisch ist.

Wie der Angeklagte uns mitteilt, ist er wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da es sich herausgestellt hat, daß er zu Unrecht demingiert worden war.

Umfangreiche Umbauten plant die neue Direktion des Passagier-Vonopitiums. So soll der Zugang von der Straße Unter den Linden nach einem bereits vorliegenden Entwurf zu einem eleganten Foyer mit Freitreppe umgestaltet werden und direkt in den renovierten Theaterrang führen, während der Eingang im Innern in Zukunft allein für das Vonopitium bestimmt sein wird. Letzteres erhält ebenso wie die im Stil vornehmer Varietébühnen geplante Theaterabteilung, eine eigene Leitung.

Mit der Umgestaltung der Straße „Unter den Linden“ ist jetzt zwischen dem Friedrichs-Deutmal und der Charlottenstraße begonnen worden. Dort sind auf der Nordseite der Mittelpromenade, die alten ungeschönten Eisengitter zum Teil entfernt, und Bordsteine aus Granit aufgestellt worden. Auch der auf der Nordseite gelegene Meitweg, der auf besonderen Wunsch des Kaisers bestehen bleiben soll, ist auf derselben Straße bereits mit Bordsteinen eingefast worden.

Die Große Berliner ist unerschöpflich in der Kunst des Aufdeckens neuer Unannehmlichkeiten für ihre Fahrgäste. Jetzt wird berichtet: Eine wesentliche Reuerung hat die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft im Einverständnis mit dem Eisenbahndirektorium und dem Ministerium des Innern getroffen. Hieraus dürfen keine Hunde, sogenannte Schoßhunde, in das Wageninnere mitgenommen werden, sofern die Tiere keinen besonderen Platz beanspruchen, resp. auf dem Schoß liegen und die Passagiere nicht belästigen. In der den Schaffnern erteilten Instruktion ist jedoch der Begriff Schoßhunde nicht genauer bezeichnet worden, und da die Ansichten über derartige Tiere zwischen Hundebesitzern und Schaffnern häufig auseinandergehen werden, so dürfte die neue Verordnung zu mancherlei Zwistigkeiten Veranlassung geben.

Aus der Spree gelandet wurde gestern der 41 Jahre alte Schlächtergefelle Herrmann Heinemann, der mit einem unheilbaren Leiden nach Berlin gekommen war, um sich operieren zu lassen, in einem Anfall von Verzweiflung aber am Donnerstag voriger Woche ins Wasser sprang und ertrank. Gestern wurde die Leiche an der Weidenammer Brücke angeschwemmt und nach dem Schauhaus gebracht. Der Ertrunkene war in der Provinz verheiratet.

Einen eigenartigen „Anderverkauf“ veranstaltet gegenwärtig die Stadt Berlin. Es handelt sich um Grundstücke, die bei der Anlage und Veränderung der Straßen öffentlichen Gebäude usw. übrig geblieben sind. 17 solcher „Reste“ stellt die Grundeigentums-Deputation zum Verkauf. Sie liegen in verschiedenen Stadtteilen, schwanken zwischen 133 und 3720 Quadratmetern und umfassen zusammen eine Fläche von rund 21 000 Quadratmetern. Eine Freude für manche Bauwucherer in unserer Zeit der Wohnungsnot.

Aufgeklärt ist jetzt ein Vorgang an der Nationalgalerie, über den wir am Mittwoch vergangener Woche berichteten. Jenes Mädchen, das dort am Dienstagabend um 9 Uhr über die Brüstung des Säulengangs hinweg in die Spree sprang und ertrank, wurde gestern Radmitz oberhalb der Weidenammerbrücke gelandet und als ein 20 Jahre altes Dienstmädchen Marie Sabisch festgestellt, das aus der Gegend von Reife stammt. Der Kaufmann Altmann brachte es bei seiner Verheiratung aus Breslau mit hierher und seitdem diente es sieben Monate lang bei ihm in der Landwehrstr. 83. Es ging am Dienstagnachmittag im Sonntagsstaat ohne Erlaubnis vier Stunden aus. Als es deshalb zur Rede gestellt wurde, lief es weg und stürzte sich in die Spree.

Das neueste Warenhaus. Aus früheren Zeiten wird berichtet, daß Monarchen, nachdem sie in grimmigen Kriegen Eigentum und Leben Tausender vernichtet hatten, auf bisher odem Gefilde ganz nach ihrem Gefallen eine Stadt gründeten. Was damals ein königliches Werk genannt wurde, das verrichtet jetzt auf moderne Weise einzelne Unternehmer und Handelsgesellschaften im Handumdrehen. Wer kann auf den ersten Blick an etwas anderes denken als an eine Städtegründung, wenn er von 650 elektrischen Vogenlampen und 10 000 Glühlampen liest, wenn er vernimmt, daß eigens ein langer Kanal für Abwässer errichtet wurde und weiter hört, daß Grund erworben und Aufbau nicht weniger als zwölf Millionen Mark kosteten. Und doch ist diese vor zwanzig Jahren noch für unheimlich gehaltene Summe nur auf das einzige in elf Monaten errichtete Haus eines Privatmanns verwendet worden. Das Warenhaus Zieg, das gestern von den Baumeistern Pachmann und Rauber einem geladenen Publikum gezeigt wurde, kostet soviel. Noch lagern im Innern die Waren bunt durcheinander, noch fehlen als Hauptdecoration die Verkaufsartikeln, und doch hinterläßt das Bauwerk auf jeden, mag er den Zug der Zeit zu würdigen verstehen oder nicht, in seiner Innerlichkeit den Eindruck der Weisheit. Man fühlt, diese Monumentalbauten sind von der Geschichte errichtet worden; sie sind die augenfalligsten Wahrzeichen für den durch keine Wunderkur aufzuhaltenden Untergang des Mittelalters. Hunderte Einzelexistenzen mögen als solche darob zu Grunde gehen; und doch steht man vor so einem Hause als vor dem Andenken einer unerbittlichen ökonomischen Notwendigkeit. Ohne Warenhäuser riesenhaftesten Stils ist Gegenwart und Zukunft nicht denkbar, sie müssen sein gerade so wie Niederdampfer und Maschinenfabriken.

Einige Zahlen mögen die Größe des neuen Baus beleuchten. Die Frontlänge in der Leipzigerstraße beträgt 78 Meter, die Höhe des Mittelbaus 34 Meter; die Glasflügel hoch oben, aus der das Licht von 10 Vogenlampen strahlen wird, hält 1 1/2 Meter im Durchmesser. In die Haupteingänge schließen sich Windfänge von 10 Meter Länge und 6 Meter Breite an, die darum in solcher Riesen-dimension angelegt wurden, weil so allein bei scharfer Heizung der Zug vermieden wird. Ebenfalls eine Erregungseigenschaft neuzeitlicher Art, die zwar viel Raum erfordert, aber hygienisch von nicht genug zu schätzendem Wert ist. Beim Eintritt durch den Hauptvorprung und nachdem man den Windfang passiert hat, erblickt man den großen im Querbau liegenden Saal, der die bisher unerreichte Breite von 48 Meter hat. In der Mitte dieses Saals liegt der große Lichtofen, in welchem sich die Haupttreppe nach den Etagen befindet. Auf dem Grundriss befinden sich 13 solcher Lufte, welche nach der neuesten Konstruktion des Mailänder Fabrikanten Stigler hydraulisch-elektrisch kombiniert sind und höchste Sicherheit gewähren sollen. Die polizeilich geforderten Kottreppen sind so angelegt, daß sie sich mitten im Lokal befinden und als ganz helle, breite, stets sichtbare Ausgänge sich darstellen. Für das Personal sind Aufzüge angelegt, die in einer Sekunde die Beförderung von 25 Personen ermöglichen. Daß für die Sicherung der Feuergefahr das Menschgemächliche geschehen ist, versteht sich. Stellt sich somit der Bau, was seine praktische Anlage betrifft, wohl als einzig dar, so ist über den dekorativen Schmuck, der ihn aushebt, nicht das gleiche zu sagen. Die riesenhaften Jungfrauen über dem Hauptportal, die vier starken Männer auf dem Dache, welche die Jahreszeiten darstellen sollen, die große Glasflügel, dies alles ist von Wirkung, als es schon von weitem in die Augen fällt; aber die feinemündende Kunst mag bei ihrem Anblick oft die Augen verblüffen. Auch das ist ein Zeichen unserer Zeit, die in praktischen Dingen übergroßes leistet, in der Kunst jedoch von mancher früheren Epoche bei weitem überholt worden ist.

Circus Wusch ist wieder da. Bis auf den letzten Platz füllte die Großstadt vorstellung am Sonntagabend die weiten Räume mit einem Publikum, das sich bei aller äußeren Behulichkeit doch mannig-fach von der Gesellschaft unterscheidet, die an Premierenabenden die Theater mit Beschlag belegt. Freude und Bewunderung kommen im Circus naiver, ursprünglicher zum Ausdruck als im Theater, und trotzdem die Arena weit weniger Abwechslung zuläßt als die Bühne, ist von jener Wuschheit, die dem anständigen Publikum den Aufenthalt im Theater oft verleidet, im Circus Wusch kaum eine Spur zu finden. Wer den Circus besucht, thut es mit einem gewissen kindlichen Behagen; hier ist die erste Etappe auf dem Wege zur Würdigung der Kunst. Wer vom Lande oder von einer kleinen Stadt nach Berlin gekommen, wendet immer noch, wenn er sich etwas Besondere gönnen will, seine Schritte nach Wusch oder Reuz, um dort Clowspöhe und gefährliche Akrobatik-kunststücke als den Inbegriff aller menschlichen Kunstfertigkeit zu bestaunen. Und für unendlich viele bleibt der Circus ihr Leben lang die einzige Stätte künstlerischen Bewunders. Gewohnheit und Er-ziehung lassen leider auch heute noch bei weitem Volksschichten die Achtung eines andern Genusses zu; das bessere Theater bleibt ihnen unverständlich und verirren sie sich so einmal dahin, so lang-weilen sie sich tödlich.

Diese Massen, die sich durchaus nicht allein aus der Arbeiterklasse rekrutieren, sind das Kernpublikum des Circus. Sie begnügen Direktor und Artisten mit naiver Freudigkeit, juchend familiar den allbekannten Clowns zu und messen die Höhe des künstlerischen Erfolgs an dem ausgedehnten Lachen- und Blumen-schenden, die bedeutenden Schutzeisterinnen und besonders dem Herrn Direktor am Eröffnungstabeau von zehn, zwanzig Theater nach-getragen werden. Und die Direktion ist klug und drängt selbst in Nebenachtstunden dem naiven Auge das Stimmchen auf. Zwei oder drei Duzend Stallmeister und Diener stehen an den Eingängen zur Arena, wenn der Herr Direktor an sechs Hochhängen, nach neuer Methode dressiert, seine Kunstfertigkeit zeigt. Alle Beamten tragen rote Fracks, die über und über mit Gold besetzt sind. Eine neue Nummer beginnt, wieder stehen zwei, drei Duzend Circusbeamte an den Eingängen; diesmal aber ist die Livree gewechselt und die Goldstickerei, deren Reichtum einen Kammerherrn in Festtags-uniform vor Neid bestaunen machen muß, erscheint auf wunderbarem blauem Grunde.

Das sind Nebenachtstunden, aber sie geben der Vorstellung erst die rechte Weihe. Trotzdem man glaubt, dem Schutzeiter Eusebius-Pootli, dem Clown Adolfo, dem Dressur-Boni und wie die aus-gezeichneten Künstler und Künstlerinnen sonst alle heißen, schon früher Bewunderung gezollt zu haben, erscheint doch alles zu frisch neu; und da das Publikum sich immer wieder zu dräuenden Ausdrücken seiner Bewunderung hinreißt, läßt sich der Direktor, den der Circus ausfüllt, wohl vor wie nach seine alte Kraft bewahren und seinem Leiter auch im kommenden Winter Glück über Glück bringen.

Eine große Anzahl neuer Kräfte, unter denen die Akrobaten zu Fried Bendiam, die Hartley-Truppe, der jugendliche Jockey Tony und viele andere zu nennen sind, unterstützen den Direktor auf seinem Siegeszug.

Orgelkonzert. Der Orgelkonzert des Musikdirektor Otto Dienstel in der Marienkirche am Mittwochmittag 12 Uhr bringt unter Mitwirkung von Frau Ellen Vogler-Brachvogel, Fräulein Hedwig Schiefer, Herrn Fritz Rederer, Herrn Paul Trefl, Gellix, und Herrn Rob. Schwelbmann die G-moll-Fuge von Bach, die A-dur-Adagio von Beethoven, Mendelssohns Hymne, Brahms' Sienesegensgang von Carl Reinecke, die 6. Konzert-Fantase von Dienstel u. a. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Freitagmorgen wurden vier Lösckzüge nach Anfurtenstraße 173 gerufen, wo eine Schneidwerkstatt ausbrannte. Kurz vorher war Großbeerenstraße 84 durch ein schadhafte Rohr ein Treppenbrand verursacht, bei dessen Abkämpfung der Portier Schulz Brandwunden an den Händen davontrug. Gardinen und Wäsche gingen Wiesenstraße 24 und Potsdamerstraße 85 in Flammen auf. Ein Alarm nach dem Gürtler Güterbahnhof wurde durch einen größeren Pfekthofenbrand verursacht. Infolge großen Unfalls am öffentlichen Meider erfolgte ein Austragen nach der Großbeerenstraße. Der Thäter ist nicht ermittelt. Ein kleiner Wohnungsbrand war ebenfalls Wiesenstraße 165 zu beseitigen, während Feuersbrunststr. 14 und Gneisenaustraße 5 die Ballenlage Feuer gefangen hatte.

Aus den Nachbarorten.

Bedenkliche Zustände herrschten Sonntag auf der Wann-see-Station in Zehlendorf, auf der erst neulich ein Zusammenstoß zweier Züge stattgefunden hat. Die Signale, die von Station Wannsee aus auf elektrischem Wege gehandhabt werden, wollten in Zehlendorf, besonders in den Nachmittagsstunden absolut nicht funktionieren. Das war um so bedenklicher, als wegen des prachtvollen Wetters Rühmminuten-Verkehr herrschte und der Menschenandrang ein ganz kollossaler war. Infolge dieser Störung mußten die von Berlin kommenden überfüllten Züge oft fünf bis zehn Minuten vor der Station Zehlendorf halten, so daß die Fahrzeiten nicht eingehalten werden konnten. Wohl nur der Umsicht des Bahnvorsehers sowie der Lokomotiv- und Zugführer, die alles daran setzten, um die Züge, so gut es anging zu dirigieren, ist es zu danken, daß Unglücksfälle vermieden worden sind.

Erhängt hat sich gestern auf dem Neubau Anesbedstraße 42 in Charlottendurg, wo er arbeitete, der Arbeiter Gebig. Unglückliche Familienvorfälle sollen die Ursache der Verzweiflungsthat gewesen sein.

Um die Königer Mordthat und die Berliner Kriminal-kommissionäre drehte es sich bei einer Anklage gegen den Herausgeber der „Zukunft“.

Maximilian Harden, der gestern vor der ersten Strafkammer zu erscheinen hatte. In einem in Nr. 40 der „Zukunft“ veröffentlichten längeren Artikel suchte der Angeklagte die Königer-Verhältnisse, das Entsetzen der Legende vom Attentatmord und die ungeheure Verwirrung der Volkseele, wie sie aus Anlaß der Ermordung des Gymnasialisten Winter in die Erscheinung getreten ist, psychologisch zu erklären. Er kam dabei auch auf die Thatfrage zurück, daß im Ermittlungsverfahren ein Erfolg nicht erreicht worden ist, bedauerte, daß wir kein für ein so schwieriges Ermittlungsverfahren brauch-bares Material haben und gebrauchte die Wendung: „Hier (in Königs) leidet ein Kriminalkommissionär, was solche ungebildeten Leute in jedem heissen Fall immer leisten.“ Daraufhin hat der Polizeipräsident einen Strafantrag wegen Verleumdung der Berliner Kriminalkommissionäre gestellt. Vor Stellung des Strafantrags hatte der Angeklagte, der erfahren hatte, daß jener Satz in beleidigendem Sinne aufgefaßt werde, in einem an den Polizeipräsidenten gerichteten Schreiben mitgeteilt, daß er nur habe zum Ausdruck bringen wollen: die Kriminalkommissionäre seien für einen so schwierigen zu behandelnden heissen Fall nicht genügend vorgebildet. — Als einziger Zeuge war Kriminalinspektor Braun geladen. Der Angeklagte blieb dabei, daß ihm jede beleidigende Absicht gefehlt habe. Der völlig negative Erfolg des Ermittlungsverfahrens habe bekanntlich sehr böses Blut gemacht, in einzelnen Preßorganen sei man sogar so weit gegangen, die Beamten starker Verleumdung zu beschuldigen. Ihm sei so etwas nicht eingefallen, er habe vielmehr nur die Notwendigkeit einer Aenderung des Systems betonen wollen und deshalb ausgeprochen, was er schon wiederholt gesagt habe: daß nach seiner Meinung diese Herren Kriminalkommissionäre nach ihrer Vorbildung nicht geeignet seien, in heissen Fällen die Fundamente der Ermittlungen zu legen, namentlich nicht in einem Falle wie dem Königer, wo Raffenhaft und Interessen aller Art eine so hervorragende Rolle spielen. — Auf die Vernehmung des Kriminalinspektors Braun wurde verzichtet. — Staats-anwaltschreiber Plösch hielt eine Verleumdung für vorliegend. Er habe nicht bloß sagen wollen, daß die Kriminalkommissionäre eine ungenügende Vorbildung haben, sondern er habe sie mit einer verächtlichen Handbewegung zu ungebildeten Leuten gestempelt. Was das Strafmaß und die Straftat betrifft, so sei zu erwägen, daß der Angeklagte seit einer Reihe von Jahren gegen die Autoritäten des Staats, gegen zahlreiche Personen, die in die Oeffentlichkeit treten, eine Reihe von Vorwürfen und hässlichen Bemerkungen schleudert, die es schwierig machen, im konkreten Fall ein objektives Urteil zu bilden! Er glaube, daß eine 14tägige Gefängnisstrafe am Plage sei. — Der Verteidiger Justizrat Rüdiger bestritt das Vorliegen einer Verleumdung. Der Inhalt des ganzen Artikels, in welchem weis-läufig ein wichtiges soziales Thema besprochen werde, dürge dafür, daß jene nebenwärtliche Bemerkung nur eine ungenügende Vorbildung der Kriminalkommissionäre betonen wollte. Unter dem in Königs obwal-tenden Verhältnisse sei das Ermittlungsverfahren ein ganz besonders schwieriges gewesen, und es lasse sich doch nicht leugnen, daß sich bisher diejenigen, die mit den Ermittlungen befaßt waren, nicht mit Ruhm bedeckt haben. Nach Ansicht des Angeklagten müßte man mit solchen schwierigen Aufgaben allererste Kräfte betrauen, und man hätte nach Königs einen hervorragenden intelligenten Mann suchen müssen, nicht aber einen Kriminalkommissionär, der dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Das sei eine Kränkung, die erlaubt sei, selbst wenn sein präsidierendes Vornamen vorgelesen werde. Wenn in einem ganz be-sonderen Falle ein sonst vielfach ganz tüchtiger Kriminalkommissionär nach seinem ganzen Bildungsgang nicht als der passende Mann zur Leitung der Ermittlungen bezeichnet werde, so liege darin keine Verleumdung. Vor 30 Jahren habe es einen Kriminalkommissionär gegeben, der außerordentlich tüchtig war, aber die deutsche Sprache nicht beherrschte. Schade, daß er nicht mehr lebt und nicht nach Königs gebracht werden konnte! Kriminalkommissionäre gehen vielfach aus der Reihe der praktischen Schulleute hervor und es wäre inter-essant, durch Vernehmung des Polizeipräsidenten zu hören, welchen Bildungsgang denn seine Kriminalkommissionäre durchmachen. Dem Angeklagten siehe aber auch der Satz des § 193 zur Seite. Berlin, welches nach Ansicht des Staatsanwalts die ausgezeichnetsten Kriminalkommissionäre habe, stehe in den Wipfeln in dem Ruf, die sicherste Stadt der Welt zu sein, weil man dort keinen Mörder findet“. In der That haben die Kriminalkommissionäre in Berlin seit längerer Zeit nicht viel Glück gehabt und der Angeklagte als Berliner Bürger habe ein berechtigtes Interesse daran, daß die Sicherheit der Bürger nicht zweifelhaft und ein Mörder auch entdeckt wird. Daß Nebenstände vorhanden seien, habe man erlitten, indem man Reformen anbahnte, und die Presse müsse das Recht haben, solche Nebenstände zu kritisieren. Die Absicht einer Verleumdung habe der Angeklagte nicht gehabt. — Der Staatsanwalt widersprach der Anwendung des § 193 und hob hervor, daß der Angeklagte kein Recht habe, die Kriminal-kommissionäre in solcher Weise herabzusetzen, denn diese seien im ganzen Reiche als die besten an-erkannt. — Der Angeklagte widersprach dieser Behauptung. Er habe in öffentlicher Sitzung des Hamburger Senats den Polizeichef Sachmann bei Abgabe seines Verwaltungsverichts sagen hören: „Innere Polizei ist keinen Werd schuldig gehalten, während es eine andere große Stadt giebt, wo von 14 Morden 13 unentdeckt blieben. In Wipfeln sei über die Kriminalpolizei viel Schwereres gesagt worden, als in meinem Artikel. Er habe die Ehre der Kriminalkommissionäre keineswegs herabsetzen wollen, zweifle keineswegs daran, daß sie ihre Pflicht thun und habe nur eine psychologische Erklärung dafür suchen wollen, warum sie so wenig leisten. In solchen heissen Fällen könne nur ein kriminalistisch und psychologisch sehr fein gebildeter Mann mit einem hohen Maß von Kultur und Menschenkenntnis in das Gewirr von Interesse und Hoffenbah hineinleuchten. Soweit er wisse, sei auch der Kriminal-inspektor, den er im Auge gehabt, aus der Schuymannschaft hervorgegangen. Nach seiner Ansicht stehe ihm auch der Satz des § 193 zur Seite, denn er trage mit dazu bei, wovon die Kriminal-polizei unterhalten werde. Keineswegs gebe seine journalistische Thätigkeit irgendwelche Veranlassung, in einer so unwichtigen Sache mit Gefängnisstrafe gegen ihn vorzugehen. — Auf Antrag des Staatsanwalts wurde nach Kriminalinspektor Braun darüber vernommen, daß nicht er, sondern der Kriminalkommissionär W e h n die ersten Ermittlungen in Königs geführt habe, und er (Braun) erst später nach dort gegangen sei, um eine gewisse Kontrolle auszuüben. Kriminalinspektor Braun bestätigte dies, giebt aber auf Befragen zu, daß er schon vor Erscheinen des Artikels in Königs thätig war. — Nach längerer Beratung verurteilte Landgerichtsrat Dieg das Urteil des Gerichtshofs dahin: die Aus-legung, die der Angeklagte dem Wort „ungebildet“ gebe, sei nicht richtig. Jeder Unbefangene werde in der in-kriminierten Bemerkung eine Verleumdung und Ehrenkränkung erblicken, der Angeklagte sei sich auch des beleidigenden Charakters be-wußt gewesen. § 193 greife nicht Platz. Der Gerichtshof habe den An-geklagten zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis verurteilt und dem Beleidigten die Publikationsbefugnis in der „Zukunft“ und in der „Voss. Zig.“ zugesprochen.

Dies Urteil legt vom idealen Gehalt des deutschen Volks-charakters, soweit er sich im Polizeipräsidentium und in richterlichen Urteilen offenbart, beredtes Zeugnis ab. Daß die Kriminalpolizei sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigte, hat beim Hinweis auf mehrere bedenklliche Fälle ungetraut gesagt werden dürfen; die Be-hauptung aber, daß es etlichen ihrer Mitglieder an Bildung fehle, schließt eine Verleumdung in sich, die mit 300 Mark Geldstrafe ge-führt wird.

Ein Epilog zu dem Thomasmehl-Streit, der die Presse und die Gerichte so vielfach beschäftigt hat, stand gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung an. Es handelte sich um eine Privatklage des Herausgebers der „National-Liberalen

Korrespondenz“ Dr. Mohr gegen den verantwortlichen Redacteur der „Deutschen Tageszeitung“ Dr. Strehke. Der bekannte Prozeß, der zwischen den Leitern des Bundes der Landwirte und dem Dr. Mohr geschwebt, war am 24. Oktober durch einen Vergleich beendet und darin mit einer gewissen Heiligkeit dafür geort worden, daß der Kampf für die Zukunft erledigt sein sollte. Vier Tage nach diesem Vergleich veröffentlichte die „Deutsche Tageszeitung“ unter dem Titel „Parteilosigkeit-Gebäulichkeit“ einen Artikel, der in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ent-halten war. Der Artikel ging zurück auf den ganzen Ursprung des Streits und kam zu dem Ergebnis, daß es sich um ein „ge-meines Wahlmanöver“ handle, welches sich eine Partei der andern gegenüber erlaubt habe. Wegen dieses Artikels hatte Dr. Mohr die Privatklage angestrengt und das Schöffengericht hatte den Dr. Strehke zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, indem es aus den begleitenden Umständen für zweifellos erachtete, daß die Beleidigung gegen die Person des Dr. Mohr gerichtet war. Dr. Strehke hatte die Widerklage erhoben und gründete diese auf zwei Artikel des Privatklägers. In dem einen hatte dieser der „Deutschen Tagesztg.“ den Vorwurf des Plagiats gemacht, in dem andern waren Ver-mertungen der „Deutschen Tagesztg.“ zu einem Artikel, in welchem die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Reichsanwalt gegen Angriffe von konservativer und agrarischer Seite in Schutz genommen hatte, als „lächerlich“, „un-gehobelt“, „schulmeisterlich“ und dergleichen bezeichnet. Diese Wider-klage hatte das Schöffengericht abgewiesen. Hiergegen hatte Dr. Strehke die Berufung eingelegt. Dem Kläger stand Justizrat Wagner, dem Angeklagten Rechtsanwalt N a e y e II zur Seite. Dr. Strehke machte geltend, daß sich der Artikel nicht gegen den Kläger, sondern gegen die nationalliberale Partei richtete. Da der fragliche Artikel in einem nationalliberalen Blatt, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ veröffentlicht gewesen, habe er es für seine Pflicht gehalten, diese Anschauung einer Vertreterin der nationalliberalen Partei den Lesern der „Deutschen Tagesztg.“ mit-zuteilen. Er nahm auch den Schutz des § 193 in Anspruch, weil nicht nur die „Dt. Tagesztg.“ die Interessen des Bundes der Landwirte vertritt, sondern er selbst Mitglied des Bundes sei. Von klägerischer Seite wurde bestritten, daß die „Rhein.-Westf. Ztg.“ als national-liberales Organ zu gelten habe. Auch die Privatklage, die nach jenem Artikel zwischen der Nationalliberalen Korrespondenz und der „Deutschen Tageszeitung“ entstanden sei, lasse keinen Zweifel darüber, daß die Beleidigung sich gegen Dr. Mohr richtete. — Die Ver-rufungskammer erkannte nach längerer Beratung auf Verwerfung der Berufung, indem sie sich den Gründen des Schöffengerichts, auch be-züglich der Widerklage, anschloß.

Den Eindring einer Kleinfinder-Bewahranstalt machte gestern der Sitzungssaal der dritten Strafkammer des Landgerichts I, als eine ganze Schar vier- bis fünfjähriger Mädchen von ihren Vätern in den Zeugenraum geführt wurde. Sie sollten Zeugnis ablegen gegen die Aufsichtsrätin Elisabeth Krönig, welche in den Monaten Juni und Juli den Norden Berlins unsicher gemacht hat. Die Angeklagte hatte sämtliche Kinder nach einer bekannten Methode herabst. Wenn sie sah, daß ein Kind zum Einholen fortgeschickt worden war, knippte sie ein Gespräch mit den-selben an und wachte durch ihr freudliches Wesen leicht dessen Vertrauen zu erwerben. Dann folgte die übliche Bitte: das Kind möge doch gegen Belohnung mit einem Bonbon in einem benach-barthen Hause nach einer Frau Sommer fragen, um ihr zu sagen, daß jemand vor der Thür auf sie warte. War das Kind bereit, den Auftrag auszuführen, so erbot sich die Angeklagte, dessen Kopf oder Tasche, in dem auch zweifelt das Portemonnaie lag, bis zur Rückkehr des Kindes anzubehalten. In einem Falle erbaute die An-geklagte sogar einen Kinderwagen, den ein kleines Mädchen vor sich herhob. Als die Betrügerin endlich ertrappt wurde, zeigte es sich, daß sie bereits dreimal wegen derselben Schwindelacten, zuletzt mit zwei Jahren Gefängnis, vorbestraft war. Unter diesen Umständen konnte auch das von der Angeklagten abgelegte Geständnis eine mitübende Wirkung nicht ausüben; der Gerichtshof verurteilte sie nach dem Antrage des Staatsanwalts zu zwei Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht.

Eine Privatbeleidigungsklage, die unser Parteigenosse Vergarbeiter Ludwig Schröder gegen Herrn Brust, den Führer der christlichen Vergarbeiterbewegung angestrengt hatte, ist dieser Tage vor dem Schöffengericht in Essen ver-handelt worden. Schröder hatte Klage erhoben, weil Brust in seinem Blatt, dem „Vergarbeiter“ die unwahre Behauptung auf-gestellt hatte, daß Schröder zu Anfang dieses Jahres nicht, wie thatsächlich geschehen, von dem im Wurm-revier ausgebrochenen Streik abgeraten, sondern die Ver-arbeiter in den Ausstand gehert habe. Die Gerichts-verhandlung endete mit einem Vergleich. Brust gab folgende Er-klärung ab: „Ich erkläre hierdurch, daß ich auf Grund der heutigen Verhandlung und nach den Erklärungen des Herrn Schröder die Ueberzeugung erlangt habe, daß die früher von mir aufgestellte Be-hauptung, Herr Ludwig Schröder habe den Ausstand im Wäsemer Revier verursacht oder sei an der Entstehung desselben ursächlich beteiligt, den Thatfachen nicht entspricht und nehme deshalb die erhobenen Behauptungen zurück. Schröder erklärt darauf: Ich halte mich nach den Erklärungen des Herrn Brust und der heutigen Verhandlung davon überzeugt, daß Herr Brust bei Herstellung der fraglichen Artikel sich in gutem Glauben befunden hat und nehme die erhobene Klage zurück. Brust übernimmt die sämtlichen Kosten und verpflichtet sich, die Erklärung binnen 14 Tagen in seinem Organ „Der Vergarbeiter“ zu ver-öffentlichen.

Vermishtes.

Unglücksfall. Der 25jährige Prinz Albert von Sachsen ist Sonntagabend 11 Uhr durch einen Unglücksfall getötet worden. Die Pferde seines Wagens gingen auf der Fahrt von Dresden nach Pinnerwitz durch; der Prinz wurde aus dem Wagen geschleudert, erlitt einen Schädelbruch und war in wenigen Minuten eine Leiche. Ueber das Schicksal des Leibjägers und des Kutscher, die ebenfalls vom Tod geschleudert wurden, ist noch nichts berichtet worden.

Die Pest. Wie das „Neuerliche Bureau“ erfährt, sind Montag in Glasgow fünf weitere Pestfälle vorgekommen. Von den fünf neuen Pestfällen sind vier in einer Familie vorgekommen. Die Gesamtzahl der an der Pest Erkrankten beträgt 22. Verdächtig ist ein Fall. Unter Beobachtung stehen 115 Personen. — Die in auswärtigen Blättern verbreitete Meldung von einem Pestfall in Amsterdum ist völlig erfunden.

Der Orkan in Galveston. Nach den letzten Schätzungen be-trägt die Zahl der Toten in Galveston mehr als 6000. In der Stadt sind viele Geschäfte wieder eröffnet. Die Zahl der Obdach-losen beträgt 10 000, doch sind die sanitären Verhältnisse besser. Lebensmittel sind genügend vorhanden.

Ueber eine Explosion in der Pariser Ausstellung wird von Sonntag berichtet: Ein mit Karbol gefüllter Apparat explodierte plötzlich, und man befürchtete, daß eine Explosion von 15 weiteren Behältern mit 2000 Liter Alkohol erfolgen würde. Ein Teil der Fußgängerbrücke geriet in Brand. Dieser Teil der Ausstellung mußte während des ganzen Abends abgeschloffen bleiben. Die Untersuchung wird fortgesetzt; Arbeiter, die in der Nähe des Orts arbeiteten, er-kärten, ihrer Ansicht nach sei die Explosion auf eine Unvorsichtigkeit eines Epaziergängers zurückzuführen, der ein brennendes Zündholz von der Brücke warf.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. 59. Rein. P. J. Das erfragen Sie mit Beistigkeit in den Ausnahmestellen des Schlesischen Bahnhofs.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 18. September 1900. Trocken und vorwiegend heiter, am Tage warm bei schwachen süd-östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Warenhaus A. Wertheim

Der Extra-Verkauf

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen

vor der demnächstigen Eröffnung unserer Erweiterungsbauten

Leipziger-Strasse 134/135, Voss-Strasse 31/32, Oranien-Strasse 52

erstreckt sich auf sämtliche Abteilungen unseres Geschäfts.

Alle Waren sind im Preise ermässigt.

Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preislage eine Herabsetzung nicht zulässt.

Da wir bei diesem niemals wiederkehrenden Extra-Verkauf nur tadellose Ware anbieten, so können wir diese Gelegenheit zum Einkauf besonders empfehlen.

Die Extra-Preise sind neben den bisherigen auf den Preiszetteln vermerkt.

Der Extra-Verkauf dauert nur kurze Zeit.

Einsegnungs-Anzüge von 12 M. an **M. Schulmeister, Schneider, Schöneberg, Hauptstraße 142,**
meister, bis a bis dem alten Pferdebahndepot.
Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. **M. Schulmeister, Schneidermstr.,**
Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

2. Ziehung d. 3. Klasse 203. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 17. September 1900, vormittags.
Aus der Gewinnliste über 100 Mark sind die beizehenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Cf. Seite 10.)

177 229 355 433 612 1165 300 416 (300) 47 088 197
2112 215 65 791 951 3018 150 219 80 343 79 652
4002 90 200 401 54 542 067 729 557 91 5073 75 305
70 507 94 008 946 6167 548 57 74 613 722 898 84 7012 99
307 38 84 55 72 080 700 807 906 8014 176 (300) 853 42 77
79 98 407 77 528 007 726 914 0023 112 228 43 702 74 670
10146 226 34 314 419 500 30 30 888 319 11685 206 801 438
80 846 758 12200 505 688 853 301 92 13204 808 426 587
610 711 (300) 850 915 14008 9 200 928 78 26 466 78 568 84
671 828 949 15003 119 56 85 897 300 15 528 85 902 16008
19 121 (300) 87 301 440 (300) 818 17364 68 634 938 18144
367 947 878 812 99 10140 76 (300) 99 329 379 542 984
20307 81 45 321 55 94 573 854 703 019 21128 58 830
88 458 265 28 85 94 05 088 730 801 07 71 96 904 220 05 901
495 571 752 925 71 99 20388 120 308 80 680 814 (300)
24019 193 685 073 939 89 25123 (300) 244 440 91 205
700 21 80 808 20045 80 439 80 512 633 788 27240 417
729 67 99 828 56 915 52 28027 153 210 40 58 82 445 519 65
601 17 101 82 914 20306 417 602 (300) 804 28 507
30003 106 42 228 81 91 851 400 559 809 31035 501 428
58 597 712 73 32123 229 57 305 409 659 78 886 28182 436
091 757 82 34171 258 430 780 873 841 909 29 47 35121 80
519 65 752 813 925 86 30414 809 67 75 319 74 429 587 779 94
621 37 92 37319 709 947 92 38017 158 530 56 339 473 516
648 818 30031 150 318 30 84 449 75 611 791 804 15 812
44180 222 74 526 022 809 70 41158 236 611 34 631 90
42349 45 100 90 203 432 540 50 054 71 77 336 81 48125 24
273 321 463 528 056 715 810 33 42 48 44054 188 908 18 959
492 507 88 711 37 45048 104 94 380 410 302 515 21 742 80
840 84 972 40051 140 61 (300) 62 015 34 756 47306 834
430 60 307 741 43 052 48054 143 226 317 8 668 65 731 (300)
850 636 45 49280 327 42 416 25 633 85 211
50029 94 90 182 333 728 51047 60 38 197 81 218 428
504 88 885 52102 540 600 725 880 351 53002 (300) 89 169
302 421 35 604 23 37 35 734 916 95 64303 281 287 417 589 58
[300] 996 55009 86 310 50 00 473 020 38 682 723 50428 82
63 706 516 843 47 88 938 68 57077 150 229 457 71 576 85
58058 206 52 150 67 80 419 19 70 533 632 46 47 826 917
37 59169 76 364 92 464 594 676 734 808 9 940
00000 20 216 429 387 028 900 61032 303 20 545 454 116
73 841 885 60408 49 102 7 222 53 617 42 70 35 81 602 29 36
60 43222 845 410 846 975 64256 358 509 82 69 697 735 800
[300] 900 65161 235 375 455 301 21 59 31 704 61 914 24 78
60 40227 34 86 360 61 (300) 622 679 67800 588 307 15 857
735 827 974 73 68008 20 32 144 (300) 43 400 326 673 140
93 814 49554 438 016 735 546
70455 106 138 78 801 (300) 973 71282 877 85 013 726 64
802 72045 542 58 90 226 407 509 43 73 649 67 720 35 94 962
73029 29 52 142 289 368 651 851 713 74115 394 214 488 586
38 69 797 75019 30 44 57 167 355 60 52 (300) 76 85 858
76 70351 65 626 714 818 108320 239 77 496 377 697
78126 228 447 504 328 64 79108 77 204 (300) 84 598
80101 55 274 400 1 34 38 (300) 696 971 76 21358 888
92 483 24 508 82 930 820309 29 35 296 357 408 512 47 31
609 18 745 992 (300) 88137 60 380 (300) 648 748 84066 209
7 533 657 756 88123 84 518 700 84087 117 42 405 534
60 628 731 87003 117 89 332 560 740 808 88087 214 338
419 97 568 95 616 770 827 60 (300) 913 43 99 89015 121 855
307 70 454 520 776 807 931 45
90152 214 72 800 418 555 614 920 45 01900 (300) 74 253
73 387 81 87 536 605 92173 307 40 99 526 699 93240 74
360 434 73 503 82 776 94120 300 415 500 115 95111 55 434
525 (300) 740 79 30 803 94022 76 95 994 12 730 857 54
902 34 61 69 07023 398 79 71 482 520 45 616 739 61 847
98147 230 325 (300) 413 63 68 626 515 900 99011 171 71
487 610 822 934
100227 631 720 75 101185 (300) 519 84 623 720 917
102031 106 75 590 800 455 915 76 103590 123 401 700 11 41
871 104003 226 355 (300) 435 (300) 716 70 951 105305 87
128 285 700 900 100038 50 988 319 504 19 90 740 883 107111
44 327 413 97 520 62 348 492 576 706 822
620 778 100906 35 348 492 576 706 822
110232 399 454 522 (300) 41 64 658 706 19 (300) 823 40
99 993 111140 50 64 201 (00-000) 268 409 771 820 31 77
112121 458 97 535 94 680 892 19 113052 80 95 127 879 407
909 780 844 91 114318 418 375 892 115080 226 367 812
712 837 933 116041 285 88 426 55 33 89 624 66 735 43 66

808 80 117046 99 170 06 007 118076 152 812 228 800 19
59 82 786 816 30 75 110094 180 325 52 484 94 888 710 24 94
120155 88 275 83 367 490 517 (300) 733 55 804 630 86
121041 264 66 350 429 736 47 122405 141 357 92 483 536
[300] 642 65 707 97 123084 814 20 401 4 10 536 706 72 840
75 87 917 124079 185 50 201 34 78 331 448 510 816 89 125008
117 203 333 55 49 404 25 514 25 611 (300) 726 47 76 120088
85 170 383 545 609 57 700 82 866 910 49 54 127008 75 80
423 42 54 81 711 885 56 932 40 128080 84 226 42 319 85 488
517 47 72 762 81 129015 180 228 (300) 50 356 833 109
130023 31 229 42 300 407 535 689 934 12 131507 111 214
378 84 434 722 132048 318 483 542 79 90 68 622 34 69 778 953
132033 145 388 509 628 838 134041 0 132 (300) 326 70 822
78 471 80 791 853 978 135124 204 304 527 616 19 875 (300) 66
855 130008 (300) 230 342 71 426 90 543 634 71 80 771 530 519
137326 72 426 288 648 138002 187 324 878 974 139104 317
625 744 842 94
140088 540 718 (300) 141033 41 158 429 585 96 705 7
142400 30 113 71 201 (1000) 62 373 418 49 94 72 503 91 738
564 144964 69 150 770 365 521 949 144127 278 323 658
904 28 145034 67 (300) 290 310 481 580 627 57 824 354 51
146188 153 (300) 55 253 70 319 433 780 147080 217 353 447
56 741 890 47 48 148074 183 296 358 55 877 149288 381 847
150285 416 592 845 888 151070 155 67 87 367 398 478
647 612 742 49 850 152167 124 75 366 532 665 752 65 71
81 857 68 953 153189 822 79 423 538 829 154079 154 357
448 691 629 758 812 15 155122 206 883 406 45 573 611 17
20 62 837 150001 281 348 514 730 841 89 157262 318 456
14 88 562 68 (300) 607 22 718 94 158035 150 423 507 721
62 67 150182 (300) 256 679 705 80 809
160011 15 64 134 84 216 326 426 80 531 877 850 61 161064
80 180 313 624 735 85 162121 357 346 425 61 657 760 807
163033 (300) 319 28 850 164006 512 24 165023 116 21 448
64 683 710 160944 151 229 85 93 337 69 550 65 626 57 78 709
43 92 827 167181 (300) 68 827 445 40 507 837 970 95 108821
304 535 829 192 169127 278 381 738 73 935 97 937
170090 190 427 226 329 77 586 739 811 911 (300) 49
171042 319 408 51 326 654 75 722 997 172080 46 40 143
212 582 914 43 173066 96 158 307 558 97 618 53 718 53 323
174088 166 292 309 22 49 450 734 940 175027 (300) 221 318
484 522 77 618 34 176211 85 623 771 (300) 817 49 928 35
60 177396 304 306 442 47 629 732 500 19 178183 359 653
60 731 803 266 179012 35 228 84 (300) 312 67 478 529 609
71 830 (300) 95 833
180423 158 301 45 28 200 554 90 97 675 756 825 94 181158
87 469 810 77 777 821 41 55 500 58 93 182228 130 911 301 41
500 614 722 (300) 854 95 90 946 56 85 183832 130 290 71
514 15 668 58 740 51 873 184008 32 73 441 521 610 700 80
75 553 (300) 185015 440 42 580 (300) 42 626 87 807 964
186009 294 86 226 547 631 828 55 187190 226 456 65 307 613
300 188107 89 367 324 537 684 709 69 533 189011 79 303
(300) 715
190003 28 267 458 508 688 719 802 99 191098 361 614
736 846 64 981 87 85 192027 455 718 913 15 193017 154
289 755 515 643 46 55 71 726 532 912 65 78 194141 73 507
87 659 63 749 809 195037 67 63 261 822 88 41 41 58 397
611 62 708 54 85 838 85 811 89 196002 47 82 800 38 46 (300)
54 609 75 844 54 76 921 197038 45 48 159 62 307 622 703
87 977 198028 130 385 (300) 629 40 47 056 721 199071
157 811 402 (300) 78 (300) 812 35 94 608 717 97 937
200037 49 117 20 346 445 628 360 580 653 89 815 389
(300) 66 880 942 65 74 202228 349 580 653 89 815 389
203122 87 225 304 91 77 421 623 623 516 82 845 954 204087
155 219 65 (300) 426 530 643 70 830 961 84 207225 360 321
796 528 208060 301 35 413 73 741 63 528 28 209008 29 225
29 43 69 492 62 14 328 917
210196 243 303 560 603 702 856 975 211000 11 206 72 81
220047 47 80 420 425 728 78 38 (300) 221151 235 78 78
400 705 840 46 906 222122 201 76 532 69 650 65 705 223012
180 241 804 65 627 630 49 787 811 943 45 71 225400 12 206 471
612 223545 67 488
Zum Gewinntrakt verbleiben: 1 Gewinn zu 45000 M.,
1 zu 30000 M., 1 zu 10000 M., 1 zu 5000 M., 6 zu 2000 M.,
1 zu 1000 M., 31 zu 500 M.
Berichtigung: In der Liste vom 14. September vormitags
19 878 199 215 und nachmitags Nr. 64 667 nicht gezogen.

2. Ziehung d. 3. Klasse 203. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 17. September 1900, nachmitags.
Aus der Gewinnliste über 100 Mark sind die beizehenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Cf. Seite 10.)

70 505 95 806 20 971 78 79 1027 87 105 814 2014 799
216 358 312 029 508 8024 73 615 719 928 29 130023 238
553 643 863 5085 119 47 68 75 290 340 71 416 523 029 599
9079 219 301 401 655 83 741 7011 24 170 328 83 47 834 870
8070 72 371 74 435 573 609 87 92 977 9002 104 255 369 587
94 619 728 47 60 864 (300)
10164 529 70 620 63 851 13015 25 62 528 603 96 851
938 12021 150 412 38 561 87 600 727 523 200 130023 238
68 500 677 714 80 66 302 53 14006 102 46 894 83 529 49
730 92 818 928 69 15017 98 180 506 55 614 626 14016 66
[300] 381 97 545 84 629 63 708 888 (300) 17006 15 94 111
253 306 630 899 301 58 18050 117 53 73 241 55 828 71 571
19171 911 29 729 808 11 47 929
20111 65 95 280 67 454 507 (300) 19 822 51 39 986 21000
111 49 288 (300) 320 800 43 68 22477 40 549 411 90 960
23 335 438 738 828 842 24018 105 55 319 69 731 54 25973
718 25 44 903 27053 328 256 59 83 93 513 606 802 28047
104 20 271 310 23 31 409 82 59 704 98 913 29010 302 870
626 504 71 050 819 939
300028 115 71 219 407 60 500 74 703 90 44 894 51128
288 391 65 622 322114 750 970 33197 204 14 28 44 336 445
632 85 726 45 34233 434 508 71 819 25022 14 306 447
45 515 855 971 34005 173 242 50 668 64 72 228 69 663 251
37157 90 318 59 514 648 90 707 830 86 (300) 18286 439 74
547 684 929 72 330035 30 62 174 202 345 446 80 82 (300)
515 623
40032 101 23 42 329 405 43 540 517 905 55 41093
319 81 408 90 894 54 42219 507 745 806 4-917 169 78
378 85 900 26 44008 23 147 205 428 226 37 35 75 68 71 65
802 45112 45 56 79 333 47 259 40728 9 942 217 47071
102 47 300 15 306 30 61 445 85 835 48210 (300) 327 73 626
91 96 40144 71 280 414 522 933 81
50227 364 97 418 24 44 603 39 87 863 51322 80 360 425
[300] 42 676 91 911 29 32 52014 140 97 244 707 460 909 617
56 827 29 (300) 42 54 925 51323 174 97 666 753 63 819 99
505 54284 90 308 84 413 20 41 628 79 85 89 609 725 40 974
65525 554 82 730 843 902 86 827 29 941 51 34040 23 236
67073 191 407 542 81 833 705 827 29 941 51 34040 23 236
456 314 82 858 948 75 60708 51 97 666 753 63 819 99
60028 10 328 91 470 84 621 954 95 45 91 80 56 540 541 759
549 27 708 76 827 38 30 92 81 924 66 61 814 24 61 89
60100 211 18 320 48 76 892 80 833 55 51 814 24 61 89
44021 21 33 73 118 25 31 338 (300) 71 78 500 6 605 61 140
41 65 841 65126 212 84 373 645 90026 37 167 250 366 63
440 889 804 84 67000 97 113 43 69 19 87 351 58 413 127
68015 219 417 65 542 623 807 68011 375 878 283 544 97
70072 300 519 646 705 6 856 65 (300) 74047 523 67 94
820 708 68 896 70 929 72147 277 206 203 616 90 750 (300)
89 29 960 65 99 20008 253 355 732 60 821 94156 280 428
11 78 502 627 35 64 820 88 75273 569 739 74 84 930 65
70005 156 373 440 60 823 637 837 921 97 27186 859 496
69 627 44 81 829 78170 223 24 66 530 639 600 970 72008
128 245 87 306 445 611 67 62 714 72
90151 212 600 80 300 83012 8101 65 75 120 394 541 81 619
905 86 (300) 70 626 83021 816 84 83110 175 244 62 435
94 370 678 907 84036 67 90 151 320 481 673 843 971
86018 21 55 155 83 230 37 84 433 62 31 730 69 890 744 89043
323 706 807 84 87000 19 63 111 223 24 454 (300) 96
566 97 794 88194 97 810 42 65 636 704 74 801 947 89127
320 356 82 779 (300) 827 992
90039 323 726 45 30 320 91022 87 75 143 286

Aus der Berliner Konfektion.

Während die Arbeiter und Arbeiterinnen der meisten Berufe dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation Löhne und Arbeitszeit so gestalten konnten, daß sie mit den Preissteigerungen für Wohnungen und Lebensmittel fast gleichen Schritt hielten, ist eine große, für Berlin besonders in Betracht kommende Berufskategorie einer ungehinderten und rücksichtslos betriebenen Auswanderung durch die Kapitalisten überantwortet.

Die Konfektion wird bekanntlich überwiegend durch Heimarbeit betrieben. Die weiten Arbeiterquartiere des Nordens und Ostens sind angefüllt mit ihrem Elend. Ueberall, wo der Lohn des Manns zu knapp ist — und so wäre das nicht der Fall? — muß die Frau beibringen und das nächste, wonach sie trachtet, ist, mit der Nadel ein paar Pfennige hinzu zu verdienen.

Die Konfektion wird bekanntlich überwiegend durch Heimarbeit betrieben. Die weiten Arbeiterquartiere des Nordens und Ostens sind angefüllt mit ihrem Elend. Ueberall, wo der Lohn des Manns zu knapp ist — und so wäre das nicht der Fall? — muß die Frau beibringen und das nächste, wonach sie trachtet, ist, mit der Nadel ein paar Pfennige hinzu zu verdienen.

andern als von Lohnherabsetzungen. Ständen die paar Erfolge des 1890er Streits schon kurz nach seiner Beendigung wesentlich nur auf dem Papier, konnten sich die Konfektionäre schon nach wenigen Wochen das Vergnügen infamer Vortrügigkeit leisten, so kümmert sich, wenigstens so weit die Heimarbeit in Betracht kommt, gegenwärtig niemand um das, was damals zu Gunsten der Arbeiterinnen errungen wurde.

Wie sehr gerade jetzt angesichts der drückenden Lebensmittelteuerung die Arbeitslöhne zurückgegangen sind, mögen folgende Beispiele lehren: Gold-Capes, die im vorigen Jahr noch 60—70 Pf. das Stück an Arbeitslohn brachten, werden jetzt nur noch mit 50 Pf. bezahlt. Um 2 solcher Capes fertigzustellen, muß eine Arbeiterin von Durchschnittsgeschwindigkeit, die nebenher auf das allernötigste Kinder und Hausstand besorgen will, von früh vier Uhr bis abends zehn Uhr arbeiten.

Ebenso schlecht ist die Bezahlung für Knaben- und Mädchenarbeiten. Für Weinkleider, die 15—16 jährigen Jünglingen passen, giebt es 25 Pf. Arbeitslohn; früher zahlten Meister, die wegen schlechter Löhne berichtigt waren, wenigstens 40 Pf. Wer solche Arbeit beurteilen kann, weiß, daß gerade hierbei viel Handarbeit zu

leisten ist; eine Frau, die sich von frühester Stunde bis in die Nacht müht, näht etwa vier bis fünf Hosen fertig.

Der durchschnittliche Wochenverdienst, der bei angestrengtester Arbeit zu erlangen ist, mag sich auf etwa 5 M. belaufen. Von diesem Verdienst ist jedoch das Garn, das die Arbeiterin aus ihrer eignen Tasche zu zahlen hat, sowie Licht, Feuerung und Abmahlungskosten für die Nähmaschine abzurechnen.

Es drängt sich die Frage auf, warum Arbeiterfrauen denn überhaupt solche Arbeit annehmen und warum ihnen die Einsicht dafür abgeht, daß die paar Pfennige, die bei der Konfektion für sie abfallen, nicht entfernt den Schaden aufwiegen, den sie ihrer Gesundheit und ihrem der Vernachlässigung preisgegebenen Hausstande bei der angestrengten Arbeit zufügen.

Die Antwort ist einfach. Gewiß sieht das Opfer, das den Lampyrten dargebracht wird, zu dem Verdienst in gar keinem Verhältnis; aber was soll man bei dem großen Einfluß des Manns machen? Die Miete, die Feuerung oder das Brot, das in der Woche gebraucht wird, läßt sich am Ende doch erarbeiten. Und die Gesundheit? Als ob eine Arbeiterfrau sich überhaupt den unerhörten Luxus gönnen dürfte, auf ihre Gesundheit Rücksicht zu nehmen!

Mit den Aussichten für die Konfektionsarbeiterin steht es trüber denn je. Konfektionär und Zwischenmeister sind absolute Herren, soweit der Verdienst und nicht selten auch, soweit — die Ehre der Arbeiterin in Betracht kommt; die stichwörtliche Justiztion der Heimarbeit hindert jede Aktion der Unterdrückten.

Gewiß kann auch hier nur einzig die Organisation Besserung bringen, aber in keinem Beruf ist ihr Pfad wohl dornreicher als in diesem.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 18. Sept. Opernhaus. Bajazet. Die roten Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Johannsnacht. I love you. Bei Buchholzens. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fiedermans. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches Haus. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr. Sessing. Der Hund der Jugend. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Der Rittgang. Revanche. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Freudlose Liebe. Die Schreitlerin. Anfang 8 Uhr. Secessionsbühne. Komödie der Liebe. Central. Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Liebeschlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr. Suisen. Der Missionar. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tugendling. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weich. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr. Selke-Alliance. Ein toller Unfall. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Wandarin von Tsing-ling-tung. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Bemüht auf Erden. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Pantomimen. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Zubalbenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

URANIA * * * Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165. Neu! Die schöne Neu! Schlange-Cleopatra Bänderin mit ihren 11 Riesen-, Pythow- und Aesculap-Schlangen! Sensationell, in Berlin in solcher Vollendung noch nie gesehene Reptilien- und die russische Konzertkapelle. Der deutsche Sessoldat und die Boxer. Feldmarschall Graf Waldersee etc.

Passage-Panopticum. Nur noch kurze Zeit! Marokkaner (11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder). Vorstellung stündlich. Von 7 bis 10 1/2 Uhr: Théâtre varié. Apollo-Theater. Um 9 1/2 Uhr: Venus auf Erden. Lulso Madion, Spink und Spink. Adele Moraw. Mr. Vandy. Fanny Norton. Erna Bertholdi. Robert Steidl. Three Amaranth. The three Amors. Der Kosmograph etc. etc. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Metropol-Theater. Täglich um 9 Uhr. Der größte Opernerefolg d. Saison: Eduard Steibberger als Gasp. Der Mandarin von Tsing-ling-tung, sowie das vollständig neue September-Specialitäten-Programm. Bianca & Desroche. Charmeroy Rudinoff. Anf. 7 1/2 Uhr. Rauschen überall gehallt.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7—9. Lebenswellen. Bolle-hüt mit Gesang und Tanz. Sourette auf dem Zweirad Henriette Donnoux. Austr. d. Vrotelange-Zweirad. Gebr. Milano, Tauma-Quartett, The Mitons, Turner am dreifachen Red, Florus Raponet, Kaufmeyer u. Tierstimm-Quintett, The Herwoods, Keger-Centric. — Konzert. Anfang 4 Uhr. — Eintritt 30 Pf. Num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wechentag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entw. 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Secessions-Bühne. Alexanderstr. 40. Komödie der Liebe. Komödie in 3 Akten v. Henrik Ibsen, deutsch von Christian Morgenstern. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater. Dresdenerstrasse 72/73. Heute und folgende Tage: Der Liebeschlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Gr. Franzfurterstr. 132. Novität. Reson-Erfolg. Benefiz für die Jürges. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Ausstattungspose mit Gesang in fünf Bildern von Carl Weich u. J. Dill. Musik von R. Böger. Anfang 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Direction: Winkler u. Fröbel. Das Riesen-Septem-Programm! Neu! Puffschnuten! Neu! Große Felle mit Gesang v. G. Braune. Puff, Klempnermeister: Dir. R. Winkler. Nini Hälow, Chantonniet. Divo Garry-Truppe, Grand-Orchestra-Pantomimen. Holl Verch, Centrico-Chansonette. The Bernards, Kisten-Lustig. Mr. Bobbi mit seiner großartigen Dumbcoute. Außerdem nur erstklassige Künstler und Spezialitäten. Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Entrée 50 Pf. Num. Pl. 1 M.

W. Moacks Theater. Brunnensstraße 14. Heute, Dienstag, den 18. September: Sie weiß etwas! Schwanz in 4 Aufzügen v. R. Ansel. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen. Mittwoch: Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.

Sanssouci. Kottbusserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Sänger. Fausts Nachlass. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pf. Anfang Wochentag 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Nach jeder Solise: Tanzkränzchen. Montag und Donnerstag: Tanz frei. Alle andern Tage sind die Säle für Hochzeiten, Festlichkeiten u. Besammlungen, ebenso f. Vereins-Vorstellungen und Matineen (Gossmanns Nordd. Sänger) bestens empfohlen.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal. Täglich: Norddeutsche Sänger (Nährmann, Horst, Walbe). Anfang: Sonntag 7, Wochentag 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billet 3 Stück 1 M. Sons nur in der Woche gültig. Sonntag und Donnerstag: Tanzkränzchen.

Wedding-Park. Müller-Strasse 178. Jeden Dienstag. Original Norddeutsche Sänger. Singler, Wolf, Hohenberg etc. (Nachher: Tanz. W. Trapp.

Cirkus Busch. Bahnhof Börse. Heute, Dienstag, den 18. Sept., abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Besonders hervorzuheben: Europäische Kavallerie, Völcker-Quadrille, Krokaten zu Pferde! noch nie dagewesen. Der 10jährige Little Jodel als Jodel.

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Gossmanns Konzertgart., Kreuzbergstr. 48, an d. Kagelbühl. Jeden Sonntag: Garten-Freikonz. und Gr. Ball. Jeden Montag u. Freitag: Norddeutsche Sänger. Anfang 8 Uhr: Nachher: Kränzchen. Tägl. Besammlungen u. Festlichkeit.

Möbel Special-Geschäft für bürgerliche Einrichtungen. Fr. C. Schulz vorm. A. Rienz, Landsbergerstr. 41, I. Teilzahlung.

Säle Luisenst. Klubhaus. Aunstr. 16 (Zust. H. Gruppe) für Vereine, Hochzeiten u. Privat-Gesellschaften. Telefon Amt 7a No. 7301.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 149892. Robert Meyer, 2 Mariannen-Strasse 2. Wohnungs-Franze, Guirlanden, Ballkränzchen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert. Bei Schluss der Saison habe ich mich entschlossen, den gesamten Vorrat meiner erstklassigen Mars-Fahrräder weit unter dem Marktpreise zu verkaufen. Jede Maschine wird mit frischem Pneumatik besogen. 54254. Walter Uhlenhut, Craniensstraße 157, zwischen Moritz- und Draußen-Platz.

Möbel und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigene Werkstätte im Hause. 159442. Lichtermeister, Bukow, Invalidenstr. 13. Lager: Parterre u. I. Etage. Das 153302.

Riesen-Stofflager. Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Maass unter garantiertem Sitz: Hochlegante Winterpalats für 35 M. hochlegante Anzüge für 30 M. hochlegante Bohnkloider für 10—12 M.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Wochentag 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. J. H. Mütt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Dresdener Kasino, 800 Personen fassend, zu Dresdenerstr. 96. Besammlungen, für Vereine und zu Privatfestlichkeiten. Martin Herzberg.

Wirtshaus zum Müggelschloßchen. Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich am 15. Oktober d. J. die Häuser von Herrn Georg Ritze betriebene Oekonomie des Müggelschloßchen übernehme. Höflichste zu Sommerfesten, Land- und Wasserparken nehme ich in meinen, den ganzen Winter hindurch geöffneten Lokalen täglich entgegen. Wilhelm Wiegert, Gastwirt.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprochstr. 9-7.

Möbel auf Teilzahlung. Grosses Möbel-Special-Geschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Neue Königstrasse 59, Nahe Alexanderplatz. 63882.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager. Bediener A. Schulz, Arbeit, außerst billige Preise, empfehl. Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!

Unsre Lager in Herren-Stoffen u. Schneiderei-Bedarfs-Artikeln befinden sich jetzt Spandauerstr. 33/35, parterre u. I. Etage. Max Friedländer jr. Brenner & Co. Specialität: Kammgarne, Cheviots.

Zähne von 2 M. an. Blumen billig, Zahnziehen schmerzlos, Teilzahl. gestattet. Entraderrecht ausgef. H. Jammer, Radstr. 13.

Charlottenburg, Wallstrasse 1. Uhrmacher Kunstmann. Kolossales Lager in Uhren. Gr. Auswahl in mod. Goldwaren. Billigste Preise! Coulaute Bedienung! Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 14986 L.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer, Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Bettstellen, Matratzen, Polsterbetten, ein Boden, auch mit kleinen Federn, billig wegen Anzug 218 20. Septbr. zu verkaufen Veltierstr. 39. 133/34

Stempel, Adr. von 149872. Robert Hecht, Berlin S., Craniensstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in besserer Ausführung. Kaufant. Typen „Perfekto“ zum Anlaumenlegen einzelner Wörter ohne ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Gänsfedern 60 Pf. gr. Pfd. (größer zum Reizen). Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, 1/2jähriger Gänserupf M. 2.00, besserer dauniger Daunen M. 2.50, 3.00, beste schwarze M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße hoch, Daunen M. 5.00, gefüllte Federn M. 1.50, 2.00, 2.50, Prima gefüllte M. 3.00, 2.50. Versand gegen Nachnahme. Gustav Lustig, Berlin S., Oranienstr. 46a. Erst Bettfedernfabrik m. elektr. Spinnde. Viele Anerkennungsbriefe. Emil Lefevre, Craniensstraße 158.

